HEFT 10 OKTOBER 1983 5 DM C 4143 E

Konkret

KONKRET-EXTRA

Hollywood im Griff der Industrie-Multis

Im Kampf gegen die Friedensbewegung wird die Bundesrepublik im

HERBST '83

zum totalen Staat. Ein Bericht von Erich Kuby

in konkret Oktober 1983

Vorwort von Manfred Bissinger

an Konkret

Beirut(Alabama) von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Herbst 1983 von Erich Kuby
Solange die Konjunktur gut lief, durften lammfromme Sozialdemokraten die Republik auf Hochglanz lackieren. Jetzt, in der ökonomischen Krise, muß härter durchgegriffen werden. Unter Zimmermann, Kohl und Lambsdorff wird Freiheit wieder als Krankheit empfunden, sind wir auf dem Weg in den totalen Staat

Bye, Bahro von Sabine Rosenbladt
In der Bundesrepublik entdeckte Rudolf Bahro die CDU als Bündnispartner, auf einer USA-Reise verfiel der Grünen-Guru jetzt dem Baghwan. KONKRET beobachtete Bahro in Kalifornien

Der häßliche DeutscheLiberale Leistung von Otto Köhler
Als er Justizminister wurde, war er nur sechste Wahl. Nun macht er den Rechten aber so richtig Freude.

Szenen aus einem satten Land von Susanne Mersmann
Der türkische Asylbewerber Altum sprang in den Tod, weil er nicht mehr daran glaubte, recht zu bekommen im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland. Seine Zweifel waren begründet. Um Asylanten und Gastarbeiter wieder loszuwerden, sollen die Gesetze weiter verschärft worden. Die Praxis der Arbeitsämter und Ausländerbehörden zeigt, daß Ausweisungen und Abschiebungen, Drohungen und Demütigungen an der Tagesordnung sind

Guevaras Erben von Kai Hermann
In Guatemala wehren sich die Mayas gegen den Völkermord der Regimes. Der Foto-Reporter Rean-Marie Simonet gelang es jetzt zum erstenmal, über den Aufstand zu berichten

Butter statt Baumwolle von Wolfgang Schneider
Ronald Reagan hat tief betroffen Kenntnis davon genommen, daß es in seinem Land »hungernde Amerikaner« geben soll. Sofort hat der Präsident eine Kommission beauftragt, herauszufinden, wie dies trotz der von um gestrichenen Sozialausgaben geschehen konnte. In einer Theaterkritik entfernt Wolfgang Schneider des Präsidenten Brett vorm Kopf, das ihm die Welt bedeutet

Wo bleibt der Generalstreik? von Werner Heine
Das Versagen der Gewerkschaften in der Friedensfrage

Saarland: Niedergang eines Fürstentums von Karl Unger
Über 25 Jahre lang haben Industrielle mit Hilfe der Regierung dieses Bundesland ausgebeutet und an den Rand des Ruin getrieben. Wenn jetzt noch der Stahlkonzern Arbed dichtmacht, droht die Katastrophe

Schrecken ohne Ende von Tom Schimmeck
Acht Tage dauerte die Besetzung der Howaldtswerke Deutsche Werft AG in Hamburg, dann beugten sich die Arbeiter dem Ultimatum der Geschäftsleitung. In den nächsten Wochen werden nun 1.354 Leute entlassen, langfristig droht die völlige Schließung des Unternehmens, denn die Krise der deutschen Schiffbauindustrie ist

nicht nur durch die schlechte Auftragslage bedingt, sondern auch durch das Mißmanagement der Werftleitungen. Weil sie es ablehnten, die Produktionspalette zu verbreitern - so wie es viele Arbeitnehmer und manche Politiker forderten - werden heute die Arbeitnehmer auf die Straße gesetzt. Die norddeutschen Gewerkschaftsführer der IG Metall, im Denken bei Lohnprozenten und Weihnachtsgeldern steckengeblieben, stehen hilflos der neuen Qualität der Auseinandersetzung gegenüber.

Öko-Tips

Konkret-Extra: Hollywood und die neuen Medien oder: Abschied vom Kino von Wolf Donner

Die Funkausstellung Anfang September war eine gigantische Propagandaschau für die neue Medientechnik. Doch bei allem Streit um Koaxialkabel oder Glasfaser, Magnetband oder Satellitenfernsehen: zu den wichtigsten Programminhalten werden nach wie vor Filme zählen. Und die werden nach wie vor zumeist aus Hollywood kommen. Aber wie haben die neuen Medien diese ehemalige Traumfabrik verändert? Und ist das überhaupt noch »Kino«, was da heute in den Studios produziert wird?

Plattentips von Sabine Bredy

Kulturnotizen

Die kurzen Nächte der Anarchie von Diedrich Diederichsen

Sperrmüll: Was nicht in die Mülltonne paßt, konnte abends an den Straßenrand gestellt werden und wurde dort oft genug vor der Stadtreinigung gerettet. Die meisten Kommunen haben diesen Service inzwischen abgeschafft; auch in Hamburg soll es nächstes Jahr damit vorbei sein.

Friedenskekse von Hartmut Schulze

»Friede, Freude, Eierkuchen, - die Bewegung muß aufpassen, daß aus dieser Diffamierung nicht eine realistische Zustandsbeschreibung wird. KONKRET-Redakteur Hartmut Schulze war beim Hamburger Festival der »Künstler für den Frieden« und stellt seinen Bericht zur Diskussion

Der Kommunismus sitzt zu Gericht von Harry Belafonte

Harry Belafonte hat beim Hamburger Friedensfest einen Text vorgetragen, der nichts mehr mit seinem ursprünglich geplanten gemein hatte. Der Grund der Änderung war der Abschuß des koreanischen Jumbos. KONKRET dokumentiert die Rede, die leider nicht gehalten wurde.

Mit falschen Filmen gegen Babylon von Hartmut Schulze

Die Filmfestspiele von Venedig wurden zum gemütlichen Treffen etablierter Kinorebellen. Die größte Enttäuschung unter den deutschen Beiträgen brachte Andrzej Wajdas »Eine Liebe in Deutschland« während Alexander Kluge mit seiner Arbeit über »Die Macht der Gefühle« sein Publikum immer noch verwirren kam. Beide Filme kommen jetzt in die bundesdeutschen Kinos

»Das ist eben der Wajda« von Hanna Schygulla

KONKRET-Interview mit Hanna Schygulla über ihre Rolle in »Eine Liebe in Deutschland«, dem neuen Film von Andrzej Wajda

Beaugenscheinigung von Thomas Doberstein, Jan-Philipp Sendker

Spätestens wenn Mitte Oktober in Frankfurt die Buchmesse beginnt, sind die Novitätenkataloge der rund zweitausend bundesdeutschen Buchverlage erschienen. Sie werden gratis verteilt und bieten doch manchmal ein Höchstmaß an Lesevergnügen

Bücher: »Stelle sich jemand vor, wir hätten gesiegt!« von Josef Haslinger

In gesammelten Aufsätzen dokumentiert eine Gruppe von Mitarbeitern der Frankfurter Sponti-Zeitung »Pflasterstrand« ihre Wende

Bücher: Angriffe aus dem Zwielicht von Jürgen Saupe

Im Mai wurde dem Dänen Flemming Sörensen in Düsseldorf wegen angeblicher Spionage für die DDR der Prozeß gemacht. Er endete mit einem glatten Freispruch, aber Sörensens Ruf ist ruiniert. Jetzt hat der Journalist seine Erfahrungen mit dem bundesdeutschen Staatsschutzapparat in einem Buch veröffentlicht

Bücher: Unter dem Zylinder von Christel Dormagen

Der Schnelldenker Ivan Illich hat eine neue Instant-Theorie entwickelt, die vom »vernakulären Genus«. Eine neue Theorie?

Bücher: Theater der Wirklichkeit von Reinhard Hesse

Mit einer Startauflage von 100.000 Exemplaren ist John le Carrés Nahost-Thriller »Die Libelle« erschienen.

Bücher: Bilanz einer Lebenslüge von Jan-Philipp Sendker

Ende der 30er Jahre schrieb Paola Masino in Venedig Ihren Roman »Die Geburt der Hausfrau und Ihr Tod«. nicht zufällig hielt die faschistische Zensur das Buch für defätistisch. Jetzt erscheint es auf deutsch

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/83, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Acht Monate nach dem BKA-Überfall auf KONKRET hat Generalbundesanwalt Kurt Rebmann die Jagd (vorläufig) abgeblasen. Die Ermittlungsverfahren gegen Jürgen Saupe und mich wegen »Verdachts des Offenbarens von Staatsgeheimnissen« wurden eingestellt. Auf der

Strecke blieben: Pressefreiheit, Informantenschutz, journalistisches Zeugnisverweigerungsrecht, die Privatsphäre von Bürgern, Anzeigenaufträge für KONKRET und eine Reihe von Geschichten, die wir recherchiert hatten und die die BKA-Leute als »Zufallsfunde« einfach eingepackt, mitgenommen und nicht wieder herausgegeben haben.

Los ging die Jagd, als KONKRET im März 1982 die Geschichte »Operation EVA - Ein BND-Agent packt aus« druckte: Die Erzählungen des Dr. Hans Langemann über seine Tätigkeit für den Bundesnachrichtendienst und den bayerischen Staatsschutz unter Franz Josef Strauß. Langemann hatte sie dem Nachrichtenhändler Frank Peter Heigl aus Südfrankreich auf Tonband gesprochen und mit zahllosen geheimen Dokumenten garniert. Es waren authentische Beweise für kriminelle Aktionen des BND im In- und Ausland mit Namen und Funktion der handelnden Personen. Und diese Personen haben es weit gebracht in unserer Republik. Am weitesten Karl Carstens, der heute Bundespräsident ist.

Doch was immer der Bundesnachrichtendienst tat und tut - Rebmanns Leute sind nie tätig geworden. Für derlei Kriminalität gibt es keine Paragraphen. Und wenn, dann werden sie übersehen. Doch wer die geheimen Operationen, von einem Beamten ausgeplaudert, ans Licht der Öffentlichkeit bringt, über den fallen die Rebmänner her - auch wenn dafür die Paragraphen nicht ausreichen, wie sich jetzt erwiesen hat. Abgesegnet wird sowas allemal von einem dieser schrecklichen Juristen, die als Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof offenbar unterschreiben, was immer man ihnen vorlegt. Für die KONKRET-Durchsuchung genügte dazu ein Gutachten des BND in eigener Sache und eine Unterschrift aus dem Bonner Kanzleramt, und schon konnten 20 BKA-Beamte und drei Bundesanwälte Wohnungen und Redaktionsräume durchwühlen.

Nun wo alles vorbei sein soll, teilt einer der Durchsucher - Hochachtungsvoll, Im Auftrag - formell korrekt mit, man könne ja »durch die Strafverfolgungsmaßnahme verursachte Vermögensschäden, sofern dieser den Betrag von 50,- DM übersteigt« beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg einklagen. Aber: »Vorsorglich weise ich darauf hin, daß ... die Entschädigung ausgeschlossen ist, wenn und soweit ein Beschuldigter die Strafverfolgungsmaßnahmen vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat«. Mit anderen Worten: Euren Schaden zahlen wir nicht.

Wenn es um die Form geht, dann sind die Herren sehr korrekt. Dann weisen sie sogar auf die entsprechenden Paragraphen hin. In der Sache wird getrickst, geblufft und gelinkt. Da wird mit dem Gesetz Schindluder getrieben. Juristen nennen das »extensive Interpretation der Normen«. Und es wird massiv Politik gemacht, die von *Erich Kuby* in der Titelgeschichte dieses Heftes (Seite 12) beschriebene Wende praktiziert.

Jurist Kurt Rebmann, immerhin Professor, hat sich vor dem Innenausschuß des Bundestages verraten, als er über KONKRET ausführte: »Ich würde sagen, daß wir in Bezug auf dieses Presseorgan ein großes Maß an Langmut gezeigt haben.« Rebmann kann so sorglos daherreden, weil er für Kohl und seine Truppen ein nützlicher Erfüllungsgehilfe ist. Und jeder Bauer weiß, daß man den Ochsen, der da drischt, auch mal über den Zaun fressen lassen darf.

Rebmanns Aktion gegen KONKRET - vom ersten Ermittlungsverfahren über die Durchsuchung bis zur Einstellung - hatte den erkennbaren Zweck, ein den Regierenden in diesem Land unbequemes Organ zu deckeln und wirtschaftlich so gut es geht zu schaden, das heißt Inserenten und Informanten abzuschrecken. Abgerundet wird dieser Coup durch die Mehrzahl der Publikationen in diesem Land. Als KONKRET die Polizei im Haus hatte, stand das auf den Frontseiten der Blätter. Als der Generalbundesanwalt nun kleinlaut den Schwanz einzog und zugab, daß er nichts gegen KONKRET in der Hand hat, da wird das - wenn überhaupt - kurz und kommentarlos vermeldet. Löbliche Ausnahmen wie Tagesschau und »Spiegel« bestätigen nur die Regel.

So hatte die ach so liberale Hamburger »Zeit« Rebmanns Überfall und die Beschlagnahme von NATO-Unterlagen (die inzwischen per Post viele Redaktionen erreicht haben) im Februar auf Seite 1 so kommentiert:

» Kurt Rebmann ist damit aller Sorgen ledig, er habe mit seinem Zugriff die Pressefreiheit gefährdet. Stumm und anklagend kann er auf seinen Fund verweisen, wenn er gefragt wird, was er denn eigentlich bei KONKRET gesucht habe... Der linke Argwohn, hier und jetzt habe die rechte Regierung versucht, ein mißliebiges Blatt einzuschüchtern, klingt denn auch sehr viel gedämpfter ... Und Manfred Bissinger wird es schwerfallen, sich aus der Affäre zu ziehen, die er - halb lustvoll, halb larmoyant - selber herbeigeschrieben hat.«

Und was stand jetzt in der »Zeit«, als Kurt Rebmann sich per Verfahrenseinstellung aus der Affäre zog: Nichts.

Nur wenn einer der Ihren mit dem Gesetz in Konflikt kommt, sind die Staatsschützer in diesem Land nachsichtiger. Ob man V-Mann (wie in Krefeld) oder Geheimagent ist, die Kollegen im Dienst helfen. Schon laufen unter Münchner Juristen Wetten darüber, daß Hans Langemann, die Zentralfigur in der ganzen Affäre, wegen schlechter Gesundheit verhandlungsunfähig geschrieben und damit um Verfahren und Urteil herumkommen wird.

Neues Thema: Als *Diedrich Diederichsen* es wagte, den deutschen Liedermachern etwas näher zu treten, da kam Empörung auf. Das liebe-linke, das brav-betuliche, das liniengetreu-dogmatische KONKRET hatte es gewagt, an der Kulturfassade der Bewegung zu kratzen: *dümmlich, boshaft, arrogant, überflüssig, dilletantisch, frustriert, eklig, unfähig, einfach zum Kotzen!* Das war's, was uns die Leser einen Monat später in den Briefteil von KONKRET hineinschrieben. So ist das, wenn in einer linken Zeitschrift gegen den linken Strich gebürstet wird.

Diesmal ist es nicht viel anders. Wir leben halt in Deutschland. Wer die Briefe auf *Wolfgang Pohrts* Anmerkungen zu Franz Alt liest, muß denken, er habe das falsche Blatt in der Hand. Jedenfalls ist kaum zu glauben, daß der Artikel, von dem da die Rede ist, in KONKRET erschienen sein könnte. Ist er aber. Und würde er immer wieder.

Je größer die Bewegung wird, desto öfter wird es notwendig sein, daß wir uns mit uns selbst beschäftigen. Das heißt mit der Friedensbewegung, mit der linken SPD, mit den Grünen, der DKP, den Alternativen, den Krefeldern, mit den Liedermachern.

Widerspruch ist angesagt. In KONKRET, aber auch gegen KONKRET. Nun will ich nicht großmäulig sagen, Kritik mache uns nur stark (was manchmal sogar stimmt), Kritik trifft uns auch. So wie unsere Kritik hoffentlich auch die Kritisierten trifft. Auf keinen Fall wollen wir nach der Methode des römischen Legionärs bei Asterix verfahren, der sagt: Nicht hingehen, nichts sehen, dann wirst du auch nicht verhauen.

Ein kleines Beispiel: Vor sechs Jahren, im Oktober 1977, erlaubte sich KONKRET, die Utopie -des Rudolf Bahro aufzuspießen. Ein Aufschrei ging durch die Linke. Ausgerechnet diesen ordentlichen Marxisten, der noch dazu für seine Überzeugungen in der DDR verfolgt wurde. Es lohnt, die alte Textstelle noch einmal zu zitieren: J. Wolf schrieb über Bahros Gedanken:

»In irgendeine Art Marxismus kann ich dies n icht mehr einordnen. Aber ich sehe Tür und Tor geöffnet für jedes denkbare Utopia, für jeden idealistischen Sinn oder Unsinn, für jede anarchistische Konzeption, für jeden 'sekularisierten Gottesstaat'.. - «

Nun ist Rudolf Bahro soweit. Nachdem er erst die Liebe zur CDU entdeckte, applaudiert er jetzt dem Rolls Royce des Baghwan. *Sabine Rosenbladt* hat den Grünen-Guru in Kalifornien beobachtet (Seite 18). Häme? Nein. Schade.

Kritik kann klären helfen. In diesem Heft fordert das Hamburger Friedensfest zur Diskussion heraus. *Hartmut Schulze* war dabei (Seite 80).

Klar, jede Stimme gegen die Aufstellung der Raketen ist wichtig. Da darf man bei der Wahl der Mittel, bei der Form der Veranstaltungen nicht zu wählerisch sein. Nur wem nützt ein solches zweitägiges Spektakel, wenn es zum Betriebsausflug verkommt, wenn das Ereignis den Anlaß nicht mehr erkennen läßt. Über die Hamburger Veranstaltung konnten am Schluß nur noch die Dohnanyis zufrieden sein, hatten sie doch ohne eigene Kosten (weder politische noch finanzielle) Anschluß an die Friedensbewegung gefunden, mit der sie nichts verbindet außer der Wunsch, die dort Versammelten als Wähler zu gewinnen.

Wie routiniert, wie gedankenlos, wie eigensüchtig die Veranstalter verfahren sind, beweist der Umgang mit der Nachricht vom tragischen Tod des Kollegen *Harald Meinke, 30.* Er, der sich wochenlang mit um die Organisation des Festes gekümmert hatte, erlitt bei seiner freiwilligen Arbeit im Stadion einen Herzschlag. Harald Meinke gehörte zu den wenigen Journalisten in diesem Land, die uns ohne Rücksicht auf persönliche Vorteile mit ihren Reportagen aus Vietnam, Kuba, Afghanistan und Nicaragua klarmachen wollten, welche Gefahren vom US-Imperialismus auch hier drohen. Das Publikum im St. Pauli-Stadion erfuhr davon nichts.

Stimmt, es hätte die gewollte Eierkuchen-Stimmung gestört.

Konkret 10/83, S. 6

an Konkret

Essayistisches Rowdytum

KONKRET 9/83: »Frieden ist möglich« - Wolfgang Pohrt über Franz Alt

Irgendwie hat Euer Kritiker das Buch von Franz Alt leicht mißverstanden, wenn er es nur als »Erbauungsschrift« betrachtet. Das, was er als »neue Religiosität« bezeichnet, ist aber eben nicht »konformistisch«, sondern verlangt ein radikales Umdenken, das bei einem selbst anfängt, keine »Frömmelei«! Ihr solltet lieber mal würdigen, daß Franz Alt eines der wenigen »C«DU-Mitglieder ist, deren politische Ansichten überhaupt konsequent vom Christentum geprägt sind, und daß er damit (nicht nur) innerhalb der »C«DU ganz schön Furore stiftet.

WOLFGANG BERNDT

BONN-BAD GODESBERG

Jesus, einst an einem Tisch mit Zolleintreibern und Huren - heute in Gesellschaft eines Fernsehtagelöhners? Warum nicht, wenn sonst niemand kommt. Ein kleiner, vielleicht verspätet kläffender Dackel - warum nicht, wenn die großen Hirtenhunde woanders sind.

PETER MÄHN

MANNHEIM

Franz Alts Forderung nach Nächstenliebe und innerer Umkehr ist kein Schlagwort der politischen Rechten, sondern sie bricht mit der Doktrin des Bundeskanzlers sowie mit der Position (wenigstens mit der früheren) der SPD. Er geht schließlich soweit, daß er sich gegen die NATO-Aufrüstung einsetzt und an das Elend der 3. Welt erinnert. Dies stimmt doch ebenso mit der Forderung der Friedensbewegung überein. Der Unterschied bei Alt ist, daß er eben ein CDU-Mann ist (welch großer Nachteil für einen Rüstungsgegner). Er begründet seine Friedenssehnsucht und seine innere Umkehr mit der Bergpredigt Jesu. Jesus war und ist bestimmt kein Friedenskämpfer der Bourgeoisie und des rechten Lagers.

CHARLES STILLER

HOF

Man kann von Franz Alt nicht erwarten, daß er gleich in die Kommunistische Partei eintritt. Er sagt, daß er sich noch im Meinungsbildungsprozeß befindet, und diesen Status muß man jedem Menschen zubilligen. Er hat in Frage gestellt und seinen Standpunkt geändert, und das zählt! Es gibt keinen Grund, Alts Standpunkt nicht zu akzeptieren. Viele, vor allem ältere Menschen, sympathisieren aus seinen oder ähnlichen Gedanken mit der Friedensbewegung! In unserer Friedensgruppe sagten wir uns: Franz Alt kann uns ja viel erzählen, darum warten wir mal auf seine Konsequenzen, die ja kommen mußten, wenn sein Meinungsbildungsprozeß tatsächlich voranschreitet. Und siehe da: Herr Alt gründet eine Friedensinitiative in der CDU! Er bekommt wenig Beifall und man gibt ihm wenig Zukunft, aber es ist wichtig, daß sich auch im starren konservativen Lager etwas tut.

MANFRED WORM

LÜNEBURG

Solche und ähnlich Artikel könnten mich dazu veranlassen, die KONKRET abzubestellen! Wie aufgeblasen und von einer Unfehlbarkeit überzeugt muß man eigentlich sein, um solches Zeug zusammenzuschreiben?! Ich bitte Sie, einmal folgendes zu bedenken:

Wem nützt es, wenn der Rezensent sich selbst auf den Thron päpstlicher Gutachter schwingt und die Leser, die das Buch von Alt gut finden, ihrer Dummheit und ihrem Unverständnis überläßt? Dann haben eben wenige recht, aber die Dummheit herrscht weiter. Ich halte dies für den Grundfehler alles linken Sektierertums: Sich selbst in der Wonne der besseren Erkenntnis zu aalen und zu sonnen. Das ist sehr unpolitisch!

ANDREAS HAMER, PFARRER

ESSEN

Die Toleranz in der politischen Auseinandersetzung muß erhalten bleiben, das essayistische Rowdytum á la Pohrt ist schärfstens zu mißbilligen.

CARSTEN BIELFFLDT

TORNESCH

Jede Stimme, die sich gegen Atomrüstung, Gewalt und Krieg wendet, zählt und darf nicht in »einäugiger« intoleranter Weise abqualifiziert werden, nur weil sie die Politik der Bergpredigt zu ihrer Maxime erhebt. Dies schreibt eine Leserin, die nicht unreligiös, aber links eingestellt ist, und die Ihre Zeitschrift bisher immer mit zustimmendem Interesse gelesen und im Wesentlichen akzeptiert hat.

INA HEIDTMANN

BERGNEUSTADT

Wie kann eine politisch so engagierte Zeitschrift, wie KONKRET es ist, nicht sehen, daß Franz Alt die einzige Richtung angibt, mit der dieser unsozialen Regierung beizukommen ist?

ELVIRARA MARIA SLADE

BAD MÜNSTEREIFEL-ESCH

Viel Beifall

KONKRET 7/83: »Ich tu was«

Habe mich entsprechend meiner 58jährigen Leidenschaft für alle Verrücktheiten des Lebens sofort an die Aufgabe gemacht, und meinen orangefarbenen VW-Käfer mit 500 großen ICH TU WAS und 1.000 kleinen ICH TU WAS-Aufklebern dekorativ beklebt. Während dieser Arbeit erhielt ich viel Beifall!

Als ich dann mit meinem auf den Namen *1. Anti-Raketen-Käfer der BRD* getauften Vehikel durch die Konservativen-Stadt Augsburg fuhr, es war am Tag der Andropow-Rede anläßlich der Verschrottungs-Idee, sammelten sich bei jedem Halt zahlreiche Menschen um meinen »neuen« Käfer und alle debattierten freudig erregt.

SIEGFRIED ENDRASS

AUGSBURG

Solidarität der Einzelgänger

KONKRET 9/83: Vorwort von Manfred Bissinger

Sie berichten im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das neue Kuby-Buch, bis Redaktionsschluß habe nur einer der Autoren des Hoffmann & Campe Verlages seine Unterschrift vom Protestbrief der Autoren an den Verleger zurückgezogen. Das ist unwahr. Ich habe am selben Tag wie Hans Eppendorfer meine Unterschrift zurückgezogen. Einen Kontakt mit dem Verleger hatte ich erst lange danach.

HELMUT KENTLER

HANNOVER

Es macht Sinn, daß gerade dieses Buch von Kuby zum Testfall wurde, weil es sich nicht unverbindlich diskutieren läßt. Es erlaubt uns keine Distanz, die Rede ist nicht von Zuständen anderswo, sondern von den unseren. Und es erlaubt uns auch keine Hoffnung auf Rechtfertigung durch Schicksalsgewalten, sondern bleibt im uns bekannten Bereich. Er nennt Namen und Interessen und wie sie sich verbinden und was daraus an Macht und Zwängen entsteht. So aufklärerisch in der Sache schärft Kubys eigene Stellungnahme jeden Satz. Da werden Begriffe von Handlungen getrennt, die sie beschönigen sollten, und dieses Verfahren hat Folgen: es regt zur Klarheit an.

INGRID BACHER

DÜSSELDORF

Der Fall Kuby macht mich besonders betroffen, weil damit einer der letzten noch liberalen Verlage umzukippen droht und die Kollegen Schuler und Röhring den peinlichen Opportunismus des Verlagsinhabers auszubaden haben. Daß Ganske damit letztlich ein Eigentor geschossen hat, mag man mit Häme vermerken, ändert aber nichts an der traurigen Lage und den Folgen für die Betroffenen.

ADOLF HEINZLMEIER

FRANKFURT

Ich habe den Eindruck gewonnen, auch aufgrund eigener Erfahrungen, daß die politische Zensur in den letzten Jahren in der Bundesrepublik einen beachtlichen Faktor ausmacht. Mir selber ist Folgendes passiert: Im Sommer 1977 bat Dr. Jürgen Manthey mich um einen Beitrag für das bei Rowohlt erscheinende »Literaturmagazin«. Nach Eingang des Manuskripts äußerte sich der Mitherausgeber Nicolas Born durchaus Positiv. Ganz kurz vor Redaktionsschluß verlangte dann Dr. Manthey eine Neufassung, in der die Bundesrepublik weitgehend ausgespart werden sollte. Da ich dazu nicht bereit war, lehnte der Verlag die Erfüllung des beiderseits unterschriebenen Vertrages ab. Dr. Matthias Wegner schrieb am 1. 11.77 unter anderem: »Ich bitte Sie aber zu verstehen, daß durch die aktuellen Ereignisse der letzten Zeit eine veränderte Situation eingetreten war: Die tragische Entwicklung um die Entführung Hanns Martin Schleyers nötigte uns zu einem besonders überlegten und behutsamen Vorgehen bei der Zusammenstellung der Texte für das neue Literaturmagazin.« Paraxoderweise war das Thema dieser Ausgabe die Zensur - selbstverständlich ergab sich aus meinem Beitrag alles andere als eine Verteidigung des Terrorismus.

PROF. OSSIP K. FLECHTHEIM

BERLIN

Antifaschismus halte ich für DDR-typisch. Quasi mit der Muttermilch kriegt man ihn dort eingeflößt. Und das ist auch gut so. Das macht auch hellhörig, wenn da plötzlich an jeder Ecke Hitlers Tagebücher angepriesen werden (und ja beileibe nicht nur diese). Es wär doch nur ein Zeichen von Liberalität, hör ich immer wieder auf meine unverständigen Einwände. Was aber, wenn diese Liberalität nun nichts weiter ist, als das Produkt eines üppigen Wohlstands? Was wird dann aus ihr, wenn dieser abnimmt - und dazu noch rapide? In dieser deutschen Republik ist weder die Vergangenheit, die zum Faschismus führte, noch der Nazismus selbst in nötiger Form verarbeitet worden. Als Mangel wurde dies nie empfunden. Es waren immer nur Einzelne, die auf ihn hinwiesen. Erich Kuby gehört zweifellos zu diesen. Nun konnte sein »Stern«Buch ausgerechnet in einem liberalen Verlag nicht erscheinen. Ist das nun Indiz oder Zufall? Es gibt in der Geschichte keine Parallelitäten. Dennoch sei an Weimar erinnert. Und so könnte es ja auch einmal heißen: Die Bonner Republik.

DIETER EUE

BERLIN

Abwechslungshalber nur Gutes über Herrn Buchmacher Thomas Ganske, den Inhaber jenes Familienkonzerns, zu dem, neben weniger Renommiertem, auch der traditionsreiche Verlag Hoffmann & Campe gehört: Nicht Ganske sind 'einschneidende Einschränkungen der geistigen und literarischen Liberalität' anzukreiden; er hat uns vielmehr dankenswerterweise deutlich daran erinnert, daß es solche Liberalität hierzulande nur noch ausnahmsweise gibt; daß Unternehmerinteressen allemal Vorrang haben vor Geistes- und Meinungsfreiheit; daß Zensur im Sinne Metternichs und des Grundgesetzes gar nicht stattzufinden braucht, weil die Medien-Bosse heute, anders als ehedem, selbst dafür sorgen und auch sorgen können, daß nichts publiziert wird, was ihnen nicht in den Kram paßt.

Gedankt sei Thomas Ganske auch dafür, daß er den HoCa-Autoren und -Lektoren Gelegenheit gegeben hat, die 'Solidarität der Einzelgänger' mit dem Kollegen Kuby zu beweisen und mit ihrem Auszug aus dem Verlag das sorgsam polierte Aushängeschild des Konzerns zu zerkratzen.

BERNT ENGELMANN

ROTTACH-EGERN

Konkret 10/83, S. 8

Hermann L. Gremliza

Beirut (Alabama)

Until they see the light
They got be be protected,
All their rights respected,
Till somebody we like
Can be elected...
Stop calling it aggression.
We hate that expression.
We only want the world to know
That we support the status quo.
They love us everywhere we go.
So when in doubt:
Send the marines!
Tom Lehrer

Es ist dreizehn Jahre her, daß der amerikanische Satiriker Tom Lehrer sein Lied auf die Ledernacken gesungen hat, die zur Bewahrung des Status quo fremde Länder überfallen und besetzen, bis dort die richtigen Leute regieren können - und noch am 23. September 1983 heißen die US-Marines auf der Frontseite der »Frankfurter Rundschau« *Friedenstruppe.* Wann wird der Libanon zum *Entsorgungspark* erklärt?

Selten (vielleicht nie) in der neueren Geschichte war das Mißverhältnis zwischen der Wirklichkeit und dem Bild, das der Weltöffentlichkeit von ihr gezeichnet wurde, grotesker. Vierzehntausend US-Soldaten, unterstützt von Kriegsschiffen und Bombern, erobern ein Land auf einem anderen Kontinent - und noch die als kritisch gehandelten Journalisten nennen sie Friedenstruppe.

Im Tone der Verzweiflung fragt die »Süddeutsche Zeitung«, »warum es kaum möglich ist, daß das zerrissene Volk zu Einheit und das von fremden Mächten besetzte Land zu Souveränität zurückfindet«. Es ist ja auch wahr: Der Libanon heute ist das Chaos. Besatzungstruppen aus Syrien und Israel, verbündet mit Bürgerkriegsparteien, deren Klassencharakter auf der einen, der sogenannten »christlichen« Seite, eindeutig, auf der anderen, der »moslemischen«, nicht einmal nur zweideutig ist, perforiert von »Milizen« und Privatarmeen wie der des Majors Saad Haddad, die Städte von Bomben verheert, die Jugend durch den Krieg verwahrlost - muß da nicht einer kommen und Ordnung schaffen, Frieden bringen? Und wenn es, was keiner sagt, ausgerechnet die sind, die das Chaos planmäßig herbeigeführt haben?

Noch vor zwanzig Jahren galt der Libanon als orientalisches Musterländle, als »die Schweiz des Nahen Ostens«. Eine städtische (»christliche«) Handelsbourgeoisie arrangierte sich mit ländlichen (»moslemischen«) Feudalherren, beider Geschäfte florierten, man lebte und ließ leben. Doch es gab einen Nachbarn, dem dies nicht gefiel. Der Staat Israel, seit seiner Gründung auf Expansion und Hegemonie in Nahost aus, wollte den Libanon im Kampf gegen die anderen arabischen Staaten an seine Seite zwingen. Wie das geschehen sollte, hatte Israels Premier Ben Gurion schon 1954 skizziert: Man müsse »die Maroniten im Libanon drängen, einen christlichen Staat auszurufen... Ohne unsere Initiative und entschiedene Hilfe wird das nicht passieren. Mir scheint, dies ist die zentrale Pflicht oder wenigstens eine der zentralen Aufgaben unserer Außenpolitik. Dies bedeutet, daß Zeit, Energie und Mittel investiert werden sollten, und daß wir auf alle möglichen Arten handeln müssen, um einen radikalen Wechsel im Libanon zustande zu bringen. Wenn Geld notwendig ist, sollte kein Dollarbetrag gespart werden.«

Die Währung, die Ben Gurion nannte, machte zugleich klar, auf wessen Rechnung die »zentrale Aufgabe« der israelischen Außenpolitik ging. Am Beispiel der nationalrevolutionären Politik des Ägypters Nasser hatten die USA lernen müssen, daß die Zeit, da ein paar arabische Scheichs ihr Öl zum Nulltarif abgaben, zu Ende ging. Ihre Speerspitze Israel sollte deshalb alles tun, um die Ausbreitung Nasserscher Politik zu verhindern.

Im Mai 1954 notierte der gemäßigte israelische Premier Moshe Sharett, den Skrupel über diese Rolle seines Staates befallen hatten, über einen Vortrag des Oberbefehlshabers Moshe Dayan: »Nach seiner (Dayans) Meinung sei es einzig und allein notwendig, einen Offizier, vielleicht sogar einen Major zu finden. Wir sollten entweder sein Herz gewinnen oder ihn mit Geld kaufen, um seine Zustimmung zu erlangen, daß er sich selbst zum Retter der maronitischen Bevölkerung ausruft. Dann wird die israelische Armee in den Libanon einmarschieren, das notwendige Gebiet besetzen und ein christliches Regime einsetzen, das sich mit Israel verbunden fühlt. Das Gebiet südlich des Litani wird Israel völlig einverleibt und alles wäre in Ordnung.«

Genau so geschah es, knapp dreißig Jahre später. Der gekaufte Major hieß Haddad, Israel marschierte in den Libanon ein, sorgte dafür, daß der »christliche« Falangistenführer Beshir Gemayel die Regierung übernahm, und die israelichen Truppen stehen heute am Litani-Fluß. Bis es so weit kommen konnte, mußten Israel und die CIA »christliche« Bandenführer wie den Hitler-Fan Toni Franjieh und Beshir Gemayel über viele Jahre mit Geld und Waffen ausrüsten, Grenzzwischenfälle organisieren oder tatsächliche geringe Zwischenfälle zu mörderischen »Vergeltungsschlägen« nutzen.

Nur in einem Punkt war Dayans Plan nicht zu erfüllen: Das unter Schirmherrschaft der Israelis eingesetzte Regime kann den Libanon nicht mehr regieren. Ober Macht und Legitimität des Regimes Gemayel (nach dem Tod von Beshir ist jetzt sein Bruder Amin dran) urteilte vor zwei Wochen das US-Nachrichtenmagazin »Newsweek«: »Stellen Sie sich Connecticut vor - mit einer Regierung, die an guten Tagen die Hälfte von Hartford kontrolliert.« Doch den USA war das umso lieber. Zu viele schlechte Erfahrungen hatte man mit dem aufkeimenden Nationalismus auch unter »westlich gesinnten« Bourgeoisien der Dritten Welt machen müssen, als daß die Vorteile einer direkten militärischen Präsenz hätten übersehen werden können. Jörg Lang, lange Jahre Mitarbeiter der PLO-Führung in Beirut, hatte bereits im August 1982 in KONKRET den Fortgang beschrieben: Es solle nun »neues Terrain für die direkte militärische Intervention der USA in der Region« bereitet werden: »Es ist kein Wunder, daß Präsident Reagan der Welt jetzt als 'Ausweg' aus dem Massaker im Libanon die Entsendung einer 'multinationalen Friedenstruppe' andrehen will, auf deutsch: die Stationierung von US-Truppen mit symbolischer NATO-Beteiligung.«

Die Geschichte, wie man eine zwischen den Bürgerkriegsparteien stationierte »Friedenstruppe« in eine Eroberungsarmee verwandelt, ist schnell erzählt: Man nennt jeden verirrten Treffer auf »unsere Jungs« einen gezielten Angriff und schlägt hundertfach »zurück«. Weil man in den USA offener darüber reden kann als in den sensiblen Kronkolonien Westeuropas, muß noch einmal »Newsweek« zitiert werden: »Sowohl die Residenz des Botschafters als auch das (libanesische) Verteidigungsministerium, wo eine Handvoll amerikanischer Berater ihre Büros haben, liegen in Gegenden, die vollgestopft sind mit Feuerstellungen der libanesischen Armee, die das wirkliche Ziel der Kanonenschützen in den Schuf-Bergen gewesen sein könnten. « Gefragt, was er tun werde, antwortete Ronald Reagan: »Alles, was nötig ist, um unsere Männer zu schützen.« Nebenbei ließ der Präsident den Bonzo-Scherz fallen: »Wir wußten sehr genau, daß wir sie (die Marines) dorthin nicht in Urlaub geschickt haben.«

Selten (vielleicht nie) hat eine sprachliche Fehlleistung den wahren Charakter einer militärischen Operation so brutal enthüllt wie die des US-Offiziers, der auf einer Pressekonferenz über das weitere Vorgehen der US-Truppen im Libanon sich versprach: »The government of Vietnam ... « Syrien ist Laos und der Iran Kambodia. Der Völkermord hat begonnen.

Konkret 10/83, S. 10

Nachrichten

Reisen adelt

Früher galt in Bonn nur der etwas, der schon einmal vom Präsidenten der USA empfangen worden war. Seit aber bei Ronald Reagan jeder Hinz und Jenninger vorgelassen wird, gilt in Bonn eine neue Adresse als feiner: Hubertusstock, das Jagdhaus des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Zu dem exklusiven Kreis der dort Empfangenen gehören Franz Josef Strauß, Egon Bahr, Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt, Berthold Beitz und Hans Jochen Vogel. Welche Bedeutung deren Gesprächen mit Honecker beigemessen wird, zeigt das Fernschreiben (»VS-VERTRAULICH - amtlich geheimgehalten«) der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin vom 30. Mai 1983 »z.hd.stm. jenninger, prof. schreckenberger, ferner bitte umgehende weiterleitung an den herrn bundeskanzler in williamsburg/usa zu dessen persoenlicher unterrichtung«. Wichtigster Passus des Fernschreibens über das Gespräch zwischen Honecker und SPD-Vogel: »honecker, habe nachdruecklich und wiederholt auf die soeben veroeffentlichte tasserklärung hingewiesen und dabei bemerkt, daß deren inhalt mit ihm, honecker, konsultiert worden sei. wir muessen davon ausgehen, daß im falle einer stationierung amerikanischer mittelstreckenraketen auf dem gebiet der bundesrepublik deutschland geeignete 'gegenwaffen' auf dem boden der ddr und der cssr stationiert wuerden. diese waffen wuerden in grenznaehe stehen und praktisch ohne vorwarnzeit eingesetzt werden koennen ... auffallend ist hier, daß honecker in diesem zusammenhang - konkreter als es in der tass-erklaerung der fall war - von der stationierung neuer nuklearwaffen auf dem gebiet der ddr und der cssr sprach.«

Hospital Jalapa

Im Spendenaufruf von Dorothee Sölle und Günter Wallraff für ein Krankenhaus in Jalapa (KONKRET 9/83) wurde eine falsche Anschrift für den richtigen Topf angegeben. Der gemeinnützige Verein »medico international« in Frankfurt, der bereits Spenden für das Krankenhaus in Jalapa sammelt und dort jetzt mit dem Bau beginnt, bittet darum, alle Spenden auf das Konto 1800 bei der Stadtsparkasse Frankfurt, BLZ 500 501 02, Stichwort: »Hospital Jalapa (Sölle/Wallraff)« einzuzahlen. Alle Gelder, die auf das angegebene Wuppertaler Konto eingezahlt wurden, sind nach Frankfurt überwiesen worden. Sammelziel für medico international, Sölle, Wallraff und das Info-Büro Nicaragua sind 200.000 Mark, damit das Krankenhaus mit Anästhesie- und Röntgeneinrichtungen, Ambulanz und Blutbank ausgestattet werden kann.

Geschmiert

In katholischen Kreisen hat eine Titelstory des kritischen Christen-Blattes »Publik-Forum« für erhebliche Aufregung gesorgt. Das Blatt hatte unter der Schlagzeile »Die Wanzen unter dem heiligen Stuhl« über ein in Arbeit befindliches Buch des US-Autors Martin A. Lee berichtet, in dem Beziehungen zwischen CIA und Vatikan erhellt werden sollen. Der souveräne Malteserorden SMO habe sich, so heißt es dort, seit 1944 zu einer Art Bindeglied zwischen Vatikan und CIA entwickelt. In seinem Kampf gegen den »gottlosen Marxismus« soll der Orden durch die Nutzung seiner staatsähnlichen Stellung etwa 50.000 Naziverbrechern mit Geld und Pässen zur Flucht verholfen haben, unter anderem dem Gestapo-Mann Klaus Barbie.

Reinhard Gehlen, Nazi-Geheimdienstler und BND-Gründungsvater, vom Orden für seine Verdienste im »heiligen Krieg gegen den Marxismus« geehrt, soll dabei geholfen haben, im Vatikan für den CIA ein Spionagenetz aufzubauen, das alle Berichte aus dem Ostblock auswertet. Ein zweiter Orden, Opus Dei, soll auch einen Papst getestet haben: Karol Wojtyla aus Krakau. Die katholische Nachrichtenagentur KNA verlautbarete daraufhin empört, vatikanische Kreise wollten sich mit dem »Schmierenjournalismus« nicht auseinandersetzen.

Freudenfest

Freude, Dankbarkeit und Erleichterung - das war die Stimmung der Schlitzer Bürger am 7. September, denn das Bundesverteidigungsministerium hatte den Antrag der US-Army abgelehnt, den Schlitzer Eisenberg als militärischen Truppenübungsplatz zu nutzen (KONKRET 9/83).

Zehn Gebote

Damit Sie uns als Leser/innen erhalten bleiben, beachten Sie bitte die zehn Gebote für den Demo-Herbst:

1. Du sollst bei Veranstaltungen Kontakt suchen und bei Blockaden Namen und Adressen mit den Umsitzenden austauschen, damit Du im Fall des Falles Zeugen benennen kannst.

2. Du sollst passive Vorsichtsmaßnahmen treffen, so sind das Anketten an Tore oder Bäume und das Festbinden untereinander nicht strafbar.

3. Du sollst bei einer Festnahme keinesfalls gewalttätigen Widerstand leisten, nicht treten, schlagen, Dich losreißen oder gar Polizisten beißen, das wäre strafbar.

4. Du sollst zweimal 23 Pfennig zum Telefonieren abgezählt dabeihaben, sonst könnte es auf der Wache Schwierigkeiten geben, denn

5. Du sollst von Deinem Recht Gebrauch machen, einen Anwalt zu benachrichtigen.

6. Du sollst von Deinem Recht Gebrauch machen, einen Angehörigen zu benachrichtigen.

7. Du sollst bei einer Festnahme nur Angaben zur Person machen, das sind die Daten, die im Personalausweis stehen, und kein Wort zur Sache sagen.

8. Du sollst die Namen und Dienstnummern der Polizisten begehren, das ist Dein Recht.

9. Du sollst eine Quittung für beschlagnahmte Sachen verlangen.

10. Du sollst zu Protokoll geben, daß Du nur unter Protest mitmachst, und nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung einen Antrag auf Vernichtung der Unterlagen stellen.

Konkret 10/83, S. 12

Erich Kuby

Herbst 1983

Solange die Konjunktur gut lief, durften lammfromme Sozialdemokraten die Republik auf Hochglanz lackieren. Jetzt, in der ökonomischen Krise, muß härter durchgegriffen werden. Unter Zimmermann, Kohl und Lambsdorff wird Freiheit wieder als Krankheit empfunden, sind wir auf dem Weg in den totalen Staat

Heute - der Tag an dem ich diesen Beitrag für KONKRET schreibe ist der 17. September. Gestern abend lief über die Sender des 3. Programms der »Nordschiene« der Bericht von Stefan Aust über die Tätigkeit des »Schlächters von Lyon« Klaus Barbie während der ersten Nachkriegsjahre. Obwohl dem amerikanischen Geheimdienst seine verbrecherische NS-Vergangenheit bekannt war, genoß er damals dessen Schutz als einer seiner wichtigsten und offenbar sehr fähigen Agenten. (Unter anderem war sein Auftrag, in Bayern die Kommunisten auszuforschen.) Im unterirdischen Kampf gegen den Verbündeten von gestern, die Sowjetunion, beschäftigte der Geheimdienst in seiner deutschen Besatzungszone eine erhebliche Anzahl ehemaliger SS- und Gestapo-Offiziere »denn wer wäre dazu besser geeignet gewesen als jene, die schon vorher in diesem Geschäft waren.« Das ist der Ausspruch eines der nun in Pension in den USA . lebenden ehemaligen Schutzherren Barbies, die für den Bericht aufgesucht und vernommen worden sind. Einer von ihnen rechtfertigte die ans Verbrecherische grenzende Zusammenarbeit mit dem Satz»Befehl ist Befehl«. Auch das ist Kontinuität. Um 1950 wurde dann von den Amerikanern von Augsburg aus eine sichere Route nach Genua organisiert, wo die NS-Verbrecher auf ein Schiff steigen durften, das sie nach Südamerika brachte. Bei Barbie dauerte es dreißig Jahre, bis er jetzt in Lyon vor Gericht gestellt werden konnte.

Die Quintessenz dieser Reportage, die es verdiente, jede Woche im Hauptprogramm wiederholt zu werden (weil sie uns darüber aufklärt, mit wem wir es bei unserer Schutzmacht USA zu tun haben), war, daß der Kampf gegen die Sowjetunion jedes - *jedes!* - Mittel rechtfertige. Der Verdacht, dem sei so, hat sich im Jahre 1983 neu verhärtet, genährt von der Art, wie die Verhandlungen um die Rüstungsbegrenzung von den Amerikanern geführt werden. Dieser Verdacht stimuliert auch die Friedensbewegung zum Beispiel zu einer so spektakulären Reaktion wie der, einen amerikanischen Offizier mit Blut zu bespritzen.

Weil die Betreiber und Drahtzieher der neuen antisowjetischen Rüstungs- und Kriegsstrategie nicht primär die Deutschen unter Schmidt und Kohl sind (oder waren) - jene sind rückgratlose Erfüllungsgehilfen -, sondern die Amerikaner unter Reagan, beschränkt sich die Friedensbewegung nicht auf die Bundesrepublik. Sie ist international ohne die Möglichkeit, sich auch international solidarisch zu organisieren. Dennoch entwickelt sie in den verschiedenen westlichen Ländern ihre Stoßkraft in der gleichen Richtung, nämlich deutlicher gegen die amerikanische als gegen die sowjetische Politik, und eben das bietet der Gegenseite die propagandistisch auszuwertenden Angriffsflächen.

Wie von Washington bestellt und mit den Genfer Verhandlungen raffiniert synchronisiert, haben die Sowjets über Sachalin die koreanische Verkehrsmaschine abgeschossen. Daß sie (aber wer ist genau »sie«?) es getan haben, aber besser nicht getan hätten, steht außer Frage. Und eben weil der Abschuß so ganz und gar nicht dein Moskauer Interesse dient, ist die Unterstellung, die oberste Partei- und Regierungsspitze habe den Befehl dazu gegeben, dummes Zeug. Freilich auch die Annahme, daß jene von Washington bis Bonn, denen das böse Ereignis so gut in ihren Rüstungskram paßt, damit rechnen konnten, die Sowjets würden handeln wie sie gehandelt haben, und wir es deshalb mit einer arrangierten Provokation der Amerikaner zu tun hätten. Was sich hingegen sagen laßt und gesagt werden muß, ist, daß sich noch alles im Dunkeln befindet, was den falschen, drei Stunden lang verfolgten Kurs der Maschine angeht, die unterlassene Korrektur seitens der Kontrollstationen und das Verhalten des Piloten gegenüber allen Warnungen. Derart vollgestopft mit Unaufgeklärtem, kann der Abschuß nur pauschal als eine hysterische Reaktion von Militärs einer Macht beurteilt werden, die sich von der übermächtigen Rüstung und Rüstungspotenz der Amerikaner bedroht und eingekreist fühlen muß, mehr als umgekehrt die Amerikaner von der Sowjetunion.

Zudem ist aus unserer Sicht zu registrieren, wie unsere Regierung und die Medien den Vorgang zur Anheizung der ohnehin beständig genährten antisowjetischen Hetzte verwendet haben. Insbesondere wurde und wird er gegen die Friedensbewegung ausgeschlachtet.. Washington, jenes Washington, das prominente deutsche Kriegsverbrecher in Amt und Brot hielt, jenes Washington, das Mord- und Folterregimes abschirmt und militärisch unterstützt, in Mittelamerika zu Interventionen aufmarschierte, im Libanon nicht minder, gebärdete sich wie eine vergewaltigte unschuldige Jungfrau, und selbstverständlich war das Entsetzensgebrüll westdeutscher Politiker die Begleitmusik dazu. Mit jedem Tag, der nach dein Abschuß verging und die nach und nach durchsickernden Fakten Unbehagen darüber verbreiteten, wie sich die Dinge denn nun wirklich abgespielt hätten, wurde das Rachegeschrei heruntergestimmt, so daß die »Frankfurter Allgemeine« am 6. September ganz verstört schrieb, »die Erörterungen über den Abschuß (nähmen) makabre Züge an«. Die Debatte über Piloten, Funkverkehr und Hoheitsgrenzen stände in »einem völligen Mißverhältnis zu dem eigentlichen Geschehen«. Nachdem Mord Mord genannt worden sei, könne »der Westen nur schweigen«, doch auch dazu fehle ihm die Stärke.

Mit anderen Worten, jeder Versuch, den Vorgang zu konkretisieren sei deshalb zu unterlassen, weil die Gefahr bestände, daß sich die hochlodernden Emotionen gegen die Sowjetunion abkühlen. könnten. Diese politische Moralpauke der »FAZ« hat sich »Zeit«Chefredakteur Theo Sommer noch zehn Tage später zu Herzen genommen und schrieb in seinem Blatt unter dem Titel »Erbärmlich«, die Sowjets hätten sich erbärmlich benommen, weil sie sich nicht entschuldigt hätten. Dabei beging Sommer die Ungeschicklichkeit, daran zu erinnern, daß die Israelis 1973 ein libysches Verkehrsflugzeug mit 83 Passagieren abgeschossen haben, was uns veranlaßte, die damalige Reaktion des Westens aus den Archiven zu rekonstruieren. In der »Süddeutschen Zeitung« vom 22. Februar 1973 ist diese Maschine »nach Warnschüssen der Israelis abgestürzt(!)«, die »Welt« findet die Tat nur allzu verständlich »weil der Pilot alle Warnungen ignoriert habe«, und der »Stern« zitiert in einer sorgsamen Recherche den damaligen israelischen Verteidigungsminister Dajan: »Es gebe keinen Grund, den Mann zu exponieren, der den Feuerbefehl gab, 'solange wir überzeugt sind, daß alles seinen normalen Gang gegangen ist'.«

Eine derart abgewogene Berichterstattung über den Abschuß der Korea-Maschine würde einer dazu fähigen Presse höchstwahrscheinlich nicht nur als »makaber« angekreidet werden, sondern schlicht als politische Sabotage. Indes, die Gefahr der Objektivität besteht nicht. Gezielte Angstmacherei bestimmt den Ton der veröffentlichten Meinung, so hebt er den imperialistischen Weltkampf Amerikas auf die Ebene eines Religionskrieges, und in der Tat lassen, sich Raketen der Bevölkerung leichter als Instrumente der Tugend verkaufen, denn als solche zur Beherrschung und Ausbeutung der. »Dritten Welt«. In diese Trompeten blasen auch unsere Politiker.

Die Propaganda mit der erfundenen sowjetischen Gefahr ist jedoch nicht ganz ohne Nachteil für die Position jener, die sie betreiben. Zwar erlaubt sie, einem Teil der Bevölkerung die Notwendigkeit der »Nachrüstung« plausibel zu machen, zugleich aber intensiviert sie die »Friedensbewegung«, an deren Wiege selbstverständlich auch die Angst steht, würde sie von der Gegenseite nicht geschürt, sie wäre so groß nicht wie sie ist. Daß außer Angst Humanität, ja die Vorstellung von der Würde und Unverletzlichkeit des Menschen die Friedensbewegung motivieren, sei damit natürlich nicht in Frage gestellt. Sie hat ein Syndrom von Motivationen, darunter rein politische, und gerade darin liegt ihre Stärke, die einen »heißen Herbst« erwarten läßt.

Dazu hat sich Bundeskanzler Kohl gegenüber der »FAZ« am 15. September 1983 so geäußert: »Der evtl. Nachrüstung sehe er ohne Nervosität entgegen. In dieser Frage stehen alle fest: die Union, die FDP, die Koalition. Das Vertrauen der Verbündeten in die Bundesrepublik ist zu spüren. Die CDU werde ... 10.000 Versammlungen zum Thema Frieden abhalten.«

Das ist die Rollenverteilung in dieser Regierung - der Lächler Kohl redet von Friedensversammlungen, die anderen, Zimmermann an der Spitze, richten sich auf die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung ein, oder richtiger gesagt, sie hoffen, daß es dazu kommt und sehen darin eine Generalprobe für den Einsatz der bewaffneten Staatsmacht (minus Bundeswehr?, wirklich und unter allen Umständen minus Bundeswehr??!) gegen aufbegehrende Minderheiten. Noch sind es nicht die Arbeiter, es ist die nicht als Klasse oder Schicht, allenfalls als Generation dingfest zu machende Friedensbewegung, gegen die aufmarschiert werden soll. Offenbar aber gibt es Befürchtungen, die Gegner der Aufrüstung könnten vielleicht nicht ausreichend Anlaß bieten, zuzuschlagen, und so wird versucht, geeignete Zwischenfälle zu provozieren. Hierfür ist der V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes Peter Troeber bei der Krefelder Demonstration gegen den US-Vizepräsidenten George Bush am 25. Juni der fatale Schulfall geworden, weil er, als antreibender Gewalttäter auftretend, verhaftet wurde, bevor er von seinen Auftraggebern gegen solche Unbill abgeschirmt werden konnte. Die gegen ihn erhobene Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs ist inzwischen auf gewöhnlichen herabgemindert worden, und ich würde meinen Hut essen, wenn Troeber auch nur eine Woche Strafhaft schließlich absitzen müßte.

Aber bevor die Sache ruchbar geworden ist, waren die Verteidiger von Freiheit und Demokratie schon hurtig auf dem Plan; der Krefelder Krawall war für den bundesdeutschen Hausgebrauch fast so gut wie der Flugzeugabschuß über Sachalin für westliche Weltpolitik. Kohl: »Wir werden nicht dulden, daß dieser große Versuch einer neuen Republik, eines freiheitlichen Rechtsstaates im Terror der Straße zusammenbricht!« Und Innenminister Zimmermann sah für neue Disziplinierungsgesetze prächtige Chancen: »Die Polizei braucht zur Abwehr eingetretener Störungen das Recht, eine Menschenmenge zum Auseinandergehen aufzufordern ... deshalb strebt die Bundesregierung eine wirksamere Ausgestaltung des Demonstrationsrechts an.« Diese Forderung nach härteren, umfassenderen Gesetzen zum Einschreiten gegen die Bevölkerung gehört in einen schon fast unübersehbar -lang gewordenen Katalog ähnlicher Maßnahmen, von der Überwachung durch gespeicherte Daten bis zum »fälschungssicheren« (das heißt das Überwachungssystem ergänzenden) Personalausweis.

Der totale Staat, der hier vorbereitet wird, findet seine Begründung weder nur in der Verwandlung des Gebietes der Bundesrepublik in das Stationierungsgelände für neue Atomwaffen (von denen man annimmt, die Sowjetunion könnte sich ihrer nicht erwehren) noch allein in der dagegen sich formierenden Friedensbewegung. Eine objektive Analyse dessen, was gegen die Bevölkerung im Gang ist, erforderte, die Friedensbewegung durch eine Freiheitsbewegung zu ergänzen.

Es wird ganz zu Recht von einer »Wende« gesprochen, aber sie hat einen ganz anderen politischen Inhalt als den, der seit Aufkommen dieses Begriffs damit verbunden wird, und sie hat auch nichts damit zu tun, nichts Ursächliches, daß eine konservative Regierung mit Kohl ans Ruder gekommen ist. Vielmehr ist es gerade umgekehrt: dieser Regierungs- und Richtungswechsel ist das Ergebnis der »Wende«, einer »Wende«, die ihre Wurzeln in der Entwicklung der Wirtschaft hat.

Solange das sogenannte Sozialprodukt von Jahr zu Jahr wuchs und die Profite es den Unternehmern spielend erlaubten jeweils geforderte Lohnerhöhungen locker abzubuchen, und solange sie außerdem durch soziale Zusatzleistungen die Arbeiter bei Laune halten konnten, gelang es gesellschaftspolitische Konflikte schon im Entstehen zu unterdrücken. Für diese Phase der sogenannte »sozialen Marktwirtschaft« war eine sozialdemokratisch geführte Regierung nicht nur ebenso gut wie eine konservative, sie war sogar noch besser unter der Voraussetzung, daß es sich um eine lammfromme Sozialdemokratie wie die westdeutsche handelte. Unsere prominenten Sozialdemokraten, die mit leichter Hand die leicht verdienten und per Steuer eingenommenen Milliarden auch wieder ausgaben (und sogar manchmal ein bißchen mehr), lackierten sozusagen die Bundesrepublik auf Hochglanz und verliehen dem »Lügenschwindel« (ein Ausdruck von Franz Josef Strauß, in anderem Zusammenhang benützt) der so*zialen* Marktwirtschaft, die niemals sozial war, den Anschein von Wirklichkeit.

Damit ist es nun Knall auf Fall vorbei, und nichts anderes ist die »Wende«. Von jetzt an braucht die Wirtschaft, richtiger gesagt das Unternehmertum, eine Regierung, die sich mit der Phraseologie von law and order darauf vorbereitet, die nicht mehr aufzubringenden »sozialen« Bestechungsgelder im Falle des Falles durch den Einsatz bewaffneter Staatsgewalt zu ersetzen. Das klingt, im Herbst 1983 gesagt, wie eine allzu überzogene Prognose, aber man warte nur auf den Augenblick, in dem sich ein Millionenheer von Dauer-Arbeitslosen politisch ermannt. Dann wird man die bezahlten Provokateure weniger in die Friedensbewegung und mehr in die Belegschaften der Großindustrie einschleusen - die Spitzel des Verfassungsschutzes haben sich dort längst eingenistet! Und man wird Anlässe schaffen, um herzustellen, was man den »inneren Frieden« nennt, was aber in Wirklichkeit ein ausgebautes Netz staatlicher Repressionen ist.

Ich bin in der Tat der Überzeugung, daß der ökonomische Einbruch nach Jahrzehnten des Wohlstandes die Hauptursache der eminenten Klimaveränderung in der Bundesrepublik ist. Es läßt sich daran ablesen, daß das, was wir Regierung zu nennen belieben, eine Agentur des Unternehmertums ist, in dem die oberste Schicht das fünf-und zehnfache des Gehaltes des Bundeskanzlers verdient und nur mit teilnahmsvollem Mitleid auf Leute herabblicken kann (Fall Lahnstein!), die sich ihre Gesundheit in Bonn für allenfalls 20.000 Mark im Monat ruinieren. Aber ganz reicht diese Erklärung für das, was wir erleben, nicht aus, und zwar deshalb nicht, weil von Kohl über den Wirtschaftsminister bis zum Innenminister Leute sitzen, an deren Reden und Handeln abzulesen ist, daß sie anfangen, die Gesamtbevölkerung als staatsfeindlich einzuschätzen. (Ein hochachtbarer Kapitän der Hapag-Lloyd wird gefeuert - darf gefeuert werden! -, weil er einen Friedensaufruf unterzeichnet hat!).

Ich warne alle Friedensfreunde, von denen ich annehme, daß sie zugleich Freiheitsfreunde sind, allzu starr und allzu einseitig nur die Aufrüstung im Blick zu haben. Abgedeckt von ihr ist eine in viel speziellerem Sinne deutsche Entwicklung im Gange, weg von der Demokratie, hin zu einer autoritären Ordnung.

Dieser Staat hat es noch mit einer Bevölkerung zu tun, der man vor knapp vierzig Jahren vorgemacht hat, sie sei durch die Bonner Staatsgründung tatsächlich in eine »pluralistische« Freiheit gelangt. Das war schon unter Adenauer nicht wahr, der die Sozialdemokratie verteufelte und als tüchtiger Mitstreiter des US-Außenministers Dulles davon träumte, die »Sofjets« in die Grenzen von 1917 zurückzutreiben. Aber das »deutsche Wunder« kaschierte die Kanzlerherrschaft, und die Großindustrie War noch nicht wieder so bei Kräften, daß sie mit dem Staat nach ihrem Gusto umspringen konnte.

Wir, die Westdeutschen, waren auf Ferien von uns selbst. Jetzt sind die demokratischen Ferien zu Ende. Das dabei die erwähnten ökonomischen Ursachen eine Hauptrolle spielen, ist anzunehmen, aber ganz erklären sie doch nicht, warum politische Exponenten bürgerlicher Parteien Freiheit als Krankheit empfinden. Es erscheint angebracht, uns über unsere Geschichte zu beugen und zu erkennen, daß es immer so gewesen ist: die Staatsmacht fürchtete immer den politischen Freiraum der Bevölkerung und diese selbst fühlt sich auf Dauer darin unbehaglich. (Die einzige Ausnahme bilden die Jahre der Herrschaft des Nationalsozialismus, wo es bis etwa 1942 keinen Dissens zwischen Führung und Volk gegeben hat. Eben deshalb, weil Volk durch Volksgemeinschaft ersetzt worden ist. Der Hinweis auf die geschichtliche Repetition antidemokratischer Tendenzen und Strukturen erklärt diese freilich nicht, und wir können in diesem Rahmen nicht einmal zu dem Versuch einer Erklärung ansetzen, von der ich im übrigen glaube, daß sie immer nur unbefriedigend sein könnte.

So aber ist es - wieder! - und viele der jetzt auf Regierungsposten gehievten Männer sehen »das Ende aller Sicherheit« gekommen und wollen sie aufs neue von oben nach unten herstellen. »Das Ende aller Sicherheit« - so lautete der Titel eines Buches von Winfried Martini, der Untertitel: Eine Kritik des Westens. Als es 1954 erschienen ist, vor dem Hintergrund einer allgemeinen demokratischen Euphorie, wurde es als Provokation empfunden und sollte es auch sein. Zu dieser Zeit wurde Portugal noch von Salazar regiert, war eine gemäßigte Diktatur, die Martini als Modell einer Herrschaftsstruktur diente, die Sicherheit verbürgte. Bei ihm heißt es: »Portugal ist ein autoritärer Staat. Im Artikel 71 der Verfassung heißt es nicht mehr, daß die Souveränität 'vom Volke ausgeht', sondern daß sie 'bei der Nation liegt, und daß ihre Organe das

Staatsoberhaupt, die Nationalversammlung, die Regierung und die Gerichte sind. Die Souveränität ist nach dieser Formel also eine selbständige Idee, die zwar mit der Existenz der Nation verknüpft, an die sie gebunden ist, aber von dieser nicht mehr ausgeübt wird. ... Herrschaft ist nicht der bloße Vollzug des 'Volkswillens', sondern sie ist diesem gegenüber selbständig.«

Solche Sätze müssen auf das ganze Unternehmertum und auf die meisten Mitglieder in der Regierung, auf die Staatssekretäre zumal, wirken, wie Baldrian auf die Katze. Wenn Helmut Kohl vom »Terror der Straße« spricht, unter dem der »freiheitliche Rechtsstaat« zusammenbrechen könnte, so kann er unmöglich ein paar hundert oder ein paar tausend unbewaffnete, meistens junge Menschen meinen, die nicht nach der Staatspfeife tanzen wollen. Vielmehr hat er eben jene »Macht« vor sich, die das Ende aller Sicherheit in autoritären Augen herbeizuführen fähig ist: das demokratisch verseuchte Volk per se.

Martinis Buch sollte neu aufgelegt werden und auf vielen Nachttischen von amtierenden oder auch in der Opposition befindlichen Politikern, und insbesondere vom Bedienungspersonal unserer Medien liegen und wirklich gelesen werden. Das würde der grunddümmlichen Diskussion über Staatsmacht, Kontrolle, Demonstrationsrecht und so weiter aufhelfen können. Da ist auf erheblichem intellektuellen Niveau alles zusammengetragen, was die Zimmermänner mangels Bildung so nicht sagen können, was sie aber meinen.

Es könnte sein, daß sie sich vom »heißen Herbst« zu viel versprechen und daß er ihnen nicht alles für einen neuen Salazarismus liefert, der gewiß nicht mehr bedingen würde, unsere Verfassung nach der damaligen Portugals umzukrempeln. Mit dem heutigen Instrumentarium, mit Polizei und Verfassungsschützern - was für ein ironischer Begriff - könnte das alles unter dem Dach der Verfassung institutionalisiert werden. Ganz lautlos wird es nicht gehen.

Indem ich zwischen der real existierenden Friedensbewegung und einer erwünschten Freiheitsbewegung unterschieden habe und dabei verschiedene Motivationen anpeilte - für jene die Kriegsstrategie gegen die Sowjetunion, für diese die Ohnmacht des kapitalistischen Systems, mit seiner Krise fertig zu werden -, könnte ich dem Mißverständnis Vorschub geleistet haben, es handle sich tatsächlich um zwei durchaus von einander unabhängige Entwicklungen. Das ist natürlich nicht der Fall. Sehen wir einmal davon ab, daß das Regime Reagans darauf angewiesen ist, den Konflikt mit der Sowjetunion so hochzuspielen, daß der Krieg als eine vorstellbare Alternative diskutiert werden kann, weil er nur auf diese Weise mit der Wirtschaftskrise wenigstens vorübergehend fertig werden kann. So gilt selbstverständlich auch für die Bundesrepublik, daß die innenpolitischen Maßnahmen gar nicht machbar wären, wenn die da und dort doch vorhandenen demokratischen Impulse nicht durch die neue Ausgabe des Kalten Krieges - viel gefährlicher als jener, mit dem Adenauer sein außenpolitisches Geschäft betrieb! - gelähmt würden. Insoweit ist in der Friedensbewegung auch eine Freiheitsbewegung enthalten. Aber in den Artikulationen der Friedensbewegung, das ist mein Eindruck, kommt zu wenig zum Ausdruck, daß mit der angeblichen Verteidigung der Freiheit durch Aufrüstung und Inkaufnehmen des Kriegsrisikos vorab die innere Freiheit in die Binsen geht.

Konkret 10/83, S. 18

Sabine Rosenbladt

Bye, Bahro

In der Bundesrepublik entdeckte Rudolf Bahro die CDU als Bündnispartner, auf einer USA-Reise verfiel der Grünen-Guru jetzt dem Baghwan. KONKRET beobachtete Bahro in Kalifornien

If you're going

to San Francisco

be sure to wear

someflowers in your hair ...

Er trägt ein blaugrau gestreiftes T-shirt und eine graue Hose, und obwohl er doch nach vier Wochen bei Baghwan ganz entspannt im Hier und Jetzt sein müßte, machen sich gewisse Verkrampfungen in Nacken-und Schulterpartie bemerkbar: die Vergangenheit als Anzugträger? Oder die Anstrengungen der »National Speaking Tour«? Rudi Bahro, »Member of the Executive Committee of the West German Green Party«, reist den ganze Monat September durch die USA und redet.

Berkeley-Campus, Dwinelle Hall, Hörsaal 155 ist randvoll, mehr als 400 Leute haben drei Dollar Eintritt bezahlt, um »Rudi Bahro« über »Perspektiven der neuen Friedenspolitik« zu hören. In Berkeley, wo Marcuse gelehrt hat, wo die Black Panthers und Angela Davis herkamen, ist der Standart der politischen Diskussion immer noch hoch. Hier verfolgt man die Entwicklung der Grünen mit viel Interesse und mit derselben Hoffnung, mit der in den USA auf die europäische Friedensbewegung geschaut wird: »They're gonna make ist, they're gonna stop the arms race« (wahrscheinlich steigt der Optimismus im Quadrat zur Entfernung vom Schauplatz des »heißen Herbstes«).

Nun also Rudi. Er erscheint in Begleitung eines Zöglings Törless in kurzen Hosen mit Nickelbrille (der sich als »taz«Redakteur Wolschner, verklärt durch einwöchiges Baghwan-Enlightment, entpuppt) und eine lilagewandeten Grünen namens Christine Schröder aus Rheinland-Pfalz. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung hat die linke Monatszeitschrift »Mother Jones« übernommen: Redakteur Adam Hochschild spricht allerwärmste Willkommensworte und lobt Bahro als bedeutenden politischen Kopf. Zwei Stunden später wird er auf dem Podium sitzen und abwechslend rot und blau werden über das, was dieser politische Kopf so von sich gibt.

Schon am Nachmittag hatte Bahro den Interviewer der linken Radiostation mit der Mitteilung überrascht, daß die Genfer Verhandlungen für die europäische Friedensbewegung eh nicht mehr interessant seien, weil sich in Ost und West eine breite Bewegung gegen beide superpowers installiert habe und die Leute ein neutrales Germany einfach am liebsten hätten. »Sis movement in East and West-Germany is both green and a peace movement, ve are very close to each oser« verkündet er in schönstem Lübke-Englisch (»the Soviet Union has only been forced to play wis in sis game«). Er könne sich nicht helfen, so der KPFA-Interviewer, aber das käme ihm doch ziemlich »romantisch« und »unrealistisch« vor - schließlich hatten die Grünen zur Zeit doch nur fünf und nicht fünfzig Prozent der Stimmen. Ja, aber diese fünf Prozent, so rechnet Bahro umständlich vor, bei denen sei das grüne Denken im Kopf schon zu über fünfzig Prozent fortgeschritten, und deshalb würden sie Grün wählen, aber viele, viele andere, bei denen läge es eben knapp unter der fünfzig Prozentmarke, und deshalb würden sie noch nicht Grün wählen, obwohl sie ja eigentlich schon Grün dachten, und lieb? - der Reporter wechselte das Thema.

Bahro nicht. Zwei Stunden lang erläutert er abends in Dwinelle Hall seinen dritten Weg, wobei das Publikum einige Schwierigkeiten hat, diese frohe Botschaft auch zu verstehen, denn Rudi ist so entspannt, daß er keinen Redetext braucht und stattdessen Phil Hill, den Organisator der National Tour und Gründer der Gruppe »Eurolinks« in Washington, als wandelndes Wörterbuch benutzt. Das hört sich dann ungefähr so an: »In East-Germany, sere is alvays some lack in der Versorgung - was heißt Versorgung, Phil? - also supply, for example, from Toilettenpapier.«

Diese Ausführungen gipfeln in der kryptischen Bemerkung, daß, was wir wirklich brauchen, keine anti-imperialistische oder anti-kommunistische Politik sei, sondern etwas ganz Neues, nämlich »anti-neurosis-policy«. Die wichtigste Aufgabe derzeit sei, das »spirituelle Fundament« des Westens zu verändern, denn »I just come from se Raineesh people in Oregon, and sat commune is right now se most important place in se world for me«. Entgeistertes Zischen und Pfeifen im ganzen Saal, jemand stöhnt »oh, no«, aber Rudis coming-out ist nicht mehr zu stoppen. Er rechnet seinen mehr oder weniger fassungslosen Zuhörern vor, daß es in der BRD derzeit rund 25 . 000 Grüne, aber 50.000 »orange people« gäbe, »and most of sem vote green«. Schon deshalb dürfe diese neue Kraft von den Grünen nicht vernachlässigt werden. Er sei nach Oregon gefahren, um sich persönlich »aufzulockern«, aber jetzt sei er überzeugt, daß das generelle Muster einer spirituell, verankerten Kommune »der Weg ist, den wir versuchen sollten.«

Dies veranlaßt die Rheinland-Pfälzer Grüne Christine Schröder zur Krisen-Intervention. »Ich muß als Mitglied des Bundeshauptausschusses der Grünen aufs Schärfste protestieren«, ruft sie auf Deutsch ins Mikrophon, »daß die Grünen und die Baghwans zusammengehören. Der fundamentale Unterschied ist, daß die Grünen niemals einem Guru nachfolgen würden wie die Sannyasins'«

Im Auditorium wird unterdessen jedoch darüber spekuliert, ob die Mischung der Farben grün und rot (Bahro: »ich bin kein orthodoxer Marxist mehr, aber ich bin auch kein Anti-Marxist«) vielleicht die neue politische Komplementärfarbe orange ergäbe. Bahro: »dies sei eine 'neue Erfahrung', über die bei den Grünen noch nicht gesprochen worden sei«. »Ich rede von speziellen psychischen Kräften, die vorhanden sind. Ich persönlich bin bereit, auch mit diesen Kräften zu arbeiten. Ich werde versuchen, eine solche Kommune in Deutschland zu gründen,« und »1 stand to sis experience« - Die Kommentare entgeisterter Campus-Intellektueller beim Rausgehen reichen von »just horrible« über »infantile« bis »I think he should grow up first«

Konkret 10/83, S. 21

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche
Liberale Leistung

Als er Justizminister wurde, war er nur sechste Wahl. Nun macht er den Rechten aber so richtig Freude.

Viele haben mitgemordet im Selbst-Mordfall Altun, Bekannte und Unbekannte. Zwei Haupttäter sind überführt: Innenminister Friedrich Zimmermann, der »häßlichste Deutsche« (KONKRET 11/82), und Justizminister Hans A. Engelhard.

Der besitzt allem Anschein nach noch ein gut funktionierendes Bewußtsein von Recht und Unrecht, von Gut und Böse. Allerdings ist er ein Liberaler: immer bereit, das Gegenteil dessen zu tun, was er als richtig erkannt hat. Das fängt mit Kleinigkeiten an und endet noch nicht, wenn er über Leichen gehen muß.

Die Kleinigkeit: Als 450 Richter und Staatsanwälte der Bundesregierung vorhielten, sie verstoße mit der Raketenstationierung gegen das Grundgesetz, gab sich Engelhard in einem »Spiegel«-Gespräch als liberaler Maxe. Er stimme nicht mit ihnen überein, sagte er, aber es liege ihm »fern, die Meinungsfreiheit der Richter und Staatsanwälte einzuschränken«. Wenige Wochen später war die Ferne nah gerückt. Schroff forderte er die Juristen auf, »ein größeres Maß an Zurückhaltung zu üben«.

Der Tote: Am 1. Februar empfing Engelhard den türkischen Außenminister Türkmen. In den offiziellen Mitteilungen seines Ministeriums ließ der Liberale verlauten, daß er »Besorgnis« gegenüber seinem türkischen Kollegen geäußert habe, weil die Türkei an der Todesstrafe festhalte. Auf Menschenrechtsfragen habe er den Minister der Militärs angesprochen, auch auf Folterungen durch die Polizei und in Gefängnissen. Und er habe sich auch nicht gescheut zu sagen, daß »in der deutschen Öffentlichkeit starke Vorbehalte gegen den deutsch-türkischen Auslieferungsverkehr insgesamt« bestünden.

Zwanzig Tage später stimmte die Bundesregierung - zuständiger Minister Hans A. Engelhard - der Auslieferung Altuns an die türkische Folter zu. Als Altun dann tot war, sagte der Minister: »Ich bin betroffen. Der Tod ist besonders tragisch, weil wir alles Menschenmögliche unternommen haben.«

Lieblingsspruch des humanistisch gebildeten Engelhard ist - wie er im Juli bekannte - ein Goethe-Wort zum Wenden, das er auswendig kann: »Denn der Mensch, der zu schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Übel und breitet es weiter und weiter.« Tatsächlich hat der Liberale aus München, seit er 1972 in den Bundestag einzog, alles Menschenmögliche getan, um Recht und Ordnung im freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gab, weiter und weiter zu mehren. Erst drückte er die Hinterbank, doch 1977, auf dem Höhepunkt der Terroristen-Hysterie, kam seine große Zeit. Er lobte den damaligen Innenminister Genscher, weil er »erstmals den Gedanken der öffentlichen Fahndung ins Gespräch brachte und durchgesetzt« hatte. Zum »Terrorismus« zählte er, was in Brokdorf und Grohnde geschah, wo »eine ganz neue Dimension der Gewaltkriminalität« für ihn zutage trat, freilich nicht auf Seiten der Polizei, im Gegenteil. Er legte Wert darauf, daß neben der »ganzen Fülle gesetzlicher Änderungen« auch noch »was zum Zuge kommt, was die Praktiker, die Männer der vordersten Linie, die fast täglich in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus stehen, an Wünschen vorzubringen haben.«

1978, als sich das Schleppnetz der Terroristen-Hatz über ganze Hochhaus-Komplexe gelegt hatte, machte Engelhard - Einfälle hatte er zuweilen - die »Sündenfälle des Städtebaus« dafür verantwortlich, daß ein »Durchsuchen von Wohnungen eines ganzen Gebäudes« notwendig sei. Zugleich verteidigte er den Lauschangriff von Innenminister Maihofer auf den Atomforscher Klaus Traube.

. 1979 setzte er sich für die Verjährung der Mordtaten von NS-Terroristen ein und nannte dies eine »vor allem und zutiefst moralische Entscheidung« - nur zwei Jahre zuvor hatte er angeregt, Links-Terroristen nach der Strafverbüßung in unbefristete Sicherheitsverwahrung zu nehmen. 1980 störte den »Hüter einer gewachsenen Rechtspolitik« - so sieht er sich - die Abschaffung des Homo-Paragraphen 175 und die Ausweitung der Bürgerbeteiligung durch Volksbefragung im Wahlprogramm der FDP. 198 1, nach der Massenverhaftung im Komm war er »entsetzt« und fand es »erschreckend«, wenn »ernstzunehmende Leute so mir nichts dir nichts hingehen und davon sprechen, in Nürnberg seien Ermittlungsrichter 'handverlesen' worden«.

Und 1982 zur Wende, hatte er es geschafft, was der Student vor 28 Jahren als Berufswunsch hegte: Hans Engelhard wurde Justizminister. Und nicht etwa als zehnte oder zwanzigste Wahl, sondern schon, nachdem fünf andere FDP-Kandidaten abgesagt hatten. Gegen einen Innenminister Zimmermann, so glaubten seine Parteifreunde, könne man selbst ihn noch als liberales Aushängeschild aufputzen. Es gab etwas Geplänkel um das neue Demonstrationsrecht, doch man einigte sich rasch auf die nötigen Verschärfungen, und Zimmermann erkannte, Engelhard »ist schon ein vernünftiger Mann«. So

vernünftig, daß er Leute wie Oskar Lafontaine hinter Gittern sehen will: »Wer durch Aufrufe an der Initiative zu einem Generalstreik mitwirkt, kann sich als Anstifter einer Straftat strafbar machen.« Und: »Aber auch der einzelne Streikende kann als Täter in Betrachtung kommen.«

Doch jetzt an Kemal Altuns Leiche suchte sich Hans Engelhard als menschlicher Politiker zu profilieren, indem er Zimmermann als Alleintäter darstellen ließ. Aus Engelhards Haus kam Zimmermanns Brief vom 21. Juli an die Öffentlichkeit, der »im Interesse einer nach wie vor guten Zusammenarbeit mit der Türkei auf polizeilichem Gebiet« die unverzügliche Auslieferung Altuns forderte. Zimmermann aber schlug zurück. Er konnte einen Brief - desselben Datums - vorweisen, in dem Engelhard durch seinen Staatssekretär Kinkel von Genscher verlangte: »Ich ersuche Sie hiermit förmlich, nunmehr dem Vollzug der Auslieferung zuzustimmen.« Wer gegen Altuns Auslieferung sei, gehöre dem »linksextremen politischen Spektrum« an. Und Folter drohe auch nicht, denn: »Aus hiesiger Sicht entbehren die Behauptungen der Grundlage«.

So schreiben Liberale. Sie foltern nicht mit Elektroschocks und Tritten in die Hoden. Sie foltern per Brief. Und Engelhard hat mitgefoltert. Am 21. Februar hat er mit der Bundesregierung, die Auslieferung Altuns trotz des laufenden Asylverfahrens für vollziehbar erklärt. Seither mußte Altun, bei jedem Schritt, der sich seiner Zelle näherte, fürchten: Jetzt kommen sie und holen dich. Die letzten Tage verbrachte er schlaflos in der Zelle, zu essen hatte er aufgehört. Am 190. Tag sprang er.

Sie haben ihm aufs Fensterbrett geholfen, Herr Engelhard.

Konkret 10/83, S. 22

Susanne Mersmann

Szenen aus einem satten Land

Der türkische Asylbewerber Altum sprang in den Tod, weil er nicht mehr daran glaubte, recht zu bekommen im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland. Seine Zweifel waren begründet. Um Asylanten und Gastarbeiter wieder loszuwerden, sollen die Gesetze weiter verschärft worden. Die Praxis der Arbeitsämter und Ausländerbehörden zeigt, daß Ausweisungen und Abschiebungen, Drohungen und Demütigungen an der Tagesordnung sind

Kadri Özkol aus Izmir kam 1966 in die Bundesrepublik, da war er 24 Jahre alt. »Die Landsleute, die auf Urlaub in die Türkei kamen, hatten ein Auto, erzählten von deutschen Mädchen, die sich um die Ausländer rissen. Da haben wir jungen natürlich gedacht, 'Mensch, das muß ein Land sein'...« Kadri hatte sich zusammen mit vier Kollegen beim Arbeitsamt gemeldet, wo deutsche Industriefirmen regelrechte Musterungsbüros unterhielten. »Aus Jux«, erzählt er heute. »Wir haben gesagt, 'dann machen wir eine Reise nach Europa'.«

Der Spaß wurde schon nach wenigen Wochen Wirklichkeit. Zwei gründliche Untersuchungen beim Arzt, ein Gastarbeiterzug nach München (»Das war wie ein Viehtransport«), die Zwischenstation im Bahnhofskeller, wo es für jeden eine Banane und ein Stück Salami gab. Dann wurden sie weiter aussortiert. Er kam mit 22 türkischen Kollegen nach Bremen, zur Vulkan-Werft. Sie waren nicht die ersten Gastarbeiter dort, es gab schon eine Gemeinschaftsunterkunft. Kadri Özkol bitter: »Wenn mir am ersten Abend jemand eine Fahrkarte angeboten hätte, ich wäre gleich wieder zurückgefahren. ich hatte die Schnauze voll von 'Europa'.«

Alles war anders, als es die Urlauber erzählt hatten: Weg von der Familie, das Essen mußten sie selber kochen und die Wäsche waschen, das Leben im engen Heim ... Kadri ist sicher: »Wenn ich meine Frau nicht kennengelernt hätte, wär' ich längst wieder in der Türkei.« Seine Frau Christa ist Deutsche.

Auch sonst hatte der junge Mann Glück - mit der Arbeit auf der Werft und mit den Kollegen. Von den 23 »frischen« Türken, die am 21. Juli 1966 bei der Bremer Vulkan antraten, wurden 15 Schweißer und acht Schlosser. Kadri Özkol: »Wir mußten uns in einer Reihe aufstellen. Wäre von links abgezählt worden und nicht von rechts, wäre ich heute Schweißer. Dabei hatte ich in der Türkei Schlosser gelernt - aber ich konnte das ja nicht auf deutsch sagen.« Und es war niemand da, der ihn auf türkisch fragte.

Drei Monate hatten sie dann einen Kurs im Betrieb, sie lernten die Namen der Werkzeuge, die wichtigsten Redewendungen und wie die Arbeit auf der Werft abläuft. Dann kamen sie auf die Kolonne. Als er anfangs oft verzweifelt war und dachte, er schafft's nicht mit dem Leben hier und mit der Sprache, da hat ein Kollege seinen Zollstock ausgeklappt und zu ihm gesagt: »Siehst du hier die vielen Millimeter? So geht es immer voran, Millimeter für Millimeter.«

*

Ihnen wurden hier viele Millimeter zugemutet. Sie wurden hergeholt, damit sie die Dreckarbeiten machen in unserem Wirtschaftswunderland. Sie putzen für uns die Wohnungen und Büros. Sie fegen die Gehsteige. Sie stehen an Fließbändern und in Flözen. Sie bedienen uns und asphaltieren unsere Straßen. Sie müssen in den miesesten Behausungen leben. Von ihnen wird verlangt, daß sie unsere Sprache lernen und sich gefälligst anpassen. Es fällt auf, wenn sie sonntags in Gruppen auf Bahnhöfen und in Fußgängerzonen stehen. Es erregt Anstoß, wie sie kochen, wie sie riechen, wie sie aussehen, wie sie reden. Kaum jemand will etwas zu tun haben mit Leuten, die mit Unmengen von Pappschachteln auf Heimaturlaub fahren, die mehr Kinder haben als »normal«, die lärmen und fröhlich sind. Sie sollen für uns arbeiten, aber unsichtbar, bitteschön. Und nun haben wir selbst Arbeitslose, also Ausländer raus.

*

»Ausländer raus?« - Aspekte der Ausländerpolitik, erschienen in der Reihe »Positionen« des Instituts der deutschen Wirtschaft, stellt fest: »In vielen Wirtschaftsbereichen und Betrieben ist der Anteil der Ausländer so hoch, daß ihre Heimkehr zu ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen würde. Mehr als ein Viertel der Beschäftigen in Gießereien, etwa ein Fünftel des Hotel- und Gaststättenpersonals, der Arbeitskräfte in der Textil- und Kunststoffindustrie sind Ausländer; im Bergbau stellen Ausländer fast die Hälfte der Unter-Tage-Beschäftigten, in den Ford-Werken ein Viertel, bei Opel fast zwanzig Prozent ... «

Ausländer raus würde also nicht nur bedeuten, »daß weite Bereiche der Produktion vorübergehend ausfallen müßten«, deutschen Arbeitslosen würde der Abzug der Ausländer kaum helfen. »Positionen«: »Die Qualifikation der deutschen Arbeitslosen und der Ausländer stimmen nur in wenigen Fällen überein. Es wäre zwar vorstellbar, den ausländischen Hilfsarbeiter durch einen deutschen zu ersetzen; aber in vielen anderen Berufen wäre das kaum möglich. Der arbeitslose Lehrer hatte wenig davon, wenn in den Gießereien über ein Viertel der Arbeitsplätze frei würde. Und auch dem arbeitslosen Bürokaufmann würde es wenig nützen, wenn die Hälfte aller Unter-Tage-Bergleute nach Hause ginge. Die Statistik der

deutschen Arbeitslosen zeigt, daß ein Großteil davon Problemgruppen angehört, die auch bei einem Wegzug der Ausländer Beschäftigungsschwierigkeiten hätten. «

*

Was die Arbeitgeberverbände analysiert haben, kümmert deutsche Arbeitsämter nur wenig. Sie haben ihre Statistik. Und sie haben ihre Dienstanweisung Nr. 11/83. Da schreibt zum Beispiel der Direktor des Arbeitsamtes Hamburg am 25. April 1983 unter Punkt 1.6. zum »Arbeitserlaubnisverfahren«: »Trotz der angespannten Arbeitsmarktsituation soll derzeit noch nicht in bestehende Arbeitsverhältnisse eingegriffen werden. Aus diesem Grunde werden Verlängerungsanträge ohne Einschaltung der Vermittlung durch IaZ4 positiv beschieden.«

Derzeit noch nicht. Bei der »erneuten Arbeitsaufnahme (Stellenwechsel) sieht es bereits anders aus: »Die Positivliste DA 11 /80 entfällt. Sämtliche Arbeitserlaubnisanträge von Stellenwechslern sind ab sofort durch IaZ4 der Vermittlung vorzulegen. Auch in diesen Fällen sind intensive Bemühungen einzuleiten, die freie Stelle durch einen deutschen oder ihm gleichgestellten ausländischen Arbeitnehmer (Ausländer aus EG-Staaten sind gleichgestellt) zu besetzen. Nur wenn dies innerhalb von mindestens vier Wochen nicht gelingt, darf ein Ausländer erneut zum Arbeitsmarkt zugelassen werden.«

Die Praxis sieht dann so aus: Gesucht wurde ein Fachverkäufer für Obst und Gemüse mit spanischen Sprachkenntnissen. Die Stelle, von einer Händlerin auf dem Großmarkt Frankfurt beim Arbeitsamt gemeldet, bleibt ein halbes Jahr lang unbesetzt. Das Arbeitsamt schickte wenige und nur Leute, die dieser Qualifikation nicht genügten. Die Arbeitgeberin lernte einen Spanier kennen, der hier verheiratet ist, eine Aufenthaltsgenehmigung hat, hier schon arbeitete und genau den Anforderungen des Jobs entsprach. Sie wollte ihn einstellen, durfte aber nicht. Insgesamt zwei Jahre lang blieb die Stelle unbesetzt. Der Spanier klagte, das Arbeitsamt behauptete in dem Prozeß, es gäbe genügend deutsche Arbeitnehmer, die eingestellt werden könnten. Die Richter stellen fest, irgendwelche statistischen Zahlen seien ohne Relevanz, das Arbeitsamt habe niemanden der geforderten Qualifikation vermitteln können, folglich müsse der Spanier eingestellt werden.

*

4,615 Millionen Ausländer leben in der Bundesrepublik. 1,59 Millionen von ihnen sind türkischer Nationalität. »Abschiebeminister« (»Der Spiegel«) Zimmermann will die Zahl der bei uns lebenden ausländischen Mitbürger drastisch verringern. Wer eine Straftat begeht oder seinen Lebensunterhalt nicht mehr sichern kann (Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe), soll ausgewiesen werden, und auch alle, die keine »ordnungsgemäße Wohnung« - zwölf Quadratmeter pro Person sind gefordert - nachweisen können. »Politische Betätigung« will er zum Grund machen, den Aufenthalt zu versagen, Angehörigen soll der Zuzug weiter erschwert werden, Kinder nur noch bis zu ihrem sechsten Geburtstag nachgeholt werden dürfen.

Die monatelangen Spekulationen über eine Verschärfung der Ausländergesetze haben Angst und Unruhe bei den hier lebenden ausländischen Mitbürgern geschürt. Das Ergebnis der Hetze: zwischen September 1982 und März 1983 kehrten erstmals mehr Gastarbeiter in die Heimatländer zurück als herzogen. 51.500 ist der Minussaldo.

*

Rosi Wolf-Almanasreh, Vorsitzende der Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateter deutscher Frauen (IAF), bekommt regelmäßig anonyme Schmähbriefe: »Deutsche Großstädte Tummelplatz des Abschaums der Welt. Es wird endlich Zeit aufzuräumen! Wolf-Almanasreh die antideutsche Nutte ist vorgemerkt! diese deutschen ehrlosen Huren mit ihren Kameltreibern vergiften die deutsche Jugend: Liquidiert das Pack! Raus mit allen Schmarotzern und Verbrechern, für die wir hart arbeiten und welche sich auf unsere Kosten mästen!«

*

Nicht immer sind die Drohungen so massiv, nicht immer so primitiv. Aber es gibt bei jedem » Dinge, die furchtbar verletzen«. Das hat auch Christa Özkol mitgemacht. Freundinnen zum Beispiel, die ganz erstaunt sind ' daß sie den Ausländer nicht heiraten »mußte«. Die Ärztin, die sie als Helferin entließ, weil sie ihren Verlobten nicht aufgeben wollte. Einen neugierigen Nachbarn, der - sobald ihr Mann Kadri ein paar Tage beruflich unterwegs ist - fragt: »Ist Ihr Mann nicht mehr da? Ist er zurück zur Türkei?« Die Hebamme, die sich im Kreißsaal über türkische Männer ausließ, die »nur ihr Vergnügen wollten und dann verdufteten«. Die Kreideschrift vor der Tür »Jasmin hat einen Papa der ist Türke« oder der Anschnauzer »warum müssen Sie auch 'nen Ausländer heiraten« von einer Behördenfrau, die 1975 ein damals neues Gesetz nicht kannte und Christa deshalb einen deutschen Paß für die Kinder verweigern wollte.

*

Ja, unsere Ämter funktionieren so, wie es sich ein Friedrich Zimmermann besser nicht wünschen kann. Sie brauchen seine Gesetze überhaupt nicht. Fälle aus dem Alltag eines Frankfurter Rechtsanwaltsbüros.

Ein junger Türke, ohne befristete Aufenthaltsgenehmigung, obwohl er schon länger als acht Jahre hier lebt, hat in der Türkei geheiratet. Die Wartezeit für den Zuzug der Ehefrau (ein Jahr, in Bayern und Baden-Württemberg drei Jahre) war erfüllt. Sein Antrag wurde abgelehnt, weil er einmal gegen das »Pflichtversicherungsgesetz« verstoßen hatte. Er war zwei Tage mit einem gebraucht gekauften Auto gefahren, ohne es sofort umzumelden. Der juristische Kampf um die Zuzugsgenehmigung dauerte fast ein weiteres Jahr. Nun wollte die junge Ehefrau nicht mehr: nach zwei Jahren Einsamkeit will sie sich scheiden lassen. Die Konsequenz für ihn: die Verlängerung seines Aufenthalts wird abgelehnt. Begründung: er solle entweder seine Frau herholen oder das Scheidungsurteil vorlegen.

Ein Türke der zweiten Generation mit unbegrenzter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, in fester Stellung, hat geheiratet. Der Antrag auf Zuzug der Ehefrau ist nach einem Jahr abgelehnt worden, weil keine eigene Wohnung nachgewiesen werden könne. Der junge Mann lebt bei seinen Eltern. Der Vater, an einem Frankfurter Krankenhaus seit mehr als zwanzig Jahren beschäftigt, hat eine Dienstwohnung. Größe: 96 Quadratmeter. Wenn also vier Personen dort wohnen, was dem Hauseigentümer Krankenhaus laut schriftlicher Bestätigung »wegen der Unterbelegung« nur recht wäre, wäre die geforderte Quadratmeterzahl von 12 pro Kopf um das Doppelte erfüllt. Die Sachbearbeiterin in der Ausländerbehörde zur Anwältin: »Er muß sich nun einmal daran gewöhnen, daß er in Deutschland lebt. Da wohnt man nicht in der Großfamilie.«

Ein Jugoslawe hat hier 14 Jahre gearbeitet, bis er 1979 erkrankte. Er wurde umgeschult, arbeitete eine Zeitlang, verlor dann seine neue Stellung. Er bezog ein Jahr Arbeitslosengeld, stellte dann einen Antrag auf Arbeitslosenhilfe. Das Geld wurde bewilligt. Nur wenige Wochen später aber kommt der Aufhebungsbescheid: Der Arbeitsmarkt habe sich für ihn als verschlossen erwiesen. Weil das so ist, erhält er keine Arbeitserlaubnis mehr. Und weil das so ist, steht er dem Arbeitsamt nicht mehr zur Vermittlung zur Verfügung. Und deshalb muß es auch nicht mehr zahlen. Und wenn er Sozialhilfe beantragt, kann er ausgewiesen werden.

Ein Türke ist vor zehn Jahren als zwölfjähriger im Rahmen der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik gekommen. Er erhielt eine unbefristete Arbeitserlaubnis. Der junge Mann begann, politisch aktiv zu werden, unter anderem verteilte er Flugblätter gegen die türkische Junta. Sein Vater bekam Angst, übergab das juntafeindliche Material dem türkischen Konsulat. Der junge Türke möchte nun seine 19jährige Verlobte, die schwanger ist, heiraten. Als er in die türkische Botschaft geht, um das Aufgebot zu bestellen, wird sein Paß mit der Begründung einbehalten, gegen ihn laufe in der Türkei ein Ermittlungsverfahren. Der junge Mann beantragt daraufhin einen Fremdenpaß, das wird von der Ausländerbehörde abgelehnt, es bestehe »kein Bedarf«. Ohne Fremdenpaß keine Aufenthaltserlaubnis, obwohl er mehr als zehn Jahre hier lebt, ohne Aufenthaltsgenehmigung keine Arbeitserlaubnis, ohne Arbeitserlaubnis keine Arbeit oder Arbeitslosenunterstützung. Seine schwangere Verlobte kann nicht herkommen, in der Türkei ist sie bei ihren Eltern rausgeflogen.

Anwältin Ursula Schlung: »Das sind keine Sonderfälle, das ist der tägliche Umgang mit den Ausländerbehörden. Es sind reine Abschreckungsmaßnahmen, die Leute sollen eingeschüchtert werden.«

*

Annette Groth vom »Ökumenischen Forschungsaustausch« in Rotterdam hat die Ausländergesetze der EG-Länder Belgien, Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und der Niederlande verglichen. Sie stellt fest: »Im Rechtsvergleich der ausländerrechtlichen Regelungen fallen die restriktiven Gesetze in der BRD auf. Vor allem die Bestimmungen bezüglich der Familienzusammenführung sind in der Bundesrepublik so restriktiv wie in keinem anderen Land.«

In den christlichen Ländern Bayern und Baden-Württemberg dürfen Ehepaare erst in die Bundesrepublik nachkommen, wenn die Ehe drei Jahre besteht. Ein dreijähriges Getrenntleben ist nach deutschem Ehe- und Familienrecht ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß die Ehe zerrüttet ist.

Die Konservativen präparieren sich bereits für die Familiendebatte. Professor Kay Hailbronner in der »Juristen-Zeitung«: »Bislang fehlt es aber an überzeugenden Begründungen dafür, ob und unter welchen Bedingungen aus dem Grundgesetz die Pflicht des Gesetzgebers abzuleiten ist, soweit als möglich den im Bundesgebiet befindlichen Ausländern aufenthaltsrechtlich die Möglichkeit zu eröffnen, die Einheit einer Ehe und Familie gerade im Bundesgebiet zu verwirklichen... Vielmehr ist völkerrechtlich und staatsrechtlich die Heimat des Ausländers der Ort, auf den er zu seiner persönlichen und beruflichen Selbstverwirklichung verwiesen werden kann.«

In Deutschland konnte schon immer jede Unmenschlichkeit juristisch begründet werden.

*

Ein Jugoslawe lebt seit elf Jahren in der Bundesrepublik. Er ist verheiratet, seine beiden Kinder besuchen hier das Gymnasium. Er und seine Frau sind beide in ungekündigter Stellung. Der Mann stellte 1973 einen Asylantrag, er ist in einer jugoslawischen Emigrantenorganisation tätig. Daß er in seinem Heimatland bereits verhaftet war, konnte er den

deutschen Behörden nicht hinlänglich beweisen. Das Asylverfahren ging für den Antragsteller negativ aus. Mit Hilfe eines jugoslawischen Anwalts gelang es ihm dann, eine Anklageschrift aus seiner Heimat zu erhalten, die belegt, daß er wegen politischer Delikte angeklagt ist, die Emigrantenorganisation bestätigte außerdem seine Mitgliedschaft. Trotzdem wurde auch in der Berufung das Asyl abgelehnt. Was bleibt, ist die Möglichkeit, einen Antrag auf humanitären Aufenthalt zu stellen. Ursula Schlung: »Ich fürchte das Schlimmste. Es besteht die Gefahr, daß sich der Mann aus Angst vor politischer Verfolgung im Heimatland hier das Leben nimmt, wenn er abgeschoben werden soll.«

*

»Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Geschäftszeichen 16380020-81, 8502 Zirndorf 06.06.1983: In dem Asylverfahren des Cemal Kemal ALTUN, geb. 13.04.60 in Samsun/Türkei, wohnhaft Adalbertstr. 85, 1000 Berlin 36; z.Zt. UHA-Moabit, ergeht folgende ENTSCHEIDUNG: Der Antragsteller wird als Asylberechtigter anerkannt ... Gemäß Artikel 16 Absatz 2 Grundgesetz genießen politisch verfolgte Ausländer Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts hat Anspruch auf Asyl, wer begründete Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Überzeugung hegen muß. Die Furcht ist dann begründet, wenn dem Antragsteller politische Verfolgung mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit droht, so daß ihm nicht zuzumuten ist, in seinen Heimatstaat zurückzukehren.

Diese Voraussetzungen sind hier erfüllt.«

Trotzdem bat Zimmermann Engelhard am 21. Juli, »im Interesse einer nach wie vor guten Zusammenarbeit mit der Türkei auf polizeilichem Gebiet« den Bewilligungsbescheid der Bundesregierung zur Auslieferung Altuns vom 21. Februar »für vollziehbar zu erklären, damit die Auslieferung unverzüglich durchgeführt werden kann«. Engelhards Staatssekretär Kinkel (vorher Chef des Nachrichtendienstes BND) antwortete prompt: »Aus der Sicht des BMJ bestehen gegen einen Vollzug der Auslieferung keine Bedenken.«

Warum auch? Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim in einem Urteil: »Werden linksgerichtete Kurden, gegen die wegen des Verdachts ermittelt wird, ein Staatsschutzdelikt begangen zu haben, gefoltert oder sonst mißhandelt, so liegt hierin in aller Regel keine politische Verfolgung ... denn Folter und Mißhandlungen sind in der Türkei ein allgemeines Phänomen, von dem nicht bloß politisch aktive Kurden betroffen sind.«

*

Am 12. August 1983 wurde der türkische Asylbewerber Sami Memis trotz heftiger öffentlicher Proteste ausgeliefert. Memis ist in der Türkei verschwunden. Eine fernschriftliche Nachfrage über seinen Verbleib, die die Hauptabteilung III (Ökumene und Auslandsarbeit) der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 23. August an das Bundesjustizministerium schickte, ist bis heute ohne Antwort.

Rechtsanwalt Wilhelm Steitz aus Mülheim berichtet in einem Brief an Engelhard über Gespräche mit deutschen Botschaftsangehörigen in der Türkei: »Wir haben uns auch nach Ausgelieferten und Verhafteten erkundigt und nachgefragt, inwieweit sich Konsulat bzw. Botschaft um diese kümmert, und bekamen die Auskunft, daß dieses geschehe. Ein konkreter Fall konnte uns jedoch nicht genannt werden, und der Botschaftsvertreter in Ankara gab zu, daß er zum Beispiel den vor 8 Monaten (!) bei einem Privatbesuch in der Türkei festgenommenen türkischen Lehrer, Sakir BILGIN, Bediensteter des Landes Nordrhein-Westfalen, noch nicht einmal besucht habe.«

*

Abschiebungen und abgelehnte Asylverfahren werden nicht mehr lange Schlagzeilen machen. Wie bei den Berufsverboten wird das Interesse an neuen »Fällen« erlahmen. Dabei könnten nur Protest und Veröffentlichung helfen - wenigstens im Einzelfall.

Die Türkin Cevriye Eryilmaz darf hierbleiben, aus »ausschließlich humanitären Gründen«. Nach Proteststürmen aus nahezu allen Teilen der Bundesrepublik ordnete Nordrhein-Westfalens Innenminister an, die Ausweisungsverfügung aufzuheben. Die Beamten in Olpe hatten sich getreu an die Buchstaben des Gesetzes gehalten. Die 28jährige Türkin mit ihren beiden Söhnen im Alter von zwei und vier Jahren erhält Sozialhilfe, das ist ein Ausweisungsgrund. Frau Eryilmaz ist Witwe. Ihr Mann wurde im April 1981 von einem Bundeswehrsoldaten erschossen.

*

Der Sozialsenator der Freien und Hansestadt Hamburg will eine neue Stelle einrichten. Ein Mensch soll nach BAT 1 a bezahlt werden (was je nach Alter und Familienstand rund 5.000 Mark im Monat bedeutet), um Ausländer besser über ihre Rechte aufzuklären. 43 Prozent aller Ausländer sind zehn Jahre oder länger hier. Sie hätten ein gesetzliches Anrecht auf unbefristeten Aufenthalt. Zu wenige wissen das, auf den Ämtern werden sie nicht über ihre Rechte informiert. Wie wäre es, wenn der Hamburger Innensenator seine Beamten anwiese, die Rechte der Ausländer zu achten?

*

Vor zwei Jahren wollten Christa und Kadri Özkol mal wieder in das Tanzlokal, in dem sie sich 1966 kennengelernt hatten. Sie sind mit dem Hinweis »Ausländer sind hier nicht zugelassen« zur Tür gewiesen worden. Christa Özkol: »Da war ich echt schockiert.« Kadri: »So etwas ist kränkend, weil man keine Möglichkeit hat, mit den Leuten zu diskutieren. Das Schlimmste ist, daß viele Leute ihre Vorurteile an die Kinder weitergeben.«

Anfang September war Elternabend der Erstklässler in Hamburg. Im Klassenraum sitzen ungefähr zur Hälfte deutsche und ausländische Eltern. Die Stimmung ist gespannt. Auf dem Nachhauseweg spricht eine deutsche Mutter einen türkischen Vater an, sein Kind könne doch gern mal zum Spielen zu ihnen in die Wohnung kommen. Da hat der Mann geweint.

Konkret 10/83, S. 26

Kai Hermann

Guevaras Erben

In Guatemala wehren sich die Mayas gegen den Völkermord der Regimes. Der Foto-Reporter Rean-Marie Simonet gelang es jetzt zum erstenmal, über den Aufstand zu berichten

Es sind gefahrvolle Pfade, die Dschungel, karstige Ebenen und Berghänge im Nordwesten Guatemalas wie ein Netz überziehen. Unter morschem Holz und faulenden Blättern sind Gruben. Die Gruben sind gespickt mit spitzen Eisenpfählen. Es gibt verborgene Minen auf diesen Wegen, zusammengebastelt aus einem Stück Dynamit und Teilen alter Mais-Mühlen.

Der Nordwesten Guatemals ist Maya-Land und Operationsfeld der »Armee der Armen« (EGP), der indianischen Guerilla. Immer etwa zwei Wegstunden auseinander sind an den Pfaden geschützte Stützpunkte. Wegkundige Bewaffnete führen Bauern. In den unzähligen Höhlen des Karsts sind Waffen und Vorratslager.

Die primitiven Fallen geben relativen Schutz vor der Armee, die meist nur mit Hubschraubern angreift. Befreites Gebiet ist allerdings auch der Nordwesten drei Jahre nach dem Beginn des bewaffneten Aufstands der Maya-Nachfahren noch nicht.

Die Armee der Armen ist eine der geheimnisvollsten und erfolgreichsten Guerilla-Organisationen Lateinamerikas. Ihre Führung hat sich nicht um Publicity bemüht. Dies sind die ersten Fotos von ihrem Kampf, die sie erlaubte. Denn sie hat aus Erfahrung gelernt.

Entstanden ist die EGP aus den Resten der Focus-Guerilla von Che Guevara. In den sechziger Jahren ließen sich die Guerilleros von Heerscharen der Journalisten und Agenten besuchen. Das brachte nicht nur weltweite Aufmerksamkeit, sondern auch die gezielten Schläge des Gegners.

Weit wichtiger allerdings war eine andere Erfahrung: Daß man in Ländern mit indianischer Bevölkerungsmehrheit Revolution nur mit den Indios machen kann. Rolando Moran, einst Weggefährte Che Guevaras, heute Führer der EGP, ging zu den Mayastämmen. Er kam nicht als politischer Missionar, sondern lernte zunächst von den Indios. Er half dann eine Bewegung gründen, in der die Indios nicht benutzt wurden, sondern die ihre eigene war. Jahre politischer Arbeit unter den Campesinos zusammen mit anderen militanten Gruppen wie der FAR bereiteten den bewaffneten Aufstand vor.

Schon nach den ersten militärischen Aktionen 1980 war klar, daß - anders als in den sechziger Jahren - Sympathie und Solidarität der Campesinos mit der Guerilla waren. Die Politik der Massaker, mit der die wechselnden Diktatoren Guatemalas auf die Bedrohung reagierten, stärkte die Bindung zwischen Landbevölkerung und Guerilla. Es fehlten aber die Waffen zu einem Massenaufstand.

Die Guerilla konnte die Bauern nicht wirklich vor dem Massenmord der Armee in den Dörfern schützen. Zu Tausenden flohen die Campesinos in die von der Guerilla erfolgreich verteidigten Bergregionen. Sie verließen ihre Felder und waren abgeschnitten von Tagelöhner-Jobs bei den Großgrundbesitzern. Die Guerilla mußte ihre Ernährung übernehmen.

Zwar gelang es in kurzer Zeit, eine funktionierende Infrastruktur aufzubauen. Aber die Flüchtlinge ausreichend mit Nahrung zu versorgen, blieb unmöglich. Hunger, Unterernährung und wachsende Kindersterblichkeit in den versteckten Lagern zwangen die Führer des Aufstands zu einem verzweifelten Entschluß: Vor einem Jahr schickten sie Flüchtlinge in ihre zerstörten Dörfer, in den Machtbereich der uniformierten und zivilen Killertrupps zurück.

Es gab schwere Rückschläge für die »Armee der Armen« und die mit ihr verbündeten bewaffneten Oppositionsgruppen. Denn das Regime verfeinerte seine Politik der Unterdrückung durch Massenmord mittlerweile bestialisch. Eine Strategie, entwickelt speziell für die Unterwerfung der indianischen Bevölkerung, wurde mit wachsendem Erfolg angewandt. Erfunden wurde diese Strategie mit Sicherheit nicht in Guatemala City. Ihre theoretischen Grundlagen kommen von den Wissenschaftlern psychologischer Kriegsführung aus den USA. Ihre Anwendung besorgen - so die Opposition - israelische »Anti-Terror-Spezialisten«. (Auch in Peru beraten Israelis beim Kampf gegen die Indio-Guerilla).

Ziel der Strategie ist es, das neu entstehende Selbstbewußtsein der indianischen Bevölkerungsmehrheit zu brechen, sie wieder in die Resignation zu treiben. Die Indios sollen sich so begreifen, wie sie die Oberschicht aus Weißen und Mestizen seit vier Jahrhunderten sieht: Als »animales«, als Tiere.

Ein Prinzip dieser Strategie ist, daß der Massenmord an Indios von Indios ausgeführt werden soll. Junge Männer wurden in den Dörfern zwangsrekrutiert. In einem wochenlangen Programm physischer und psychischer Folter werden sie für ihre Aufgabe ausgebildet. Neben brutalen Mißhandlungen werden Ängste, Glauben und Aberglauben der Maya-Nachfahren in einem Prozeß der Entpersönlichung benutzt. Es ist mit dieser Methode gelungen, eine Armee von Killer-Zombies zu schaffen, die blindlings gehorcht, tötet und auch stirbt.

Die Methoden, Haß und Selbsthaß unter den Indianern zu schüren, sind allerdings noch raffinierter geworden. Ein Beispiel ist das Massaker von Parraxtut.

Am 22. Dezember letzten Jahres wurden Männer aus dem Dorf Chiul mit Waffengewalt gezwungen, in das Nachbardorf Parraxtut zu gehen. Zwischen den beiden Dörfern bestanden besonders enge verwandtschaftliche Beziehungen. Den Männern wurde sofortige Exekution angedroht, falls sie sich den Befehlen des die Aktion leitenden Hauptmanns widersetzten. Sie mußten zunächst alle Männer ihres Nachbardorfs zusammentreiben und erschießen. Dann wurden die älteren Frauen exekutiert. Die Mädchen und jüngeren Frauen wurden zur Vergewaltigung freigegeben, die Männer von Chiul aufgefordert, sich an den Vergewaltigungen ihrer Verwandten zu beteiligen. Am nächsten Morgen wurden auch die Mädchen und Frauen erschossen. Die Kinder trieb man in den Wald.

Eine Aktion mit ähnlicher Zielsetzung beschrieb eine Gruppe von Priestern in einem Brief an den Papst. Die »Zivilpatrouille« aus dem Dorf Tabil bei Santa Cruz del Quiche erhielt vom für die Region zuständigen Offizier den Befehl, fünf Mitbewohner des Ortes als Guerilleros hinzurichten. Der Offizier erklärte danach: »Wir Militärs haben es satt, uns als Mörder beschimpfen zu lassen. Wenn die fünf morgen nicht tot sind, werden wir euer Dorf dem Erdboden gleichmachen. «

Alle Bewohner des Ortes trafen sich daraufhin zu einer Beratung in der Kirche. Unter ihnen waren auch die fünf »Verurteilten«. Nach dem Brief der Priester erklärten die fünf schließlich: »Es ist besser, wir sterben, als das ganze Dorf zu opfern.« Dann seien sie an der Spitze der Dorfbewohner zum Friedhof gegangen und hätten sich töten lassen.

Die Priester in dem Brief an den Papst: »Heiliger Vater, diese Geschichte ist nur eine von vielen, die sich täglich hier wiederholen.«

Auf 100.000 schätzt die Kirche die Zahl der in Guatemala von Armee und Killer-Kommandos Ermordeten, seit der verfassungsmäßige Präsident Jacobo Arbenz 1954 gestürzt wurde. Arbenz hatte eine moderate Landreform begonnen und dabei auch brachliegendes Land der United Fruit Company gegen Entschädigung enteignet. Eine Söldnerarmee, bezahlt von United Fruit, geführt vom CIA, schoß damals den Weg frei für das brutalste und wohl mit den USA am engsten verbundene Regime Lateinamerikas.

Das Elend der indianischen Bevölkerungsmehrheit wurde seitdem von Jahr zu Jahr größer. Inzwischen kamen auch die eher konservativen Bischöfe Guatemals zu dem Schluß, daß die Massaker an den Campesinos »das Ausmaß eines Völkermords erreicht hat«.

Die Guerilla Guatemalas hat den Aufstand gegen den Völkermord gewagt. Aber die Bedingungen, unter denen sie kämpft, sind schwierig. Die Flüchtlinge, die sie aus ihrem Schutz entlassen mußte, vegetieren nun in »Wehrdörfern« nach US-vietnamesischem Vorbild. Auch nur politischer Kontakt zu den Campesinos dort ist unmöglich, denn der Überwachungsapparat ist nahezu perfekt. Die Guerilleros vermeiden inzwischen alle militärischen Operationen, die zu direkten Vergeltungsmaßnahmen gegen Dorfbewohner führen. Denn ihr wichtigster Kampf ist der um das Vertrauen der Campesinos.

Der Führer der »Armee der Armen«, Rolando Moran, ist sicher, daß sie siegen werden. Auch wenn er glaubt, daß die USA noch direkt in Guatemala intervenieren werden. »Denn die sehen doch unseren gerechten Kampf für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde nur als einen Teil des Ost-West-Konflikts.« Rolando Moran interpretiert die Domino-Theorie der USA: »Wenn es regnet, beginnen überall die Pilze zu wachsen. In unseren Wäldern und Bergen wachsen nun überall die Pilze des Maya-Aufstands - im Feuerregen des Gegners. «

Konkret 10/83, S. 34

Wolfgang Schneider

Butter statt Baumwolle

Ronald Reagan hat tief betroffen Kenntnis davon genommen, daß es in seinem Land »hungernde Amerikaner« geben soll. Sofort hat der Präsident eine Kommission beauftragt, herauszufinden, wie dies trotz der von um gestrichenen Sozialausgaben geschehen konnte. In einer Theaterkritik entfernt Wolfgang Schneider des Präsidenten Brett vorm Kopf, das ihm die Welt bedeutet

Die chinesische Wirtschaft steht vor dem Bankrott. Enorme Baumwollernten haben eine Überproduktionskrise ausgelöst, die die Preise, also auch Profite, sinken läßt. Zur Abwehr des drohenden Konkurses greift die Regierung zu einem verzweifelten Mittel: Die Baumwolle wird konfisziert und in die kaiserlichen Lagerhäuser verbracht (um dann später vom lizensierten Straßenräuber und nachmaligen Diktator Gogher Gogh in Brand gesetzt zu werden) . Unmittelbare Folge: Baumwollprodukte werden knapp, die Preise, also auch Profite, steigen. Als es daraufhin zu Unruhen unter der bald in Lumpen gehenden Bevölkerung kommt, läßt der besorgte Kaiser einen Kongreß einberufen, auf *daß die Frage » Wo ist die Baumwolle« von den klügsten und gelehrtesten Männern des Reiches entschieden und geklärt* werde. Die Antworten der schließlich versammelten Tuis fallen unbefriedigend aus, was unangenehm ist: Statt daß sie des Kaisers Töchterlein gewinnen, verlieren sie ihre Köpfe.

Aber Amerika ist eben nicht China und Ronald Reagan nicht der chinesische Kaiser aus Bertolt Brechts »Turandot oder Der Kongreß der Weißwäscher«, sondern bloß der ranghöchste Schauspieler seines Landes. Seine Leistungen sind entsprechend mager. Zwar hat er, wie's die Rolle vorschreibt, nun endlich eine Kommission berufen, *die die Hintergründe für den Hunger in den USA aufzeigen* soll, aber dann ist gleich wieder diese verhängnisvolle Improvisationslust über ihn gekommen, und er hat verlautbart, daß er *damit auf Presseberichte (reagiere), nach denen der Hunger in den USA weit verbreitet sei.* Vollends aus der Rolle fallend (ist die Souffleuse erkrankt?), verstieg er sich gar zu dem Satz: *»Amerika ist sprichwörtlich der Brotkorb der Welt«* - eine glatte Verballhornung jener famosen Szene des Brecht-Stückes, in der der Brotkorb als das, wonach man strebt, vorgeführt wird - um dann, sich in der eigenen Logik verheddernd, fortzufahren: *»Dennoch habe ich Artikel in der Presse gelesen, die von hungernden Amerikanern berichten. 'Er sei tief betroffen, daß es ein Problem gebe, das es in einem so großen und reichen Land nicht geben dürfe,* und will *in neunzig Tagen eine Studie ausgearbeitet sehen, wie der Hunger zu bekämpfen sei, (..) er werde 'herausfinden', warum die staatlichen Programme die Hungernden nicht erreichten.*

Schon das Timing dieses Statements war lausig, und die staatlichen Lebensmittelprogramme hätten natürlich gar nicht erst erwähnt werden dürfen. Denn wer jetzt aufbricht, sie zu suchen, wird unweigerlich darauf stoßen, daß der Präsidentendarsteller seine »tiefe Betroffenheit« just in dem Moment artikulierte, da er den Etatentwurf seiner Regierung für 1984 der Öffentlichkeit vorlegte. Und eben in diesem Etatentwurf werden die leichtsinnig angesprochenen *staatlichen Programme* um zehn Prozent gekürzt. Warum also erreichen die gestrichenen Lebensmittelzuweisungen die Hungernden nicht mehr? Damit hat die Aufgabe der »Hungerkommission« einen Schwierigkeitsgrad erreicht, wie er etwa gewissen Produkt-Preisausschreiben der Waschmittelindustrie eignet, die im Text ihrer Frage die »richtige Antwort« gleich mitliefern. Selbst die solcherart gewonnene, in der Tat recht feinsinnige Anspielung der Reaganschen Interpretation auf die Funktion des. »Weißwäscherkongresses« wird die im Ansatz verfehlte Inszenierung kaum mehr retten können.

Dabei waren die Bedingungen für eine erfolgreiche Wiederaufführung des zu Unrecht vergessenen Brecht-Stückes geradezu ideal. Die Ausgangslage war exakt, wie vom Autor vorgesehen, Ausstattung und Statisterie komplett - was Reagan, wo er doch endlich Zeitung liest, der Presse hätte entnehmen können: *Die öffentlichen Lagerhäuser waren noch nie so sehr mit Lebensmitteln gefüllt wie derzeit, gleichzeitig aber nimmt die Zahl der hungernden Amerikaner ständig zu. (..) Trotz der steigenden Zahl der Hungernden hatte das Ministerium kürzlich dieses Programm* (kostenlose Lebensmittelverteilungen) *mit der Begründung gekürzt, es beeinflusse den freien Handel Aufgrund der kostenlosen Verteilung von Käse sei zum Beispiel der Käseverkauf in den letzten drei Monaten des Jahres 1982 um 5,1 Prozent und in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 15 Prozent-zurückgegangen. Derzeit hat die Regierung in Lagerhäusern 215 Millionen Kilo Käse gelagert. Seit Beginn des Verteilungsprogramms im Jahre 1981 haben sich die Lagerbestände von Butter mehr als verdoppelt, während die von Trockenmilch und Käse um 50 Prozent stiegen.*

Ähnlich günstig wie der Besitz entwickelte sich die Verelendung der Bevölkerung: *Die Zahl der Armen ist in den Vereinigten Staaten im letzten Jahr um 2,6 Millionen au insgesamt 34,4 Millionen gestiegen; dies entspricht nach Angaben der Volkszählungsbehörde (..) einem Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung von 15 Prozent (..) Allein in den letzten vier Jahren ist die Zahl der Armen um 9,9 Millionen Personen (40 Prozent) gestiegen.* Die US-Bürgermeister-Konferenz war sogar noch optimistischer: Nach ihren Angaben *sind derzeit 40 Millionen US-Bürger nicht ausreichend ernährt.* Vorbildlich auch die Lage der schwarzen Amerikaner: 35,6 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe leben unterhalb der statistischen Armutsgrenze (= 9.862 Dollar Jahreseinkommen für eine vierköpfige Familie).

Welch ein Material! - und wie wurde es vertan! Es bedurfte schon eines Ronald Reagan, um die vorhersehbaren Möglichkeiten einer Situation zu verpatzen, da ihm in den USA mehr Arme zur Verfügung stehen *als 1965, als der damalige Präsident Johnson seinen »Kampf gegen die Armut« begann.*

Bleibt nur zu hoffen, daß ein glänzend disponierter Gogher Gogh diese peinlich planlose Inszenierung doch noch zum Erfolg führen kann und ein furioses Finale uns die Entgleisungen des wichtigsten Nebendarstellers vergessen läßt. Der Brand eines Kühlhauses im Hamburger Hafen, bei dem kürzlich rund 10. 000 Tonnen Butter und andere Nahrungsmittel vernichtet wurden, sollte den Akteuren in Amerika Anlaß sein, sich wieder der Qualitäten des Brechtschen Originals zu erinnern.

Konkret 10/83, S. 40

Werner Heine

Wo bleibt der Generalstreik?

Das Versagen der Gewerkschaften in der Friedensfrage

Die Pershings - daran kann kein Zweifel bestehen - wären zu verhindern. Wenn die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften zum unbefristeten Generalstreik aufriefen, hätte die Bundesregierung zwei Möglichkeiten: die Schaffung chilenischer Zustände oder gleich nachgeben. Das Ergebnis ist kalkulierbar. Die politischen Kosten einer Friedenspolitik durch Stationierung, die sich den Weg dazu freiknüppeln müßte, die mit Notstandsgesetzen und Massenverhaftungen Sicherheit schaffen wollten, wären sehr bald größer als der militärische Nutzen der Raketen.

In beiden Fällen käme ein Risiko hinzu. Die Bündnismacht USA könnte sich von den höflichen Phrasen des Stationierungsvertrags und des NATO-Truppenstatuts (»das Recht des Aufnahmestaats achten«) verabschieden und durch Anwendung der Vorbehaltsklausel im Generalvertrag die »ursprüngliche besatzungsrechtliche Grundlage« wiederherstellen - mit einem Big Lift. In diesem Fall würde die Verfassungswidrigkeit der Stationierung überdeutlich. Aber so dringend brauchen die USA die Raketen in Neu-Ulm nun auch wieder nicht. Die Stationierung auf U-Booten in den europäischen Gewässern, die Helmut Schmidt ihnen ausgeredet hat, gäbe ihnen ohnehin mehr Unbefangenheit bei der Planung und Durchführung des atomaren Erstschlags.

Nun wird es aber keinen Aufruf des DGB zum Generalstreik geben, obwohl eine Reihe von Beschlüssen aus den Einzelgewerkschaften die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen »bis hin zum Generalstreik« fordern. Stattdessen hat der DGB zu fünf Gedenkminuten für den Frieden aufgerufen, am 5. Oktober während der Arbeitszeit um fünf vor zwölf. Die Entscheidung fiel nach einer vierstündigen streitigen Diskussion im Bundesvorstand des DGB. Zum Vergleich: Nach der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer wurden fünf Gedenkminuten ohne Widerspruch spontan beschlossen.

Spontan war dagegen der Widerspruch aus den Reihen des DGB, als der Gewerkschafter und SPD-Vorsitzende des Saarlands, Oskar Lafontaine, zuerst vom Generalstreik sprach. »Unsinniges Gerede«, schrieb darauf »metall«, die Zeitung der größten Einzelgewerkschaft: »Für die Gewerkschaften ist der Generalstreik wesentliches Mittel zur Verteidigung der Demokratie. Er ist kein Ersatz für politischen Widerstand gegen falsche Aufrüstungspolitik.« Für die IG Metall sei »die Sache ohnehin klar: Sie verurteilt den Beschluß der NATO zur Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen.«

Klarsehen, verurteilen und sich dann fügen - das hat Tradition. Der DGB hat schon einmal den Umgang mit seinem klaren Nein zu Atomwaffen vorgeführt. Das begann im Oktober 1957, als der US-Außenminister Dulles in der Zeitschrift »Foreign Affairs« für atomare Mittelstreckenraketen in Europa warb, weil sich die USA nicht länger auf einen Frieden verlassen wollten, der nur durch die Drohung mit dem totalen Atomkrieg aufrecht erhalten werde. Die »abgestufte Abschreckung«, der Plan eines begrenzten Atomkriegs, war verkündet. Die NATO beschloß die Stationierung. In der Bundesrepublik wuchs eine breite außerparlamentarische Friedensbewegung, die Naturwissenschaftler wie Gewerkschaften einschloß. Hunderttausende gingen unter der Parole »Kampf dem Atomtod« auf die Straße. Es waren die bis dahin größten Demonstrationen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner rief im Mai 1958, man werde »diesmal nicht zusehen, wie der Untergang des Volkes vorbereitet wird«.

Dem folgte ein beispielloser Zusammenbruch des Widerstands innerhalb weniger Monate. Das Bundesverfassungsgericht verbot die von den Sozialdemokraten geforderte amtliche Volksbefragung. Die Gewerkschaften rückten danach auch von dem Plan ab, wenigstens Mitgliederbefragungen durchzuführen, Otto Brenner warnte im September 1958 vor »unüberlegten Schritten«. Die in der Aufschwungphase der Bewegung selbstverständliche Forderung nach dem Generalstreik, die auch in der SPD laut wurde (Helmut Schmidt auf die Frage nach der Legitimität des Streiks: »Die Frage möchte ich uneingeschränkt mit Ja beantworten« ... »Es handelt sich hier wahrscheinlich um die Frage der nackten Existenz«), wurde jedoch schon vor dem Höhepunkt der Demonstrationen vom DGB abgewürgt. Auf einer außerordentlichen Vorstandssitzung im März 1958 formulierte der DGB seine »tiefe Sorge«, »begrüßte« die Aktionen des Arbeitsausschusses »Kampf dem Atomtod« und beschloß: »Der Bundesvorstand behält sich notfalls weitere Schritte vor.«

Dabei blieb es. Die politische Landschaft schien für einen Kampf nicht zu taugen. Zwar waren nach einer Emnid-Umfrage 52 Prozent der Bevölkerung für einen Streik zur Verhinderung der Atomwaffen, nur 31 Prozent dagegen. Aber da war die absolute Mehrheit der CDU im Bund, da war der unerwünschte Beifall für die Friedensbewegung aus der DDR. Und da war vor allem die Sozialdemokratie auf dem Weg nach Godesberg, in die Volkspartei. Die SPD, die noch nach dem Karlsruher Verbot der Volksbefragung den von ihr mitgetragenen Ausschuß »Kampf dem Atomtod« erklären ließ, die Aktion werde »unverändert weitergeführt«, beschloß nur zwei Monate später, daß jetzt »die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren *und auch die großartigen friedlichen Möglichkeiten des Atomzeitalters* ... eine ihrer wichtigsten Aufgaben« sei. Zum Schwenk, den DGB und SPD im Sommer 1958 vollzogen, trug ganz entscheidend das Staatsverständnis der Gewerkschaften bei. Keine andere westeuropäische Arbeiterbewegung hat je den bürgerlichen Vorwurf, »vaterlandslos« zu sein, so durchleiden müssen wie die deutsche. In keinem Land Westeuropas gibt es eine

vergleichbare Sehnsucht der Gewerkschaften, vom bürgerlichen Staat umarmt zu werden.

Zwar hat es auch in der deutschen Arbeiterpartei immer politische Streiks gegeben, und diese sind immer vom Staat kriminalisiert worden - wie wirtschaftliche Streiks auch. Aber im Unterschied zu anderen Ländern haben die deutschen Gewerkschaften diese Kriminalisierung nie ernsthaft bekämpft und letztlich akzeptiert. Zur Idee von der Sozialpartnerschaft, die sich Ende der fünfziger Jahre im DGB durchsetzte, gehört die Theorie, daß der bürgerliche Rechtsstaat schon nicht gegen die Interessen der Arbeiterbewegung handeln wird, daß also politischer Kampf gegen den Gesetzgeber unanständig ist. Diese Auffassung wäre in Frankreich oder Italien unvorstellbar. Das höchste italienische Gericht hat zuletzt 1974 bestätigt, daß politische Streiks erlaubt sind, und daß es legitim ist, Druck auf den Gesetzgeber auszuüben.

Der DGB hat nach dem Kriege hingenommen, daß die Rechtsprechung - nicht der Gesetzgeber - eine »Widerrechtlichkeit« des politischen Arbeitskampfs konstruierte, und daß die Einzelgewerkschaften seither nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über »unerlaubte Handlungen« privatrechtlich zum Schadenersatz für politische Streiks verurteilt wurden.

Der DGB beschränkt sich damit auf einen einzigen Fall des denkbaren Widerstands: den in der Verfassung vorgesehenen Widerstand gegen den Beseitiger der Grundordnung. Das historische Vorbild dafür ist der Kapp-Putsch vom März 1920, als die von rechten Parteien gestützte Machtergreifung einiger Freicorps-Offiziere an einem Generalstreik scheiterte. Das Argument des DGB, er dürfe sein wirksamstes Mittel, den politischen Streik, nur in diesem äußersten Fall anwenden und vorher nicht entwerten, war aber schon historisch widerlegt, bevor das Recht auf Widerstand in die Verfassung geschrieben wurde. Denn mit genau diesem Rechtsverständnis hatten die Gewerkschaften die Nazis an die Macht passieren lassen. Als am 20. Juli 1932 die gewählte preußische Regierung durch einen Staatskommissar abgelöst wurde, streikten die Gewerkschaften nicht, weil sie die Entscheidung des Reichsgerichts zu diesem Staatsstreich von oben abwarten wollten. Am Abend des 30. Januar 1933, den die Nazis hinterher fälschlicherweise als »Tag der Machtergreifung« feierten, diskutierten die Gewerkschafter über einen Generalstreik. Er kam auch deshalb nicht zustande, weil das Verfahren, mit dem Hitler Kanzler wurde, völlig legal war. Denn anders als beim Kapp-Putsch konnten die Nazis darauf verzichten, mit Gewehren an die Macht zu drängen. Die wurde ihnen von den rechten Parteien und von Hindenburg formgerecht angetragen. Zwei Monate später verabschiedete der Reichstag das Ermächtigungsgesetz gegen die Stimmen der SPD. Das Verfahren zur Beseitigung der demokratischen Rechte wirkte immer noch legal. Die kommunistischen Abgeordneten und viele Gewerkschafter konnten nicht mehr protestieren, weil sie schon verhaftet waren.

Die letzte Möglichkeit zum Kampf wurde vertan, als die Nazis dazu aufforderten, den 1. Mai 1933 als »Tag der nationalen Arbeit« zu verhöhnen. Da waren die christlichen Gewerkschafter unter Führung Jakob Kaisers längst bereit, der Zerschlagung der Gewerkschaften durch eine »Gleichschaltung von innen heraus« zuvorzukommen. Während in den Kasernen der SA Gewerkschafter gefoltert wurden, rief der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die Mitglieder auf, sich an den offiziellen Maifeiern zu beteiligen. Um die Organisation zu retten, sollte mit den Wölfen geheult werden. Die Anbiederung war nutzlos. Am 2. Mai stürmten SA-Trupps die Gewerkschaftshäuser, die Organisation war zerschlagen.

Für dieses schlimmste historische Versagen der Arbeiterbewegung besteht Wiederholungsgefahr. Auch der kommende Atomkrieg wird nicht von «wahnsinnigen«, »dämonischen« oder »verblendeten« Politikern angezettelt werden. Er wird - wie der Zweite Weltkrieg - ausbrechen, nachdem alle Konstellationen dafür planvoll zusammengetragen sind. Gewerkschafter haben vor dem Zweiten Weltkrieg gewußt, warum Kriege geführt werden. Der DGB hat eine Tradition, auf die er sich besinnen könnte. Aber die Mehrheit im DGB argumentiert wie 1958. Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft sei gefährdet, der parlamentarische Weg müsse eingehalten werden, das Verfassungsgericht könne die Stationierung noch verbieten, Streik sei nicht legal, die Kampfbereitschaft sei nicht gesichert.

Wo DGB-Funktionäre auf die Friedensbewegung in den eigenen Reihen stoßen, kommt es jetzt zu Konflikten wie diesem: Die Gewerkschafter eines Hapag-Lloyd-Schiffes hatten einen Friedensaufruf der ÖTV unterzeichnet. Der mitunterzeichnende Kapitän war dafür von der Reederei gemaßregelt worden. Die Crew hatte die Maßregelung mit einer Dienst-nach-Vorschrift-Aktion beantwortet. Der Hapag-Betriebsrat Jürgen Söncksen wurde für diese Aktion verantwortlich gemacht und fristlos entlassen. Seine Bitte, auf der DGB-Kundgebung zum Antikriegstag über seinen Fall sprechen zu dürfen, wurde abgelehnt. Als auf der Kundgebung der DGB-Jugendvertreter seine Redezeit an Söncksen abtreten wollte, ließ Bremens DGB-Vorsitzender Erwin Schmidt die Mikrofone abschalten. In einem Brief an die Vorstandskollegen des DGB-Kreises Bremen nannte Schmidt die Handlungsweise des Jugendvertreters eine »Unverschämtheit«.

Der DGB hat seine fünfminütige Kampfmaßnahme sorgfältig erwogen. Er hat peinlich darauf geachtet, daß DGB-Redner im Oktober nur auf Friedenskundgebungen auftreten, deren Gewaltlosigkeit von den Veranstaltern vorher zugesichert wurde. Vom Verfassungsschutz bezahlte Steinewerfer können in Zukunft die Teilnahme des DGB an Demonstrationen verhindern.

Es ist kein Wunder, daß ein Teil der Friedensbewegung hofft, der DGB möge sich in Sachen Frieden nicht mehr einmischen.

Konkret 10/83, S. 42

Karl Unger

Saarland: Niedergang eines F□ rstentums

□ ber 25 Jahre lang haben Industrielle mit Hilfe der Regierung dieses Bundesland ausgebeutet und an den Rand des Ruin getrieben. Wenn jetzt noch der Stahlkonzern Arbed dichtmacht, droht die Katastrophe

Fast vier Stunden braucht der D 803 für die 277 Kilometer von Köln bis Saarbrücken. Der Dicke, der mit seiner Zigarre und der mit Schiffen und Palmen verzierten Krawatte aussieht wie ein Hollywood-Gangster der fünfziger Jahre, schafft es, ohne größere Pausen über alles Mögliche zu reden. Hinter Koblenz hat er dann das Thema für den Rest der Reise gefunden: Eigentlich geht es uns doch noch gut. Arbeitslose, die gibt es zwar, aber auch nicht so richtig wie früher. 1933, da hätte es wirkliche Arbeitslose gegeben. Aber auch den Arbeitsdienst, und da hätten sie sogar einmal ein richtiges Stadion gebaut. Gar nichts hätte das gekostet, nur das Material. Seine Begleiterin, die nur selten zu Wort kommt, bestätigt ihn: Von so vielen hätte sie schon gehört, die nur ein paar Monate arbeiten, um dann wieder von Stingl zu kassieren. Und dann die Schwarzarbeit, da würde sich ja jeder eine goldene Nase verdienen.

Was geht in den Köpfen dieser Menschen vor? Sie leben in einem Gebiet - ihr saarländischer Dialekt ist unüberhörbar -, das seit zehn Jahren die höchste Arbeitslosenquote dieser Republik aufweist und wo zur Zeit jeder Zehnte ohne Beschäftigung ist. Aber es ist wirklich nichts Auffälliges zu sehen, wenn man in Saarbrücken ankommt. Über dem St. Johanner Markt schwebt, ganz wie es die Fremdenverkehrswerbung behauptet, ein Hauch von Savoire-vivre, die Kneipen und Eßlokale sind voll, die Menschen braun gebrannt und fröhlich.

Die Altstadt ist ein Teil der Realität, der andere ist der Stadtteil Burbach. Die Hauptstraße führt entlang der Hütte. Auf dem Gelände hinter dem Gitter wuchert das Unkraut, Kaninchen hoppeln über die Bahngleise. Auf dem Werksparkplatz stehen nur noch wenige Autos. 4.500 Beschäftigte mußten seit 1977 gehen. Dabei steht hier ein modernes Stahlwerk, 1978 wurde es eingemottet - »vorübergehend«. Im Juli 1981 sollte es wieder in Betrieb genommen werden. 20 Millionen Mark wurden dafür investiert. Doch keine fünf Monate vor dem geplanten Wiederanfahren kam das endgültige Aus. Für 220 Beschäftigte der Firma Heckel kam das »Aus« in diesem Winter, für 900 des Bundesbahnausbesserungswerkes in Burbach soll es demnächst kommen.

Das erste, was in Burbach auffällt, ist, wie bleich die Menschen sind, obwohl die Urlaubszeit gerade zu Ende geht. Aber mit der ganzen Familie ins Schwimmbad zu gehen, könne er sich nicht leisten bei rund 1.000 Mark Arbeitslosengeld, erklärt ein -Familienvater. Auf das zweite macht Wolfgang von der Pfarrei St. Eligius aufmerksam: »Fast jede Woche schließt hier ein Geschäft. Mancher, wie der Bäcker, aus Altersgründen. Früher hätte sein Sohn das übernommen, doch heute ist ihm die Lage zu unsicher. Die einzig neuen Geschäfte sind Trödler und Altwarenhändler.« Das dritte sind die leeren Kneipen. Ein paar alte Männer stehen herum, trinken ihr Bier ganz langsam. Und so mancher geht schon mal auf die Toilette, um heimlich sein Geld zu zählen, bevor er ein neues bestellt. Wenn von den alten Zeiten die Rede ist, bekommt die Wirtin ganz glänzende Augen: In Zweierreihen hätten sie damals nach Schichtschluß am Tresen gestanden, dreißig Hektoliter Bier hätte sie im Monat umgesetzt, heute seien es noch sieben.

Obwohl die Arbeitslosigkeit überall spürbar ist, wird darüber kaum gesprochen. Der Sozialpädagoge Wolfgang kennt aus seiner Praxis genügend Fälle, wo Männer ihren Frauen oft mehrere Wochen verschwiegen, daß sie entlassen worden sind. »Die Saarländer,« so meint er, »sind der Typus des ehrlichen und biederen Schaffers, der sich nahezu vollständig über die Arbeit definiert. Wenn die von der Hütte nach Hause gekommen sind, haben sie im Haus oder im Garten weitergearbeitet. Deswegen führt Arbeitslosigkeit bei ihnen zu einem so ungeheuren Identitätsverlust. Sie haben die wirtschaftliche Misere seit Jahren verdrängt und mit dem 'Prinzip Hoffnung' gelebt; der Hoffnung, daß es einen anderen trifft.«

Burbach ist nur ein Name von vielen, Völklingen und Neunkirchen sind andere, aber längst noch nicht alle. Das ganze Saarland, so scheint es, steht kurz vor dem Konkurs. Es sind die Arbeitsämter, die jetzt die Ernte von 25 Jahren konservativ-liberaler Wirtschaftspolitik einfahren: 14,5 Prozent Arbeitslose in Neunkirchen, 14,8 Prozent in Saarbrücken und 16,9 Prozent in Völklingen. Und es ist der in Luxemburg ansässige multinationale Konzern Arbed Saarstahl (siehe auch KONKRET 2/83): 2,3 Milliarden Mark Finanzhilfe - bis jetzt. Was da seit Monaten, ja seit Jahren an der Saar geschieht, ist kein regionales Problem, ist keine Geschichte über Politiker, die mit Dummheit geschlagen sind, sondern ein Lehrstück über die freie Marktwirtschaft und ihre politischen Handlanger. Über ein Vierteljahrhundert konnte die CDU, meist in Koalition mit der FDP, ungestört Wirtschaftspolitik betreiben. Nun ist ei' angerichtet: der marktwirtschaftliche Scherbenhaufen. Der droht nun der ganzen Bundesrepublik. Denn Kohl und Lambsdorff haben nichts anderes vor, als was Röder und Klumpp an der Saar machten und Zeyer und Hügel noch tun.

Als das Saarland 1957 der Bundesrepublik eingegliedert wurde, war das Land im Besitz weniger Familien. Neunkirchen gehörte den Stumms. Von hier aus hatte Freiherr Karl-Ferdinand von Stumm, Intimus des Kaisers und seines eisernen Kanzlers, nach 1871 sein Montanimperium aufgebaut. Er unterhielt auch eigene Siedlungen, ein eigenes Waisenhaus,

eigene Krankenhäuser und eine eigene Sparkasse. Wer bei ihm in Ungnade fiel konnte an der Saar keine Arbeit mehr bekommen. Dennoch galt für Jahrzehnte der Rat: »Bub, geh uff die Hidd, dort bischde sischa«. Mitte November 1974 kam dann das große Aufwachen in Neunkirchen. Die Stumm-Erben hatten ihr Interesse auf den europäischen Hochadel verlegt und ließen ihren Managern freie Hand. Und die langten damit kräftig zu. 19 Millionen sollen die Vorstandsmitglieder, die wegen »Konkursvergehens« Untreue, Betrug und Urkundenvernichtung« vor Gericht standen, in die eigene Tasche gewirtschaftet haben. Weil sich die Zentralfigur, der ehemalige Vorstandsvorsitzende Lutz in seiner Zelle erhängte, blieb vieles im Dunkeln, nicht aber die Höhe des wirtschaftlichen Schadens: 1,3 Milliarden Mark.

Die Zeche zahlten die Hüttenarbeiter in Neunkirchen. An die drei Jahre schwebte das Stummsche Aktienpaket im luftleeren Raum der freien Marktwirtschaft und wartete auf einen Käufer. Derweil wurde die Produktion nach unten gefahren, und die Belegschaft mußte kurzarbeiten. Die Stadt Völklingen war im Besitz der Röchlings. Kanonenkönig- Hermann war ein eifriger Steigbügelhalter der Nazis, was sich bezahlt machte. 1939 wurde er Reichstreuhänder der Industrie in Lothringen und später Reichsbevollmächtigter für die Eisen- und Stahlindustrie in den besetzten Westgebieten. Seine Nachkommen waren, wie »Capital« bemerkte, »stärker am Kassemachen als an Investitionen interessiert«. Da kam es dann auch schon vor, daß die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat gemeinsam mit dem »neutralen« Vorsitzenden gegen die Anteilseigner neue Investitionen durchsetzten. Als dem Röchling-Clan schließlich klar war, daß aus den Hütten kein Geld mehr zu holen war, verscherbelten sie ihre Anteile für 170 Millionen Mark an Arbed.

Im idyllischen Ort Mettlach an der Saarschleife residiert der Porzellan-Konzern Villeroy und Boch, ein zweihundert Jahre alter Familienbetrieb. Über dreißig, meist adelige Sprößlinge bilden den Familienrat und beherrschen neben Mettlach noch die Stadt Merzig. Als vor Jahren die Adam Opel AG hier ein Werk aufbauen wollte, konnten das »die von Boch« erfolgreich verhindern.

Der Rest des Landes war an kleinere Fürsten aufgeteilt: Europas größtes Fertighauswerk (Streif Eigenheimbau) und der Bundesrepublik größter Dosenbierproduzent (Karlsberg) sind nur zwei davon.

Alles war also wohl geordnet, und langfristige Wirtschafts- oder gar Strukturpolitik war nicht vonnöten. Regiert wurde nach dem Motto: Die Welt ist, was sie ist, und wer nichts ist, hat in ihr keinen Platz.

Schon Anfang der sechziger Jahre hatte die SPD-Opposition vor den Risiken gewarnt, die die einseitige Ausrichtung der Wirtschaft auf Kohle und Stahl für die Arbeitsplätze haben könne. Anfang der achtziger Jahre befand sich gut jeder dritte Industriearbeitsplatz des Saarlandes immer noch im Montanbereich, und rund 40 Prozent des Industrieumsatzes wurden hier getätigt. Dabei hat der Montanbereich bereits einen riesigen Aderlaß an Arbeitsplätzen hinter sich. Das Zechensterben halbierte die Zahl der Kumpels innerhalb kürzester Zeit, heute sind nur noch 25.000 übrig. An der Saar wurden mehr Bergleute entlassen als an der Ruhr, aber das Land blieb ruhig. Die IG Bergbau und der damalige Ministerpräsident Röder spielten ihr sozialpartnerschaftliches Spielchen: »Natürlicher Abgang«, Frührente und Sozialplan. Massenentlassungen wurden vermieden - pro Monat wurden nur 49 Mann nach Hause geschickt. Die Landesregierung mußte schließlich zugeben, daß sie nicht fähig war, Arbeitsplätze zu erhalten oder gar neue zu schaffen. Sie erklärte, daß bis 1985 rund 33.000 Saarländer ihre Heimat verlassen würden. Die Staatskanzlei irrte. Seit 1966 mußten über 54.000 Erwerbstätige abwandern.

CDU und FDP setzten aber weiter darauf, daß die Kräfte der freien Marktwirtschaft schon Arbeitsplätze bringen würden. Erst 1968 wurde beschlossen, bis zum Jahr 1980 100.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Die sozialliberale Koalition in Bonn spendierte 200 Millionen Mark, und das bundesdeutsche Kapital kam ins Saarland. Schließlich hat es trotz infrastruktureller Mängel Vorteile wie die Nähe zum französischen Markt und die niedrigen Lohnkosten. Zudem suchte das Kapital zu Beginn der siebziger Jahre nach Anlagemöglichkeiten, weil der Arbeitskräftemangel die Beweglichkeit im übrigen Bundesgebiet einschränkte. 40.000 Arbeitsplätze rühmt sich die Landesregierung geschaffen zu haben, und der damalige Wirtschaftsminister Schäfer (früher- Röchlingbank) erklärte damit das Soll für erfüllt. Vorgegangen wurde nach dem Gießkannenprinzip, es gab Darlehen und Geschenke in Höhe von 20 Prozent der Investitionssumme, und dabei wurde so manche Industrieruine geschaffen. An die Ostsaar, ein wirtschaftliches Notstandsgebiet, wurden 75 Betriebe geholt. Mitte der siebziger Jahre waren davon noch 18 übrig. »Verlängerte Werkbänke« nennen die Saarländer solche Firmen, die bei den ersten Anzeichen von wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihr Gastspiel beenden. Aber Forderungen der Arbeitskammer, nicht nach dem Gießkannenprinzip und der Höhe der Investitionen Beihilfen zu geben, sondern nach Zahl und Art der geschaffenen Arbeitsplätze, lehnten CDU und FDP ab, da das ein Eingriff in das freie Spiel der Marktkräfte sei.

Als ein Grund für das Fehlen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik war von en Konservativen immer zu hören, daß es der Regierung an Geld fehle. Als Mitte der sechziger Jahre die Verschuldung mit über einer Milliarde bereits höher als der Staatshaushalt war, setzte die erste große Sparwelle ein und sie traf - wie immer bei den Konservativen - die sozial Schwachen: die Mittel für die Schulmilch wurden ebenso gestrichen wie die Entschädigungssummen für die bergbaugeschädigten Gemeinden im Wandtrevier. Die Staatsverschuldung wurde damit natürlich nicht gesenkt, sie beträgt heute fast sechs Milliarden, das sind 6.510 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Die staatliche Sparpolitik, dieses zentrale

Dogma konservativ-liberaler Wirtschaftspolitik, führt zu einem Teufelskreis- Weil gespart wird, um die Schulden abzubauen, unterbleiben Investitionen; weil Investitionen und öffentliche Aufträge unterbleiben, steigt die Zahl der Arbeitslosen; und weil die Arbeitslosigkeit zunimmt, sinken die Steuereinnahmen und erhöhen sich auch die Ausgaben (zum Beispiel für Sozialhilfe: 234 Millionen Mark 1982) des Landes und der Gemeinden, so daß neue Schulden gemacht werden müssen. Das durch die Arbeitslosigkeit bedingte Absinken der Lohnsteuersumme trifft das Saarland besonders hart, denn sie macht mit 75 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Anteil am Gesamtsteueraufkommen aus. Zum anderen hat die völlige Auslieferung des Landes an die Herren von Kohle und Stahl die Wirtschaftskraft des Landes entscheidend geschwächt.

Aber es gab niemals einen Grund, eine Politik zu betreiben, die den Herrschern an der Saar hätte mißfallen können. 1963 meinte der Landtagsabgeordnete Scherer (CDU): »Wir haben keine Arbeitskräftereserven. Nun mag mir einer sagen, wo der besondere Anreiz für bundesdeutsche Unternehmen liegen soll, sich an der Saar niederzulassen.« Obwohl es niemand verstand, es gab den Anreiz. Opel beispielsweise wollte ein Werk bei St. Ingbert bauen. Landesvater Röder ließ in seiner Regierungserklärung von 1965 die Katze aus dem Sack: »Man muß die Frage der Schaffung neuer Arbeitsplätze allerdings auch unter der Berücksichtigung bereits vorhandener Unternehmen sehen. Ein mörderischer Kampf zwischen bestehenden und neuen Betrieben um die einzelnen im Arbeitsprozeß befindlichen Personen dient weder dem einzelnen Unternehmen noch der Gesamtwirtschaft und dabei insbesondere nicht dem Arbeitnehmer selbst, der einen möglichst krisenfesten Arbeitsplatz haben möchte.«

Darum also ging es: Das freie Spiel der Kräfte, in Wahrheit ein Monopoly der Hütten und Zechen, sollte von der Landesregierung nicht gestört werden. Neue Industrien hätten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gebracht, die Sozialleistungen hätten sich verbessert, und das Lohnniveau wäre gestiegen. Für die Erwerbstätigen nicht unwillkommen, denn noch heute liegen die Löhne im Saarland mehr als drei Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, in der Textilindustrie sogar um 15 Prozent. An Arbeitskräften hätte es mit Sicherheit nicht gemangelt, denn Arbeitslose gibt es traditionell mehr als im Bundesdurchschnitt, und nur 25 Prozent der saarländischen Frauen sind erwerbstätig.

Es war nur konsequent, daß sich CDU und FDP zurückhielten, als Ford Ende der sechziger Jahre sein Werk in Saarlouis baute, das heute einer der wenigen arbeitsmarktpolitischen Lichtblicke ist. Die SPD und eine saarländische Splitterpartei schufen im Stadtrat eine Mehrheit dafür, während der CDU-Bürgermeister einen kuriosen Querschuß versuchte: Man solle Saarlouis nicht an eine so konjunkturanfällige Branche wie die Pkw-Herstellung ausliefern, sondern lieber eine Bosch-Tochter ansiedeln. Die hätte Einspritzpumpen hergestellt, für Autos. Des Rätsels Lösung: Bosch hätte höchstens 2.000 Arbeitsplätze geschaffen, Ford beschäftigt heute 8.000 Leute.

Nicht nur die großen, auch die kleinen Unternehmen halten nichts von Industrieansiedlung, denn das gefährdet ihren Herr-im-Haus-Standpunkt. Die Geschichte von Paul, 55 Jahre alt und seit zwei Jahren arbeitslos, ist typisch für die Arbeits- und Lebensbedingungen an der Saar. Vierzig Jahre hat er als Maler gearbeitet. Immer wenn der Sommer zu Ende ging, wurde das Arbeitsklima in der Firma unerträglich. Jeder versuchte, schneller und besser zu sein als der andere, denn im Winter wurden bis auf drei oder vier Gesellen alle entlassen. Und als Paul wieder einmal versuchte, ganz schnell zu sein, hatte er einen Unfall. Um sich ganz auszukurieren, nahm er sogar seinen Urlaub. Es half alles nichts. Seine Chefin empfahl ihm, Portier zu werden, strich ihn von der Lohnliste und behielt das Weihnachtsgeld gleich mit ein. Einen Prozeß darum hätte er ohne Unterstützung führen müssen, denn Gewerkschaftsmitglied ist Paul nicht. Einmal, so erinnert er sich, wären welche im Betrieb gewesen, aber die hätte der Meister gleich hinausgeworfen.

Paul, der nur zweimal die Landesgrenze überschritten hat, einmal als Flakhelfer in den letzten Kriegstagen und ein zweites Mal als Amateurkicker für den FC Saarbrücken, hat keine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz. Seine Frau geht putzen, und sie müssen sich eben einschränken, »auch mal eine Suppe essen, mit einem Stück Brot - ist doch nichts dabei«. Das Arbeitsamt möchte ihn gerne los sein und betrachtet ihn als berufsunfähig. Die Landesversicherungsanstalt will ihn nicht haben, hält ihn für voll verwendungsfähig.

Paul ist kein Einzelfall. Im Vergleich der Bundesländer haben die Saarländer das größte Berufskrankheitsrisiko. Im Bereich der gewerblichen Wirtschaft erkranken dreimal mehr Arbeitnehmer als anderswo und immer noch doppelt so viele wie in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit einer vergleichbaren Wirtschaftsstruktur.

Und weil man in das freie Spiel der Kräfte nicht eingreifen soll, haben CDU und FDP nie ernsthaft den Versuch unternommen, die Monostruktur des Saarlandes zu verändern. Obwohl immer wieder beklagt wurde, daß der Stahlstandort Saar wegen seiner verkehrstechnischen Randlage besonders krisenanfällig sei. Dabei ist die Regierung selbst an den schlechten Verkehrsbedingungen schuld. In den sechziger Jahren war ständig die Rede vom Saar-Pfalz-Kanal, der Saarbrücken mit dem Rhein bei Ludwigshafen verbinden sollte. Adenauer war dieses Projekt, dessen Kosten schon 1962 auf 1,2 Milliarden Mark geschätzt wurden, zu teuer; er bot den Ausbau der Saar an. Dagegen war die Stumm-Dynastie, die Konkurrenzvorteile für die Röchlings und die Dillinger Hütte witterte. Und weil CDU und FDP unparteiisch bleiben müssen, wenn zwei Konzernherrn sich streiten, wurde gar nichts gebaut. Erst jetzt hat man mit der Kanalisierung der Saar

begonnen, aber es gibt ja auch keine Stumms und Röchlings mehr, sondern nur noch die Arbed. Und damit hat der bis jetzt letzte Akt des Trauerspiels von der freien Marktwirtschaft im Saarland begonnen.

Von der Absatzkrise der europäischen Stahlindustrie, die sich seit Mitte der siebziger Jahre abzeichnete, wurde die Saar besonders hart getroffen, weil die bisherigen Besitzer ihre Hütten hatten verkommen lassen. Nachdem zwischen 1975 und 1977 mit öffentlichen Mitteln die Vernichtung von fast 3.000 Arbeitsplätzen gefördert worden war, wurde den Politikern deutlich, daß nur eine umfassende Restrukturierung der Hüttenwerke das Überleben des Stahlstandortes garantieren konnte. Die SPD forderte die Gründung einer Holdinggesellschaft mit Drittelparität von Anteilseignern, Gewerkschaften und Öffentlicher Hand, die die Rettung der Saar-Hütten bewerkstelligen sollte. Wirtschaftsminister Klumpp (FDP) hingegen pochte auf die »Selbstreinigung des Marktes«, weil ja nur die Unternehmen wissen, wie man unternimmt, und die Administration sich gefälligst herauszuhalten hat. Und der Bund? Damals saß noch ein Weltökonom im Kanzleramt, und der schickte einen Getreuen, Staatssekretär Helmut Rohwedder (heute Hoesch-Chef). Dem war nur recht, daß der in Luxemburg ansässige Multi Arbed, der bereits an Röchling-Burbach beteiligt war, dieses Werk ganz übernehmen wollte, und Neunkirchen noch dazu. Kritikern, und das war vor allem die saarländische SPD, hielt Rohwedder entgegen: »Das können nur ganz gestrige Leute sein, die annehmen, die Arbed würde hier als Fremdbestimmter auftreten. Die Arbed, ist eine ur- und kerneuropäische Gesellschaft, die elegant die biedermeierliche Welt der Landesgrenzen überspringt.«

Wie das Ende aussehen wird, weiß keiner. Im vergangenen Winter behauptete Arbed, vor dem Konkurs zu stehen, denn die 2,3 Milliarden Mark öffentlicher Hilfe waren aufgebraucht. Weil aber ein Zusammenbruch des Konzerns neben den noch verbliebenen 18.000 Arbeitsplätzen weitere 20.000 bei Zuliefererfirmen und im Bergbau gekostet hätte, erklärten sich Land und Bund bereit, jeweils noch einmal 500 Millionen Mark bis 1985 zuzuschießen. Gleichzeitig wurde massiver Druck auf die Arbeiter ausgeübt, die Hälfte ihres Weihnachtsgeldes von 1983 und 1984 als zinslosen Kredit zur Verfügung zu stellen. »Das war schon richtig, mit dem Verzicht auf das Weihnachtsgeld.« Der das sagt, heißt Dieter und ist seit dreißig Jahren Hüttenfacharbeiter in Völklingen. Bei ihm ist die Saat aufgegangen, die CDU und FDP mit Hilfe ihres Schwarzfunks am Halberg und dem Monopolblatt »Saarbrücker Zeitung« gelegt haben. »In schweren Zeiten müssen wir alle Opfer bringen«, meint er. Und es stört Dieter auch nicht, daß die von der Konzernzentrale als Gegenleistung versprochenen 100 Millionen Mark bis heute nicht eingetroffen sind. Den Schuldigen für die Finanzmisere der Arbed kennt er auch: seine Gewerkschaft, die IG Metall. »Der Sozialplan ist halt viel zu teuer.«

Daß die Personalkosten aller Übel Wurzel seien, hat auch Graf Lambsdorff erkannt und wollte schon im Winter 5.000 Arbeiter auf die Straße setzen. Als Kompromiß wurde dann Kurzarbeit verordnet - bei vier Schichten war Dieter auf 2.000 Mark gekommen, jetzt fährt er drei und bringt 1.500 Mark nach Hause. Und das ist das einzige, was er nicht versteht: Wieso Kurzarbeit, wenn im Mai soviel zu tun war, wie seit zehn Jahren nicht? Sein Eindruck ist nicht falsch, denn schon 1982 produzierte Arbed mit 3.000 Arbeitern weniger zehn Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Trotzdem ging es mit dem Konzern nicht aufwärts. Im Juni wurde wieder mit dem Gang zum Konkursrichter gedroht und zur nunmehr sechsten Rettungsaktion seit 1978 aufgerufen. Obwohl bereits 312 Millionen Mark öffentlicher Gelder zugesagt waren, entdeckten die Manager eine Finanzierungslücke von 160 Millionen Mark. Da klagte nun auch Ministerpräsident Zeyer: »So kann das nicht weitergehen. Darf sich dieses Land für Arbed-Saarstahl zugrunde richten?« Er vergaß, daß es CDU und FDP waren, die verhindert hatten, daß die heilige Kuh des Privateigentums angetastet wird - und sei es auch nur in der Form von Kapitalbeteiligungen.

Saarbrückens SPD-Oberbürgermeister Oskar Lafontaine hat eine Finanzierungsidee, die gut in diesen»Nachrüstungsherbst« paßt. »Zwei Tornados«, sagte er Völklinger Hüttenarbeitern, »reichen aus, um euch über die Hürden zu bringen.« Daher wird das Geld zwar nicht kommen, aber Arbed braucht sich keine Sorgen zu machen, denn die Landesregierung ist schlicht erpreßbar. Massenarbeitslosigkeit kann sie sich nicht leisten, jeder vierte Arbeitsplatz im Saarland hängt aber an der eisenschaffenden Industrie. Doch zu Entlassungen wird es kommen. Darauf hat das Bonner Kabinett in seinem Beschluß vom 29. Juni bestanden, und Arbed-Saarstahl hat bereitwillig zugesagt. Von 5.000 Leuten ist die Rede, dann wäre - so die CDU/FDP-Logik - infolge der gesenkten Personalkosten die Finanzierungslücke geschlossen.

Sicher ist, Arbed wird weiterhin Verluste machen, denn das ist das Konzept der Luxemburger Zentrale. Die Verluste an der Saar berühren den Konzern in keiner Weise. Arbed-Finanzchef Per: »Wir haben von Anfang an eine Feuerschneise zwischen der Saar und Luxemburg gezogen.«

Schon 1980 hatte Georg Jung, IG-Metall-Bevollmächtigter in Neunkirchen, gewarnt: »Wenn das alles über die Bühne läuft, dann hat sich Arbed die modernsten Anlagen und das ganze Rationalisierungskonzept über öffentliche Gelder finanzieren lassen. Die Herren aus Luxemburg haben doch keinen müden Franken investiert. Das ist ein Beispiel der Vermögensbildung in privater Hand durch den Staat, wie sich wohl kaum ein weiteres finden läßt.«

Konkret 10/83, S. 50

Tom Schimmeck

Schrecken ohne Ende

Acht Tage dauerte die Besetzung der Howaldtswerke Deutsche Werft AG in Hamburg, dann beugten sich die Arbeiter dem Ultimatum der Geschäftsleitung. In den nächsten Wochen werden nun 1.354 Leute entlassen, langfristig droht die völlige Schließung des Unternehmens, denn die Krise der deutschen Schiffbauindustrie ist nicht nur durch die schlechte Auftragslage bedingt, sondern auch durch das Mißmanagement der Werftleitungen. Weil sie es ablehnten, die Produktionspalette zu verbreitern - so wie es viele Arbeitnehmer und manche Politiker forderten - werden heute die Arbeitnehmer auf die Straße gesetzt. Die norddeutschen Gewerkschaftsführer der IG Metall, im Denken bei Lohnprozenten und Weihnachtsgeldern steckengeblieben, stehen hilflos der neuen Qualität der Auseinandersetzung gegenüber.

Die weiße Fähre zum Werfteingang auf der anderen Wasserseite legt jede Stunde um halb von den St. Pauli Landungsbrücken ab. Fast eine halbe Stunde dauert die Fahrt durch den Hamburger Hafen zum Werkseingang HDW Roß, vorbei an Speichern, Lagerhallen und Container-Terminals, entlang dem Krangewirr der Kaianlagen und Docks und den rostroten Schiffsrümpfen, begleitet vom faulen Geruch des Klärwerks. Die Streikwache kontrolliert jeden Besucher, an den Gittern des Anlegers hängen Transparente: »HDW ist besetzt.«

Die Kräne auf den Docks stehen still, auf dem riesigen Werksgelände der »Howaldtswerke-Deutsche Werft AG« ist kaum jemand zu sehen. Nur die Kantine, ein alter Bau inmitten von Fertigungshallen, Lagern und Docks, ist gerammelt voll. In dichten Reihen sitzen Werftarbeiter im Blaumann und mit Helm und hören, was es Neues gibt. Einer vom Aktionskomitee berichtet vom morgendlichen Rundgang. Um halb zehn ist eine Patrouille ohne vorherige Ankündigung durchs Werk gegangen, um die wenigen aufzuspüren, die sich nicht an den Belegschaftsbeschluß und die Warnungen der »Weißhelme«, der Meister, halten und arbeiten. Es sind fast nur Angestellte, die nicht mitmachen. »Die stehen im Hochhaus am Fenster und zeigen uns 'nen Vogel«, berichtet einer. Das kleine Hochhaus, in dem die Büros der Werft untergebracht sind, hat bei den Arbeitern einen Spitznamen: »Krawattenbunker«.

Jeden Tag wird auf Belegschaftsversammlungen neu diskutiert und entschieden, was zu tun ist. Immer wieder berichten Betriebsräte und Gewerkschafter über Verhandlungen in Bonn und im Hamburger Rathaus, über Sitzungen der Einigungsstelle und über Verfahren vor dem Arbeitsgericht.

Musik und Besuche lösen hin und wieder die oft gespannte Atmosphäre in der Werkskantine, Belegschaften bekunden ihre Solidarität, Briefe werden verlesen - auch einer der Frauengruppe der Polizeigewerkschaft ist dabei -, Spenden gehen ein. Obstbauern aus dem Alten Land bringen Äpfel vorbei (»Ein paar Vitamine braucht ihr ja auch«), Schulklassen wandern fragend über das Werksgelände, und auch Politiker müssen sich sehen lassen. Der Grüne Rainer Trampert, Texaco-Betriebsrat von fast nebenan, hält eine kleine Rede (»ich bin sowas wie Bundesvorsitzender«) und legt für die Partei 25.000 Mark auf den Tisch, aus der Hamburger Bürgerschaft eilt der SPD-Fraktionsvorsitzende Voscherau herbei, um unter etwas reserviertem Beifall 23.000 Mark aus Spenden seiner Abgeordneten zu überbringen. In wenigen Tagen kommt mit großen und kleinen Beiträgen eine gute Viertelmillion zusammen.

Für den Sozialdemokraten in der Verantwortung ist die besetzte Werft spiegelglattes Parkett. Ein Betriebsratsmitglied stichelt, man sei »erfreut, daß Abgeordnete merken, wo die SPD ihr Wählerpotential. hat«. Die Arbeiter sind skeptisch, welche Rolle die Hamburger SPD-Regierung in der Auseinandersetzung mit Werftvorstand und Bundesregierung spielen wird. Anders als in Bremen ist der Hamburger Senat nicht an Werften beteiligt, die HDW-Anteile werden von der bundeseigenen Salzgitter AG und dem Land Schleswig-Holstein gehalten. Zwar hat sich Hamburg erboten, mit Geldmitteln für den Erhalt von HDW-Arbeitsplätzen einzuspringen, doch grundsätzlich sind auch die Sozialdemokraten in Bremen und Hamburg davon überzeugt, daß . Werftkapazitäten und -arbeitsplätze. reduziert werden müssen, und mit Betriebsbesetzungen haben sie sowieso ihre Probleme.

Die hat auch die IG Metall. Am fünften Tag der Besetzung streiten sich die Funktionäre der Gewerkschaft aus ganz Norddeutschland bis in die Nacht hinein über die Frage, ob sich die Gewerkschaft offen mit der Besetzung solidarisieren kann und wieweit sich Streiks und Besetzungen über die ganze Küste ausdehnen sollen. Am Abend der Versammlung der Küsten-Metaller dringt aus dem Gewerkschaftshaus die Kunde aufs Werksgelände: »Die schrein' sich nur noch an.« Die Lage ist ohnehin ein wenig paradox, denn bei HDW ist ein Großteil des Betriebsrates wegen Linksabweichung aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, auch der Vorsitzende Holger Mahler. Die »Aktiven Metaller«, so nennen sich die Ausgeschlossenen, stehen jetzt trotzdem zusammen mit den IG-Metallern auf Streikposten und arbeiten im Aktionskomitee und Betriebsrat eng zusammen. In aller Stille und unter dem Druck der Ereignisse sollen die »Abweichler« jetzt wieder in die Gewerkschaft aufgenommen werden.

Die IG Metall tut sich schwer mit der Werftenkrise. Nicht nur bei HDW, auch bei der Bremer Vulkan und der AG »Weser« wird den Gewerkschaftsführern vorgehalten, zu wenig für den gemeinsamen Kampf der Werftarbeiter zu tun. Immer wieder kam es in den vergangenen Jahren zwischen den Betriebsräten und Vertrauensleuten auf den Werften und der norddeutschen IG-Metall-Führung zu Auseinandersetzungen. In Bremen wurden die unterschiedlichen Auffassungen im

vergangenen Jahr deutlich, als sich Vulkan- und AG-»Weser«-Betriebsräte aus der Mitarbeit für eine Werften-Studie mehrerer Unternehmensberatungsfirmen verabschiedeten, während andere Betriebsräte und die IG Metall weiter mitmachten. Die heute von den Bremer Fusionsplänen betroffenen Betriebsräte werfen ihrer Gewerkschaft vor, den Gutachtern eine scheinbar neutrale Legitimation für deren Vorschläge geliefert zu haben, die den Unternehmen die Grundlage für die Vernichtung von rund 2.000 Arbeitsplätzen liefert. Mit Blick auf die IG Metall kritisiert Hans Ziegenfuß, Betriebsratsvorsitzender der zur Schließung vorgesehenen AG »Weser«: »Bisher ist zu wenig getan worden, um eine koordinierende Funktion ausüben zu können, um gemeinsame Perspektiven aller Werftbeschäftigten zu formulieren«. In diesem Zusammenhang ist auch von den beiden anderen großen Krisenbranchen Kohle und Stahl die Rede, wo die Gewerkschaften ebenfalls Gefahr laufen, den Anschluß zu verpassen. Das gequälte Gesicht des Hamburger DGB-Chefs Saalfeld, das er bei mehreren Besuchen der besetzten HDW-Werft zur Schau trug, kommentierten Werftarbeiter mit dem Spruch: »Dem geht die Muffe.«

Es ist ein später Kampf, den die Werftarbeiter führen. Und obwohl die Entschlossenheit der HDWIer zu spüren ist, merkt man auch einen Hauch von Resignation. Seit Jahren geht es unablässig bergab mit der Werft, wie mit allen anderen Großwerften auch (KONKRET 5/83: »Verkungelt«). Vor allem der Schiffsneubau ist durch den europäischen Subventionswettlauf, die Konkurrenz mit Billiglohnländern wie Südkorea und Brasilien und eine geringere Nachfrage stark zurückgegangen, nicht nur bei HDW Hamburg soll er jetzt eingestellt werden. Viel zu lange haben die Schiffbau-Industriellen am Produktionsboom von Tankern und großen Frachtschiffen gehangen. Spätestens seit Mitte der 70er Jahre geht der Schiffsneubau zurück, und dennoch dachten nur wenige Werftmanager darüber nach, welche anderen Produkte hergestellt werden könnten. Stattdessen entwickelten Betriebsräte und gewerkschaftliche Arbeitskreise umfangreiche Vorschläge - die nur eine geringe Chance haben, je realisiert zu werden. Dabei drängt die Zeit: »Es ist fünf nach Zwölf« ist ein oft gebrauchter Slogan der HDW-Betriebsräte.

Doch mit ihrer Untätigkeit erlitten nicht die Werfteigner, sondern vor allem die Belegschaften Schiffbruch. Zwischen 1960 und 1979 entledigten sich die Großwerften 44,5 Prozent ihrer Belegschaften - bei steigender Produktivität. Konzentrationsprozesse taten ein übriges. Nach der Fusion der Howaldtswerke mit der Deutschen Werft zur HDW wurden von 1966 bis 1978 rund 9.500 Arbeitsplätze vernichtet, von den restlichen 11.000 Leuten sollen jetzt weitere 3.500 entlassen werden. Die Folgen und die Kosten dieser Massenentlassungen - rund 15.000 Kündigungen stehen auf den Werften an - werden von der Werftindustrie »vergesellschaftet«. Fachleute haben errechnet, daß die staatlichen Folgekosten der 9.000 Entlassungen auf den Großwerften bei über einer Milliarde Mark liegen werden - 350 Millionen für Industriesubventionen plus 750 Millionen für die Kosten der Arbeitslosigkeit.

Daß der Staat hier einmal mehr als Reparaturbetrieb des Kapitalismus fungiert - der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick hat unlängst durchblicken lassen, daß er das für eine ganz normale Sache hält -, das ist nicht des Staates einziges Problem. Immer mehr trägt er durch den von ihm betriebenen oder für andere Nationen (vorzugsweise Militärdiktaturen) finanzierten Kriegsschiffbau zum Erhalt der Werften bei. Ein Vorgang, für den sich im Laufe dieses Jahrhunderts zwei Parallelen finden lassen.

Rüstungsproduktion macht bei HDW gut ein Drittel, bei der Bremer Vulkan die Hälfte und bei der Hamburger Werft Blohm & Voss gar 70 Prozent des Umsatzes aus. Dabei verfängt das immer wieder angeführte Arbeitsplatz-Argument, mit dem die Subventionierung zum Beispiel beim Bau von Fregatten für die Türkei begründet wird, kaum. Ein Arbeitskreis von IG-Metall-Vertrauensleuten bei Blohm & Voss, der sich mit alternativer Fertigung beschäftigt, hat errechnet, daß in der zivilen Produktion mit weniger Geld wesentlich mehr Fertigungsstunden gesichert werden könnten.

Die Vertrauensleute, gehen nach ihren Informationen davon aus, daß die Bundesrepublik den Bau der Türkei-Fregatten bei Blohm & Voss mit etwa 600 Millionen Mark subventioniert, davon 300 aus Bundes- und je 150 Millionen aus Landesmitteln. Schleswig-Holsteins und Hamburgs. Sie rechnen vor, daß allein mit dem Hamburger Anteil ein Auftrag über vier Handelsschiffe für die Hapag Lloyd AG, der nun nach Südkorea und Brasilien gegangen ist, für bundesdeutsche Werften hätte gesichert werden können. Nebenher hätte dieser Auftrag gegenüber den Fregatten einen doppelt so hohen Beschäftigungseffekt gehabt. Bremer Wissenschaftler schätzen, daß zivile Produktion im Vergleich zur Kriegsproduktion bei gleichhohen Subventionen für die Dauer eines Jahres rund 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen würde.

Doch obwohl sich Vertrauensleute in den vergangenen Jahren verstärkt mit neuen Produktionsideen beschäftigt haben und Betriebsräte in Hamburg und Bremen ganze Produktionspaletten für »ihre« Werften erdachten und entwickelten, hat dies auf die Unternehmenspolitik keinen spürbaren Einfluß gehabt. Vor allem drei Bereiche tauchten in den Vorschlägen immer wieder auf: Energie-, Umweltschutz- und Meerestechnik. Die Vorschläge reichen von Blockheizkraftwerken und Wärmeaustauschern über Klär- und Müllbeseitigungsanlagen bis zu schwimmenden Bergwerken und Meereswasserentsalzungsgerät. Tatsächlich nutzten die Werften in den letzten Jahren ihr Know how und ihre Technologie, um neben Schiffen auch einmal eine Turbine, eine schwimmende Industrieanlage oder die Rotorflügel des Windkraftwerks

»Growian« zu bauen. Eine stärkere Orientierung auf diese Produktion widerstrebt den Managern der meisten Werften jedoch beharrlich. Zudem ist auch der warme - und häufig staatliche

Auftragsregen für derartig sinnvolle Produkte in Zeiten der Etatkürzungen eher spärlich. Stattdessen werden die für eine so gestaltete Diversifizierung der Produktion notwendigen Forschungs-, Konstruktions- und Produktionsbereiche häufig zuerst stillgelegt.

1972 empfahl eine von den hochbezahlten Unternehmensberatern Treuarbeit, Kienbaum und Knight Wegenstein im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums entwickelte Werftenenquete den Großwerften nicht den Ausbau, sondern die Verringerung der Schiffbaunebenfertigung. Und nicht nur diese, sondern auch andere Vorschläge wurden folgsam vollzogen: Die Einstellung des Schiffsneubaus bei HDW Hamburg und die Fusion der Vulkan-, AG-Weser- und Hapag-Lloyd-Werft in Bremen. Nicht zu Unrecht fürchten die Werftarbeiter, daß die Realisierung dieser Ratschläge aus dem Jahre 1972 - auf der »Werftenkonferenz« von Küstenländern und Industrie im April 1983 beschlossen - ähnlich fatale Folgen haben wird wie das Jahre währende Mißmanagement und die versäumte Produktionsumstellung der Werften.

Ein Problem für Betriebsräte und Gewerkschaften ist aber die neue Qualität der Auseinandersetzung. Der Kampf um eine andere Unternehmenspolitik, um die Fertigung neuer Produkte und den Erhalt der dafür benötigten Arbeitsplätze und Anlagen, ist etwas ganz anderes als Tarifverhandlungen um Lohn und Urlaubstage. Den gerade bei HDW befürchteten »Tod auf Raten« zu stoppen, hieße, eine völlig andere Werftenpolitik gegen die Werftvorstände und die Werfteigner Thyssen, Krupp, Siemens, die Bundesregierung und die Länder Schleswig-Holstein und Bremen durchsetzen zu müssen, Vor dieser Aufgabe haben Gewerkschaft wie Betriebsräte nicht nur Respekt, es ist auch nicht einfach, sie zu vermitteln. »Die Kollegen haben Angst vor dem Vordenken«, sagt ein junger Elektriker bei HDW. »Wenn es um konkrete Forderungen geht, um die volle Auszahlung des Weihnachtsgeldes zum Beispiel, dann ist das okay, aber Veränderungen, eine neue Produktion, das ist etwas ganz anderes.«

Erste Schritte dorthin sind gemacht. In Hamburg wie in Bremen wird nicht nur gegen Massenentlassungen, sondern auch für eine alternative Produktion gekämpft. Sehr aufmerksam und ernsthaft hört sich die ADW-Belegschaft an, was ihr Betriebsratsvorsitzender Mahler über Gespräche mit dem Bundesfinanzminister und dem Vorstandsvorsitzenden berichtet. Und auch wenn seine Bilanz nur aus einem Wort besteht. »Nichts«, wissen doch alle, worum es geht. Der psychologische Druck ist da. Wenn die Vorarbeiter während der Besetzung mit schwarzen Listen durch die Halle ziehen und verkünden: Du bist dran und Du und Du, wenn auf Anordnung des Vorstands Kassier und Sauerkraut in der Küche vergammeln, damit die Werftbesetzer nichts zu essen bekommen, wenn die Telefone und das Wasser abgestellt werden ist die Empörung einhellig. Uni wenn auf Anordnung der Geschäftsleitung ein Schiff in einem waghalsigen Manöver von Hafenschleppern aus der besetzten Werft gezerrt wird, die gekappten Leinen auf einige Hundert am Kai stehenden Werftarbeiter niedersausen und dabei einen von ihnen verletzen, dann ist die Wut darüber größer als die Ohnmacht. Ob so etwas durch taktische Kompromisse und Sozialpläne aufgeweicht werden kann, entscheidet sich auf den Großwerften an der Küste in diesem Herbst.

Es sind nicht nur abstrakte Konzepte, die gegeneinander stehen. Die Ideen, die von Werftarbeitern für »ihre« Werft entwickelt wurden, sind entstanden, weil sie weiter arbeiten wollen und sinnvoller noch dazu. Der »wirtschaftlich notwendige Anpassungsprozeß« dagegen kennt nur die Rettung der Rendite. Daß der Preis dafür noch höher sein kann als die Massenarbeitslosigkeit, zeigt die Äußerung eines ungenannten. Werftmanagers. Der wünschte sich, mit Blick auf die Produktionskurven des Schiffbaus in diesem Jahrhundert, zur Wiederbelebung der Branche »ein bißchen Krieg«.

Konkret 10/83, S. 53

Öko-Tips

Starke Nummern

Niemand achtet darauf, was er beim Essen industriell hergestellter Lebensmittel so alles zu sich nimmt. Wer weiß schon, daß Vanille-Pudding die Farbstoffe »E 102« und »E 110« enthält, daß das »feine Kartoffelpüree - lecker und locker« auch aus dem Stabilisator »E 405 a«, dem Emulgator »471« und dem Antioxidationsmittel »E 3« besteht?

Ende dieses Jahres soll das anders werden. Dann müssen nach dem neuen Lebensmittelkennzeichnungsrecht, das auf einer EG-Richtlinie basiert, alle Zutaten auf fertig verpackten Lebensmitteln mit dem Buchstaben »E« und einer Nummer zur Identifizierung der Zusatzstoffe angegeben werden.

Doch kein Verbraucher weiß, was diese Code-Zahlen auf den Verpackungen, die bei vielen Lebensmitteln bereits aufgedruckt sind, bedeuten. Zum Beispiel färben die Stoffe »E 102« und »E 110« den Vanille-Pudding gelb. In der Fachsprache heißen diese synthetischen Stoffe »Tartrazin« und »Chinolingelb«. Daß diese Schönfärber auch Allergien der Haut und der Aternwege auslösen können, steht natürlich nicht auf der Packung.

Der Bundesanzeiger zur »Bekanntmachung der Liste der zugelassenen Lebensmittel« führt fast 150 »E-Stoffe« auf, die nach deutschem Lebensmittelrecht zugesetzt werden dürfen. Da gibt es Konservierungsstoffe, die die Haltbarkeit des Produkts verlängern; Emulgatoren, die dafür sorgen, daß sich Fett und Wasser verbinden; Antioxidantine, die unerwünschte Sauerstoffreaktionen verbinden und damit das Produkt nicht vergammeln lassen; Verdickungs- und Geliermittel, die das Wasser in den Lebensmitteln binden, damit sie nicht austrocknen; Oberflächenbehandlungsmittel, die Früchte vor Pilzbefall schützen - und vor allem Farbzusätze. Allein 43 verschiedene Farbnuancen - vom künstlich hergestellten »Echten Karminrot« (E 102) bis zum »Brilliantschwarz BN« (E 15 1) zählt der Bundesanzeiger. Außer den Puddingfärbern »E 102« und »E 104« können auch die synthetischen Stoffe »E 110« (Gelborange S), das rote »E 122« (Amaranth) Allergien auslösen.

Einzeln wurden diese Stoffe alle in Tierversuchen getestet und als gesundheitlich unbedenklich eingestuft. Doch über die Wirkung von Konzentrationen und Kombinationen einzelner Stoffe ist wenig bekannt.

Wer das Geheimnis der E-Nummern lüften will, kann sich ab Mitte Oktober bei der Verbraucherzentrale Hamburg, 2000 Hamburg 36, Große Bleichen 23, eine »Lebensmittelzutatenliste« besorgen, in der alle Stoffe und ihre Wirkungen beschrieben werden.

Putzmittel und Petersilie

Die Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland sollen ihre wirtschaftliche Nachfrage stärker nach ökologischen Gesichtspunkten ausrichten. Fünf kirchliche Mitarbeiter, alle hauptamtlich in Spitzenpositionen der Jugend- und Bildungsarbeit tätig, hoben kürzlich »OIKOS - Gesellschaft für umweltgerechte Technik, Produkte und Arbeitsplatzentwicklung« aus der Taufe.

Die Milliarden, die jährlich über die Kirchenkonten fließen, sollten nach Ansicht der OIKOS-Leute nur noch an Hersteller gegeben werden, die ökologische Produkte und Verfahren verwenden. Als erstes Projekt möchten deshalb die christlichen Ökologen ein »Ökologisches Handelsregister« einrichten, über das der Reinigungsmittelkauf aller 10.000 Kirchengemeinden gesteuert werden könnte. Gründungsmitglied Wolfgang Lenz: »Die Reaktionen aus dem Kirchenbereich sind sehr positiv. Wir hoffen, daß innerhalb der nächsten drei Jahre unsere Idee realisiert werden kann.«

Einen ersten Erfolg gibt es schon: Die Köche der dreizehn evangelischen Akademien verwenden biologisch saubere Lebensmittel. In der eigens dafür gegründeten Zeitschrift »Petersilie« tauschen sie jeden Monat ihre neuesten Rezepte aus.

Recycling-Rat

KONKRET-Leser Dietmar Plewka aus Hamburg schlägt vor, »Briefmarken vor dem Verschicken leicht mit Seife einzureiben, so daß eine dünne Seifenschicht entsteht.« Der Empfänger könne dann den Poststempel von der Marke leicht abwischen und sie wieder verwenden. Es klappt tatsächlich.

Alternativer Stuhlgang

Die Marktnischen für alternative Produkte werden enger. Doch für unternehmerischen Einfallsreichtum gibt es auch hier noch Lücken. So bietet die schweizerische »Sanitation AG« jetzt eine »biologische Humustoilette« an. »Unter einwandfrei

hygienischen Umständen und absolut umweltfreundlich wandelt sie Fäkalien zu einem wiederverwendbaren Produkt um« preist die im palaverlag erscheinende Zeitschrift »Nachbarschaft« das Öko-Örtchen an. Billig ist das Humusklo nicht. Das Modell »Economie« kostet 1.650 Mark und das Luxusmodel »Automatik« immerhin 2.170 Mark.

Für diesen Preis bieten beide Modelle dem totalen RecyclingFreak eine eingebaute Heizung, die »Automatik«-Version zusätzlich noch ein »elektronisches Rührwerk«.

Wer nicht soviel investieren will, muß sich mit dem alternativen Stuhlgang noch einige Wochen gedulden. Dann erscheinen im »Öko-Buchverlag« die Schrift zum Klo »Mach Gold daraus« mit einer Selbstbauanleitung und das Werk »Scheiße wird Erde«, das einen »Überblick über derzeit gängige Verfahren« (so die Verlagsankündigung) verschaffen will.

Zurück zur Natur

Lebensmittelindustrie und ein Großteil der Ernährungswissenschaftler verspotten die Verbraucher: positive Erfahrungen mit Bioprodukten werden als Hirngespinste abqualifiziert, unbegründete Angst vor der Chemie wird ihnen vorgeworfen. Das Umweltmagazin »natur« veröffentlichte nun die Ergebnisse einer zweijährigen Untersuchung der Eidgenössischen Forschungsanstalt Wädenswil und des Oberwiler Forschungsinstituts mit je sieben konventionellen und ökologischen Betrieben. Die Schweizer Forscher machen damit Bio-Gemüse-Konsumenten neuen Mut: ein biologischer Kopfsalat enthält demnach im Frühjahr und Sommer nicht nur entschieden mehr wertgebende Stoffe, sondern auch weitaus weniger wertmindernde. Im Winter starrten aber Gewächshaussalate beider Richtungen vor Nitrat. Chemiker und Qualitätsforscher Max Eichenberger kritisiert den herkömmlichen Qualitätsbegriff von Verbrauchern, Handel und Produzenten: »Der Stellenwert roter Apfelbacken und großer Salatköpfe ist höher als der der menschlichen Gesundheit.«

Konkret 10/83, S. 56

Wolf Donner

Konkret-Extra: Hollywood und die neuen Medien oder: Abschied vom Kino

Die Funkausstellung Anfang September war eine gigantische Propagandaschau für die neue Medientechnik. Doch bei allem Streit um Koaxialkabel oder Glasfaser, Magnetband oder Satellitenfernsehen: zu den wichtigsten Programminhalten werden nach wie vor Filme zählen. Und die werden nach wie vor zumeist aus Hollywood kommen. Aber wie haben die neuen Medien diese ehemalige Traumfabrik verändert? Und ist das überhaupt noch »Kino«, was da heute in den Studios produziert wird?

Noch hat der Name Hollywood nichts von seinem magischen Klang eingebüßt. Er signalisiert Stars und Glamour, technische Leinwandwunder, Kino-Verzauberung. Aber die Faszination der alten Traumfabrik ist Vergangenheit. Heute ist Hollywood eine Medienfabrik, sind die Studios zu altmodischen, umsatzschwachen Nebenzweigen millionenschwerer Superkonzerne geworden.

Noch sagt man ehrfurchtsvoll *»major company«.* Das sind die »großen Sieben von Hollywood«, die traditionsreichen Filmstudios Warner Brothers, Paramount, Universal, Columbia, Twentieth Century Fox, Disney und MGM/United Artists. Sie haben ihre alte Bedeutung verloren. Warner gehört dem Multimediakonzern »Warner Communications Inc.«, bei dessen 3,2 Milliarden Dollar Jahresumsatz der Film ganze 7 Prozent ausmacht. Paramount ist eine Tochtergesellschaft der «Gulf and Western Industries«, die ihr Geld mit Erdöl, Zucker, Tabak, Autoteilen sowie in Banken- und Versicherungswesen machen. Universal ist ein Nebenzweig der »Music Corporation of America« (MCA) und der »Columbia Savings and Loan«, die ebenfalls im Banken- und Versicherungswesen operiert. Columbia gehört seit 1982 zu Coca Cola, die Fox (bei der Zelebritäten wie Ex-Präsident Ford und Ex-Außenminister Kissinger im Vorstand sitzen) hat sich der Ölmilliardär Marvin Davis und die MGM/United Artists der Medien-Millionär Kirk Kerkorian einverleibt. Auch das Unterhaltungsimperium Disney könnte gut ohne den Film auskommen, könnte nur von der Verwaltung seiner Vergnügungsparks und vom »merchandising«, der weltweiten Weitervermarktung der berühmten Walt-Disney-Figuren, leben.

Bei den größten und berühmtesten Filmfirmen der Welt spielt der Film nur noch eine Nebenrolle. Warner zum Beispiel hatte in den letzten zwei Jahren nur Flops im Kino und dennoch eine Superbilanz. Der Grund: Zur »Warner Communications Inc.« gehört die Firma Atari, die Dreiviertel des US-Marktes an Videospielen beherrscht, einen Sektor also, in dem die Amerikaner inzwischen dreimal soviel ausgaben wie fürs Kino, nämlich rund zehn Milliarden Dollar 1982. Ob nun andere Firmen den Branchenführer austricksten oder das Geschäft mit Videospielen zurückging: 1983 machte Atari Verluste, und prompt steckt Warner in den roten Zahlen.

Durch die Einbindung der Studios in umsatzstarke Muttergesellschaften ist Hollywood zur Durchgangsstation für ehrgeizige Jungmanager geworden. Die neuen Herren verstehen nichts vom Film, seiner Tradition und Kultur; sie sind Banker und Funktionäre. Sie fördern, was sie für Kino halten: synthetisches Entertainment. Und sie handhaben ihren Job mit dem Scheinpragmatismus von Wall Street. Denn es paßt weder in die amerikanische »business«-Ideologie noch ins neue Hollywood, zuzugeben, daß die Filmproduktion ein reines Glücksspiel ist.

Dabei reizt genau das immer wieder Millionäre und Multis zur Beteiligung am Filmgeschäft. In Amerika wird seit einigen Jahren mit immer weniger Filmen immer mehr Geld verdient. (In der BRD ist es nicht anders; sehr viele Zuschauer sehen hier jährlich etwa 20 Filme und relativ wenige die restlichen rund 260). Wer wirklich einen Treffer auf dem Markt hat, kann sofort Millionen kassieren. Am 29. Mai zum Beispiel stellte »Star Wars III« (Return of the Jedi) einen neuen Rekord auf: 8,2 Millionen Dollar an einem einzigen Sonntag. Solche Gewinnspannen erhöhen einerseits die Chance auf schnellen Profit, und andererseits nähren sie die Illusion, der Erfolg sei kalkulierbar. Auf der Gegenseite der Rechnung stehen die vielen Pleiten, Konkurse und Firmenverkäufe.

Neben der Beteiligung an der Lotterie um Kassenhits macht noch etwas die alten Filmfirmen wieder attraktiv: Kabel, Kassette, Bildplatte und Pay-TV, die sogenannten neuen Medien, sind vor allem neue Märkte. Ein Film wird nicht mehr nur an den Kinoverleih gegeben, sondern an vier oder fünf Vertriebswege, und die bringen längst mehr ein als das Kino. Das heißt, der Film ist ein multimediales Unterhaltungsprodukt geworden, und »die Unterhaltungs-software« , sagte kürzlich ein MGM-Manager, »wird zu einem der kostbarsten Rohstoffe der Welt«.

In dem Maße, wie die neuen Medien expandieren und immer mehr Programm brauchen, wird der Handel mit Filmen wieder lukrativ, mit neuen - und mit alten Filmen. Die riesigen Filmarchive der alten Hollywoodstudios sind darum zu einer ungeahnten Goldader geworden. MGM/United Artists zum Beispiel hat etwa 4.000 Titel im Lager, und in der neuen Marktsituation wird dieser Bestand auf gut 500 Millionen Dollar taxiert. Neue Medien, neue Märkte, noch mehr *money.*

Allein mit dem Blick auf die neuen Absatzmärkte haben sich die major companies inzwischen auch Nebenprogramme mit anspruchsvollen und europäischen Filmen eingerichtet, sogenannte classics-Abteilungen. Sie lassen sich dabei genauso wenig von der Liebe zum Kino leiten wie Multis und Millionäre, die plötzlich ins Filmgeschäft einsteigen, sondern allein

von der Überlegung, daß jeder Film, den man über die Jahre immer wieder an immer andere Vertriebssysteme verkaufen kann, eine gute Kapitalanlage geworden ist. Das classics-Programm von MGM/United Artists verleiht allein in diesem Jahr 15 Titel. Columbia hat sich mit dem größten europäischen Filmkonzern, der französischen Gaumont, zum classic-Verleih »Triumph« vereint, ihr größter Hit, einer der erfolgreichsten Auslandsfilme in den USA überhaupt, ist Buchheim/Petersens »Das Boot«.

Noch einen Trumpf haben die Hollywood-Studios: ihr internationales Verleihnetz. Ein annähernd vergleichbares System zu etablieren, würde etwa 500 Millionen Dollar kosten. Viele haben das versucht in den letzten Jahren, und alle sind gescheitert. Zwar reduzieren und rationalisieren die majors ihre Kapazitäten im Ausland ständig, aber in der Bundesrepublik zum Beispiel, ihrem wichtigsten ausländischen Markt, werden zwischen 50 und 60 Prozent des gesamten Kinoumsatzes mit amerikanischen Filmen erzielt - allein wegen des schlagkräftigen und alteingesessenen Verleihapparates. Sie produzieren kaum noch selber (65 Filme 1983) und vertrieben zusammen so viele Filme wie früher einer von ihnen (1983: ca. 210 Titel), dennoch diktieren sie nach wie vor dem Weltfilmmarkt seine Gesetze.

Was die »großen Sieben« am wenigsten können, was sie auch gar nicht mehr reizt, das war früher ihre einzige Legitimation: Filme zu produzieren. Die Hollywoodfirmen sind unbeweglich, kompliziert, überorganisiert und viel zu teuer. Hollywood als Produktionsstätte ist ein Alptraum geworden. Die majors wissen das selbst. Früher stellten sie Hunderte von Kinofilmen her, alle US-Fernsehserien und rund 50 Prozent der Fernsehunterhaltung. Heute wissen sie bei den wenigen Eigenproduktionen 75 Prozent ihres Risikos durch Fremdgelder, nämlich Vorverkäufe, abzufangen und überlassen den Rest unabhängigen Firmen, denen sie Gelder und Garantien vorgeben. Einige der neuen Großfirmen wie Lorimar, Orion, Ladd, Lucasfilm, Stigwood, Golan-Globus, Goldcrest oder Coppolas Zoetrope treten schon wie die klassischen Hollywoodstudios auf. Die aber halten die Macht - indem sie Filme nicht produzieren, sondern finanzieren.

Die übliche Art der Filmherstellung in Amerika erscheint wie ein Anachronismus im Land des rationalen und profitorientierten Geschäftsgebarens. Da hat ein Produzent eine Idee, sucht einen Autor dafür, verpflichtet einen Regisseur, vielleicht auch schon einen Star und geht mit diesem Paket zum Studio. Dort wird erst einmal Jein gesagt. Ganze Hundertschaften von Angestellten befassen sich mit dem Projekt, erteilen Aufträge, schließen vorläufige Vereinbarungen, schlagen neue Regisseure und Stars vor. Dieses Stadium kann Jahre dauern, auch wenn die Anwälte und Agenten mit der Studioleitung längst feste Verträge geschlossen haben. Dabei kursieren oft Schecks in Millionenhöhe ohne den geringsten Gegenwert. Der Kult des re-writing wird betrieben, d.h. immer neue Autoren schreiben das Drehbuch um oder passen es weiteren interessierten Stars oder Regisseuren an, bis bei der zehnten Fassung keiner mehr weiß, welche ursprüngliche Intention das Projekt einmal beflügelte. Die notorische Abhängigkeit von Tagesmoden, die Unsicherheit der Manager gegenüber Stoffen und Regisseuren, die Angst vorm Risiko und die im Filmwesen ungewöhnlich hohe Kostenexplosion, all das lähmt den Betrieb und die Entschlußkraft. Meist verläuft die Geschichte im Sande und wurden Gelder selbst in Millionenhöhe für nichts verplempert.

Die Produktionsgeschichte von Wim Wenders' US-Film »Hammett«, die sich über vier Jahre hinzog, ist keine Ausnahme. Die Drehbücher zu Welterfolgen wie »E.T.«, »Star Wars« oder »Jäger des verlorenen Schatzes« kursierten jahrelang in der Filmstadt und wurden von den meisten Studios als kommerziell uninteressant abgelehnt. Ein Witzbold reichte das Buch von »Casablanca« in Hollywood herum und bekam nur Absagen, im Brustton der Oberzeugung geschrieben von Leuten, die das berühmte Melodram gar nicht erkannt hatten.

Der Mythos des berechenbaren Erfolgs, allgemeine Unsicherheit und das zögernde Aufschieben als erstes Gebot, das hat Tradition in Hollywood. Die Produktion von »Tootsie« war eine typische Leidensgeschichte mit immer neuen Drehbüchern, gefeuerten Regisseuren, unterbrochenen Dreharbeiten, herausgeschnittenen Nebenfiguren, Neubesetzungen, ständigen Nervenzusammenbrüchen Dustin Hoffmans, ein Jahr lang verzögerten Kinostarts. Der sensationelle Erfolg des Films wird allen Propheten der Allmacht Hollywoods wieder einmal Recht geben.

Die Filmstadt liebt Protz und Glamour. Geht ein Projekt endlich in die akute Produktionsphase, ist alles vorsichtige Taktieren vergessen. Man bewegt sich nur Erster Klasse durch die Welt, man hält Hof in Villen und ganzen angemieteten Hotels, man gibt Unsummen aus für lauter falschen Aufwand. Als Bo Derek »Tarzan« drehte, ärgerte sie sich über tägliche Ladungen von Champagner und ganze Rosenbeete in ihrer Suite. Wochenlang war es unmöglich, dem zu entgehen, obwohl sie am Ende als Produzentin des Films den Segen selber bezahlen mußte.

Das Schreckgespenst aller Regisseure und Auftragsproduzenten in Hollywood heißt »overhead«, die Studio-Handlungskosten. Sie werden automatisch wie eine Steuer berechnet und betragen bis zu einem Viertel des gesamten Produktionsetats. Dieses brutale Profitsystem blockiert die Studios selbst und wurde doch nie reformiert, in der Produktion so wenig wie im Vertrieb. Denn auch bei der Übernahme einer unabhängigen Produktion kassiert das Studio »overhead«: 30 Prozent der Produktionssumme gehen erst einmal nach Hollywood, der weitere Erlös wird geteilt. Bekannt wurde die Affäre um »Alien«. Der Brite Ridley Scott stellte den Science-Fiction-Film für knapp elf Millionen Dollar her. 48

Millionen hatte die Fox weltweit eingespielt, als Scott seinen vereinbarten Anteil forderte. Aber nach vielen Monaten rechnete ihm das Studio einen noch nicht gedeckten Verlust von zweieinhalb Millionen Dollar vor.

Meist steckt der Teufel auch hier im Detail. In einer Studiohalle wurde als Requisit eine Bierflasche gebraucht, und der Regisseur beging den Fehler, offiziell darum zu bitten. Jeder nimmt hin, daß man Stunden auf solche Banalitäten warten muß. Die Abteilung Bühne verständigte also die Fahrbereitschaft und die ihre Gewerkschaft. Ein Wagen wurde zu einem Supermarkt in die Stadt geschickt, und durch die Mieten für Auto und Fahrer, die Gebühr der Gewerkschaft und den *overhead-Anteil des* Studios kostete die Flasche Bier am Ende 300 Dollar. Wahrscheinlich kam sie dann nie ins Bild.

Die Gewerkschaften sind das andere Schreckgespenst aller Studio-gebundenen amerikanischen Filmproduktionen. Jeder Berufszweig hat seine eigene »union«: Autoren, Regisseure, Schauspieler, Musiker, Kameraleute, Techniker, Dekorateure, Fahrer. Die Auflagen und Bedingungen aller dieser Interessengruppen sind in dicken Büchern festgelegt, die ein Regisseur am besten auswendig lernt. Hunderttausende muß ein Produzent bei jeder Einzelgewerkschaft hinterlegen für Gebühren, für Nachforderungen, für tägliche Strafen bei Vergehen gegen ihre Bestimmungen. Wenn der »director of photography« die Kamera berührt, bekommt er Ärger mit der Techniker-Gewerkschaft. Wenn der Regisseur mit einem Statisten redet, kann der sofort eine Kleindarsteller-Gage einklagen. Wenn der Darsteller einer stummen Rolle in einer Massenszene ein paar Worte einschmuggelt, muß er einen Nachvertrag und hundert Dollar mehr Tagesgage bekommen. Zu solchen Forderungen kommen die klotzigen anteiligen Gebühren und Strafen der Gewerkschaft noch hinzu.

Am schlimmsten sind die »Teamsters«, die Gewerkschaft der Fahrer, mit 1,9 Millionen Mitgliedern die stärkste US-Gewerkschaft. Angeblich ist sie fest in Mafia-Händen. Pro Film haben sie mindestens acht Leute im Team. Die fahren zum Beispiel einmal täglich einen Lastwagen vom Hotel zum Drehort und zurück und bekommen dafür Unterkunft, Verpflegung und 1.800 Dollar Wochengage. Beugt man sich den Teamsters nicht, muß man mit gewaltsamen Störaktionen, zerschlagenen Kulissen oder Morddrohungen rechnen. Produktionen, die es ohne sie versuchten, wurden landesweit boykottiert, weil diese Gewerkschaft in weiser Voraussicht auch alle Filmvorführer unter Vertrag genommen hat. Selbst sehr kleine Produktionen kommen nicht aus ohne Teamsters, SAG (Screen Actors Guild) und DGA (Direktor's Guild of America).

Die Gewerkschaften blähen die Filmteams auf rund achtzig Leute auf, obwohl man mit dreißig auskäme. Man hat sich daran gewöhnt, daß zwei Drittel herumstehen und Zeitung lesen. Mit Bestechungsgeldern erkauft man sich die Freiheit, ein kleineres Team um sich zu haben. Man akzeptiert, daß sich Dreharbeiten über Monate hinziehen, daß man zwei Tage braucht für eine Szene, die in Europa in zwei Stunden abgedreht wäre. Die *unions* treiben immer mehr Produzenten ins Ausland und haben die Arbeitslosenrate von 40 Prozent in Hollywood mitverschuldet.

Ein weiterer Kostenfaktor, aber einer mit Tradition, ist das Starsystem. Es funktioniert fast noch wie in alten Zeiten. Bekundet ein *»bancable«* Star über seinen Agenten Interesse an einem Stoff, wird sofort das Buch auf ihn umgeschrieben und klettert das Budget um Millionen. *Bancable* ist ein Star, wenn die Banken wegen seiner Mitwirkung dem Projekt jeden Kredit gewähren. Jane Fonda, Barbra Streisand, Meryl Streep sind *bancable,* Robert Redford, Jack Nicholson, Paul Newman, Dustin Hoffman. Der bekam für »Tootsie« viereinhalb Millionen Dollar, der Regisseur Sydney Pollack zwei Millionen. Difizile Verträge legen fest, wie hoch die Grundgage für einen Star ist und mit wieviel Prozent ab welcher Gewinnspanne er am Einspiel beteiligt ist. Kein Wunder, daß viele berühmte Darsteller, Jane Fonda zum Beispiel, längst auch auf der Unternehmerseite vertreten sind, eigene Firmen gründen, daß sie, wie Robert Redford, ganze Büros mit der Wahrung und Vertretung ihrer Interessen unterhalten. Denn es geht um unvorstellbar hohe Summen. Im Mai '83 schloß der Komiker Richard Pryor einen 5-Jahres-Vertrag mit Columbia: Für 40 Millionen Dollar liefert er vier Filme als Produzent, Autor und Darsteller, für 15 Millionen spielt er in drei weiteren Columbia-Filmen. Ein Superstar, der sich zu verkaufen weiß.

Einer Errungenschaft müssen sich auch die Stars in Hollywood beugen: der neuen Supertechnik, den Computern und elektronischen Apparaten. In den Studios von Lucas und Coppola ist es längst üblich, daß Schauspieler eine Szene vor neutralem Hintergrund drehen und diese später synthetisch in eine Außenaufnahme integriert wird. Filme wie Coppolas »Einer mit Herz« und »Die Outsider« oder die Lucas-Produktionen »Star Wars« und »Jäger des verlorenen Schatzes« entstanden bereits als Film und als Videoband, bis hin zum elektronisch simulierten Endprodukt.

Zuerst gibt es, wie bei jeder professionellen Filmproduktion, ein »storyboard«, eine Art Comicheft-Version des gesamten Filmablaufs. Die wird nun mit einer Videokamera abgefilmt. In diesem Zeichentrickfilm auf Video werden nach und nach die Strichmännchen durch Fotos oder bereits gespielte Szenen der Darsteller ersetzt, die Spieler werden mit Polaroids oder Videokamera-Fahrten des realen Hintergrunds kombiniert, später kann man Dialoge und Musik dazumischen. So wird schrittweise das abgefilmte Bilderbuch zum Realfilm. In allen Arbeitsphasen, vom Drehen über den Schnitt bis zur Sprachaufnahme, kann die komplette elektronische Fassung des Films, immer auf dem letzten Stand, abgerufen werden, kann der Computer »vordenken«, korrigieren, ausprobieren, alles real Gedrehte speichern. Coppola sitzt beim Drehen nicht mehr hinter der Kamera, sondern draußen in einem Wagen vor lauter Monitoren und Maschinen. Produzenten-Regisseute

wie Lucas, Scorsese oder Corman haben lakonisch erklärt, sie hätten ihre letzten Zelluloidfilme gedreht, denn mit der neuen Technik würden sie bis zu 60 Prozent der bisherigen Kosten sparen. Cormans »Sector 13« ist die erste nur auf Video hergestellte Kinofilmproduktion.

Ein durchschnittlicher Film ist heute in Hollywood noch 11 Millionen Dollar teuer. Dazu kommen 6 bis 7 Millionen für Werbung und Public Relations (siehe Kasten »Star Wars«). Aber erst, wenn das Studio 36 Millionen einnimmt, beginnt angeblich der Gewinn. Da das nur selten im Kino zu erwirtschaften ist, haben sich die majors mit ihrem spinnennetzartig über den Globus verschachtelten Vertriebsnetz viele zusätzliche Absatzmöglichkeiten geschaffen: den internationalen Kinomarkt, Fernsehstationen in den USA und in über hundert Ländern der Welt, ca. 85 Fluglinien und neuerdings Kabel, Kassette und Pay-Television.

Am reichlichsten flossen die Gelder bisher bei den drei US-amerikanischen werbefinanzierten Networks. Dabei waren die Summen für die Ausstrahlungsrechte oft so hoch wie der ursprüngliche Produktionsetat. Noch 1980 gingen rund 20 Millionen Dollar von NBC an die Fox für »The Sound of Music«, von ABC an die Columbia für »Kramer gegen Kramer« und von dem Network CBS an United Artists für »Rocky II«. »Vom Winde verweht«, der erfolgreichste Film aller Zeiten, kostete die NBC fünf Millionen Dollar für eine einzige Ausstrahlung., während CBS 35 Millionen zahlte für das Recht, ihn innerhalb von zwanzig Jahren je einmal zu senden. Auch die britische BBC gab noch zehn Millionen für eine 15-Jahres-Lizenz dieses Dauerhits.

Das Pay-TV hat das einträgliche Zusammenspiel zwischen Film und Fernsehen in den USA zerstört. Pay-TV funktioniert wie ein Abonnement. Man zahlt eine Grundgebühr für den Kabelanschluß und gestaffelte monatliche Mieten zwischen 40 und 90 Mark für alternative, neue Programme. Die bieten vor allem Filme soviel man will, rund um die Uhr und das, ein Novum für die Amerikaner, weder zensiert noch von ständigen Werbeblocks unterbrochen. Zwanzig Millionen amerikanische Haushalte leisten sich bereits das kostspielige Heimkino. In zwei Jahren schon rechnet man mit einer Verdoppelung, bis 1990 mit dem Fünffachen.

Zu diesem neuen Medien-Supermarkt kommt noch die Heimvideo-Szene mit etwa fünf Millionen Kassetten- und einer halben Million Bildplatten-Recordern. Die Prognosen für diesen Sektor sind noch optimistischer: Bis 1990 werden rund hundert Millionen private Abspielgeräte vorhergesagt. Bei solchen Steigerungsraten ist es verständlich, daß die Filmindustrie um jeden Anteil an dem neuen Markt kämpft. Noch vor fünf Jahren kamen 80 Prozent aller Einnahmen des US-Films aus dem nordamerikanischen und dem internationalen Kino-Markt. Inzwischen sind es unter 50 Prozent, während sich der Erlös aus Pay-TV auf fast 20 Prozent gesteigert hat. Denn die drei größten Abonnenten-Programme sind reine Filmkanäle (»Home Box Office«, »The Movie Channel«, »Showtime«), erreichen 80 Prozent aller Pay-TV-Abonnenten und strahlen zusammen monatlich weit über hundert Filme aus, meist neueren Datums und bis zu 15mal zeitversetzt wiederholt. Im April 1983 konnte man zum Beispiel bei »Home Box Office« den Klassiker »Doktor Schiwago« um 6.30 Uhr früh, um fünf Uhr nachmittags, abends um acht oder ab Mitternacht sehen.

Mit Kassette, Kabel- und Pay-TV ist der Kreislauf des Films zwischen Kino und Bildschirm immer knapper und der Filmmarkt insgesamt kurzatmiger, hysterischer geworden. Der einzelne Film ist weniger wert, eine schnell verderbliche Ware; kaum im Kino angelaufen, ist er als Kassette verfügbar und läuft im Pay-TV. Die einzelnen Abspielmärkte für Filme, schrieb »Business-Week« im Februar dieses Jahres, »kannibalisieren sich selber«. Das Ergebnis ist eine rüde Bestseller-Politik, nämlich immer mehr Geld aus immer neuen Quellen für immer weniger Filme. Alle wollen die gleichen Titel und überbieten sich bei solchen, die durch eine geschickte Propaganda, durch Thema und Besetzung oder durch einen überdurchschnittlichen Kassenerfolg attraktiv erscheinen. 2,2 Millionen Dollar zahlte der Pay-TV-Dienst »The Movie Channel« für den »Krieg der Sterne«, »Home Box Office« bot weitere drei Millionen; in England stach das kommerzielle Fernsehen die BBC aus und erwarb für zweieinhalb Millionen eine 7-Jahres-Lizenz des gleichen Kassenschlagers.

Hollywood ist also zurück im Geschäft. Die Studios versuchen, mit ihrer plötzlich wieder begehrten Ware die verschiedenen Märkte möglichst gleich parallel abzugrasen. Ein Jahr dauerte der Stellungskrieg gegen den Filmausverkauf im Pay-TV, besonders gegen »Home Box Office«, das durch seine marktbeherrschende Stellung die Preise diktieren konnte. Dann fanden sich die großen Filmfirmen zur Kooperation und zur Koproduktion bereit. Kaum ein Film in Amerika entsteht heute ohne Beteiligung der reichen Pay-TV-Gesellschaften. Aber auch dabei diktiert der Bestseller, der Massengeschmack, der Run auf Hits das Geschäft. Die Verfilmung des Broadway-Erfolgs »Annie« kostete 40 Millionen Dollar; 25 Millionen zahlten Kinoketten und internationale Verleiher als Vorausgarantie, je 10 Millionen gaben das Network NBC und der Pay-TV-Riese »Home Box Office«. Gewinn der Columbia Pictures vor der ersten Klappe. fünf Millionen.

Die Devise bei der Filmproduktion heißt: auf Nummer Sicher gehen. Bekanntes, Bewährtes, schon Akzeptiertes, Filme mit Stars, Filme nach Buchbestsellern und Broadway-Erfolgen, remakes und *sequels,* also Neuverfilmungen oder Fortsetzungen, Rocky III, Mad Max III, Der Clou II, Cheech und Chong IV, Star Wars III, Superman III, Pink Panther VI. Oder Neuauflagen von »Katzenmenschen«, »Psycho«, »Blow up«, »Die Saat der Gewalt«. »Das Ding aus der anderen

Welt«, »Außer Atem«, »Meuterei auf der Bounty«, »Mata Hari«, »Sein oder Nichtsein«, »Wem die Stunde schlägt«, »Der Mann, der die Frauen liebte«, »Endstation Sehnsucht«. Serien und Wiederholungen sind Attitüden des Fernsehens - die Trends der Filmproduktionen zeigen, wer die neuen Adressaten Hollywoods sind. Genauso funktioniert diese schleichende Anpassung im Kino, wo die Leinwände immer kleiner werden, immer mehr einem Bildschirm gleichen. Und auch im Volumen gabelt sich die Filmherstellung deutlich zwischen wenigen großen, sehr teuren Filmen, die das Publikum noch ins Kino locken, und kleinen Geschichten, nicht teurer als sechs Millionen Dollar, geeignet für alle Medien und Formate und Zuschauergruppen, ohne zuviel Sex und Gewalt, ohne Sozialkritik oder politisch Anstößiges, ohne besondere Ansprüche.

Schauspieler, Autoren, Regisseure und Musiker, alle verdienen prächtig beim Pakt mit dem Bildschirmkino. Die Gewerkschaften haben errechnet, daß die Rückflüsse aus der Filmverwertung außerhalb des Kinos heute bis zu 43 Prozent höher sind als vor zehn Jahren. Auch den Hollywoodstudios sind die 500 Millionen Dollar, die sie 1982 für Filmverkäufe ans Pay-TV bekamen, nicht mehr genug (Prognose bis 1985: das Dreifache!). Fieberhaft erwerben sie Anteile neuer Kabel- und Pay-TV-Gesellschaften und produzieren Filme exklusiv für diesen neuen Markt.

Die Verlierer bei dieser kopflosen Strategie des schnellen Geldes sind die Kinos. Sie werden gezwungen, sich bei der Jagd nach den wenigen Bestsellern zu beteiligen. Wer in der Sommersaison (im Gegensatz zu Europa die Kino-Hochzeit Amerikas), wenn Millionen von US-Schülern die Filmtheater stürmen, das richtige Programm spielt, der hat für das Jahr ausgesorgt. Wer nur noch das bekommt, was kurz danach per Kabel und Satellit gratis zu haben ist, der spielt vor leerem Haus.

Mit Cinemascope und Cinerama, später mit Todd AO, 3-D und Dolby Stereo versuchte sich das Kino drei Jahrzehnte lang gegenüber dem Fernsehen zu behaupten. Heute sollen Großfilme, Sex, Horror, Fantasy, Brutalität und Science Fiction die jungen Zuschauer vom TV-Set und vom Heimcomputer weglocken, heute installieren die Kinos wieder die 70 mm-Leinwand (weit über hundert seit Sommer 1982 in den USA), produziert Hollywood plötzlich wieder 3D-Filme, versuchen die Verleihe mit Großstarts von über tausend Kopien der warnenden Kritik zuvorzukommen.

Aber der Kampf ist schon entschieden. Bis 1990, sagen die Auguren, wird es in Amerika 50 Prozent weniger Kinos geben als heute (18.150 reguläre und ca. 800 Campuskinos), wird man 500 Millionen weniger Filmbesucher zählen. Die letzte Funktion des Kinos scheint es zu sein, den ruinösen Bestseller-Kampf um die wenigen Erfolgstitel zu inszenieren und Reklame zu machen für Filme, die anschließend beim Weiterverkauf ans konkurrierende Zwergenkino den großen Profit bringen. Daß als erstes der künstlerische und ambitionierte Film dabei auf der Strecke bleibt, ist in diesem System angelegt.

In den Voraus-Aufführungen von Hollywoodfirmen, bei denen der Verleih die Reaktionen eines ausgewählten Publikums zu testen pflegte, sitzen heute Makler und Anlagenberater. Sie wissen, daß eine kleine Gruppe der Gesamtbevölkerung, Jugendliche zwischen 14 und 29 Jahren, rund 80 Prozent der Kinobesucher ausmachen. Entsprechend kalkulieren sie den Hit oder Flop ein, laufen anschließend in ihr Büro und empfehlen ihren Kunden den Kauf oder Verkauf von Aktien desjenigen Konzerns, zu dem das betreffende Hollywoodstudio gehört. So wird das Kino zur Börse, der Film zum Spekulationsobjekt.

Cannes, das größte Filmfestival der Welt, fand dieses Jahr erstmals in einem menschenfeindlichen, hypermodernen Kongreßzentrum statt. »Home Box Office«, »The Movie Channel« und internationale Videofirmen traten mit dem Aufwand alter Hollywoodproduzenten als Filmhersteller, -käufer und -verkäufer ins Rampenlicht. So wurde ein Festival zum Medienkongreß und der Film zu *software*.

Bald wird das Kino ein so elitäres Vergnügen sein wie Oper, Theater und Konzert. Als mythischer Ort, als Stätte kollektiver Träume und Verzauberung, als gesellschaftliches Phänomen und als Massenkultur wird es abgelöst von der keimfreien elektronischen Rundumversorgung. Vielleicht war diese Entwicklung von vornherein angelegt beim Film, dem originären Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Die Technik frißt ihre Kinder. Das Kino, das wir liebten, und Filme, die mehr sind als grelle Meterware, scheinen keine Chance mehr zu haben in unserer Computerwunderwelt. Ein Medium stirbt, und es macht Platz - den neuen Medien.

Kasten Seite 60

Zum Beispiel »Star Wars«

Was ein Hollywoodfilm kostet

Februar 1973. Die Studios Universal und United Artists lehnen ein 30-Seiten-Manuskript von George Lucas ab, die Fox gibt ihm 10.000 Dollar für die Endfertigung des Drehbuchs. Das liegt im September vor. Die Verhandlungen ziehen sich weit über zwei Jahre hin. Lucas und sein Produzent Gary Kurtz investieren ihren Gewinn aus Lucas' Erfolgsfilm

»American Graffiti« in das Projekt. 1976 akzeptiert die Fox das Buch und veranschlagt den Film auf 10 Millionen Dollar; er wird am Ende kaum sehr viel teurer. (Im folgenden Kostenplan sind die Anteile der Gewerkschaften in den verschiedenen Personal-Posten mit enthalten).

Endgültiges Skript bis 1976
50.000 Dollar
Gagen für alle Schauspieler, Lucas, Kurzt
750.000 Dollar
Technisches Team
2. 7 00.000 Dollar
Soundtrack
100.000 Dollar
Filmmaterial und Filmentwicklung
200.000 Dollar
Kostüme
300.000 Dollar
Studiomieten
300.000 Dollar
Versicherung
200.000 Dollar
Licht und Bühne
1.600.000 Dollar
Special effects, Modelle der Roboter und Raumschiffe
3.900.000 Dollar
Flüge und Spesen für Dreharbeiten in Tunesien
700.000 Dollar
Fox »overhead«
800.000 Dollar

Zwei Monate nach dem Start des Films waren die gesamten Produktions- und PR-Kosten eingespielt, Ende 1980 hatte der Film weltweit bereits ein Plus von weit mehr als 500 Millionen Dollar erbracht.

Alte Filme in neuen Kanälen

Kabel, Satelliten und Video haben die Medienlandschaft der USA nur vorübergehend durcheinandergebracht. Inzwischen wird sie wieder von den alten Herren und Inhalten bestimmt

Vor wenigen Jahren war auf dem amerikanischen Fernsehschirm die Welt noch in Ordnung. Unumstritten herrschten die drei landesweiten Fernsehprogramme, die Networks. Ihre Talkshows und Seifenopern, ihre Endlos-Serien und musikalische Unterhaltung, ihre Nachrichten und vielen alten Hollywoodfilme gehörten zum amerikanischen Alltag wie

Comics und Kaugummi. Durch die berühmten »commericals«, die Werbeblocks alle paar Minuten in jedem Programm, Tag und Nacht (bis zu 7 Unterbrechungen und 16 Minuten pro Stunde) sind die drei TV-Riesen ABC, CBS und die »Radio Corporation of America« (RCA), die Muttergesellschaften des Networks NBC, die drei umsatzstärksten Medienkonzerne der USA. Mit der Einheitssauce ihrer Sendungen, mit den commericals, mit dem Prinzip, alles zur Show zu machen, auch Nachrichten und Politik, haben die Networks ein halbes Jahrhundert lang das Bild Amerikas genauso geprägt wie Hollywood, Disney oder der Broadway.

Ihr Sitz ist New York. Sie haben je vier große zusätzliche Stationen in Los Angeles, Chicago, Boston und Atlanta oder Kansas City. Außerdem versorgen sie viele hundert Lokalstationen, die vertraglich an sie gebunden sind.

Eine weitere Sender-Kette in der amerikanischen TV-Landschaft sind die etwa 260 Stationen der PBS, Public Broadcasting Service. Sie werden unterhalten von den Gemeinden oder Universitäten und finanziert durch Bundeszuschüsse, Spenden oder freiwillige Jahresbeiträge der Zuschauer von rund 40 Dollar. Trotz steigender Einschaltquoten (48 Prozent im Tagesschnitt!) hat Reagan die Subventionen drastisch reduziert. PBS war der einzige Fernsehkanal ohne Werbung, der einzige, der an europäische Programme erinnerte.

Mit dem Kabel wurde alles anders in Amerika. Es gibt dieses technische Hilfsmittel schon lange. Denn Kabel-TV hieß bisher: besserer Empfang des Programms von einem Network oder von Lokalstationen in Regionen, die über Antennen schwer erreichbar waren. 30 Millionen US-Haushalte sind bereits verkabelt, bis 1990 rechnet man mit über 50 Millionen. Heute heißt Kabelfernsehen: eine unübersehbare Fülle neuer Programme, die meisten bis auf eine Kabel-Grundgebühr von monatlich 8 bis 10 Dollar frei, weil ebenfalls durch Werbung finanziert. Das Network-Programm ist also nicht alternativ ergänzt, sondern nur unendlich variiert worden. Präsident Reagans Theorie vom »unbegrenzten Markt« und von der »Deregulation«, die den gesamten Bereich der Telekommunikation dem freien Wettbewerb überantwortet, hat eine quantitative Explosion ausgelöst, die in der bisherigen Geschichte der audiovisuellen Medien ihresgleichen sucht.

Es gibt keinen Lebensbereich, der nicht durch spezielle Kabelkanäle erfaßt wäre: ethnische Minderheiten (zum Beispiel »Black Entertainment Television«) und sprachliche Minoritäten, Religionsgemeinschaften (wie das »National Jewish Television Network«) und lokale Interessengruppen, Frauen (»Daytime«, ein Unternehmen der Hearstgruppe mit dem Network ABC), Kinder (»Nickelodeon«, eine gemeinsame Unternehmung des Warner-Studios und der Kreditorganisation American Expreß; das Programm sendet 13 Stunden täglich und erreicht ca. 10 Millionen Haushalte) und Senioren. Alle werden mit eigenen Kabelprogrammen versorgt. Dazu gibt es nonstop 24-Stunden-Dienste mit Gesundheitsratschlägen (»Cable Health Network«, das im August mit »Daytime« fusionierte), Videospielen, Reise- und Tourismustips, dem Wetterdienst, den Börsenkursen, Nachrichten, Kleinanzeigen vom privaten Glückwunsch über Heiratsannoncen bis zu An- und Verkaufsgesuchen. Oft sind dabei Service und Reklame kaum zu unterscheiden. Besonders erfolgreich operieren auch drei Musikprogramme.

Von Andy Warhol, der eine eigene Show per Kabel verbreitet, wenn auch nur ein paar Stunden pro Woche, bis zum reaktionären Pastor Falwell von der berüchtigten »Moral Majority«, von privaten Gurus bis zum legendären »ugly George«, der mit seiner Videokamera durch New York läuft und hübsche Mädchen zum Strip in Hausnischen animiert - jeder kann sein eigenes Fernsehen machen beim offenen, werbefinanzierten Drahtfunk. Zum »Public-access«-Kanal hat, wie der Name sagt, jeder freien Zugang und liefert einfach gegen eine geringe Gebühr sein Videoband in der Sendezentrale ab.

Seit man über Satellit und Parabolantenne die Kabelprogramme auch landesweit verbreiten kann, gibt es die »superstations«. Als erster nahm vor drei Jahren Ted Turner in Atlanta den Betrieb auf. Seine nonstop-Nachrichten »Cable News Network«, in der rund 200 Firmen ihre Werbespots plaziert haben, erreichte bald 14 Millionen US-Haushalte und löste einen Nachrichtenkrieg mit den traditionellen Networks aus. Die mußten unter Turners Konkurrenzdruck ihre »News« verlängern und verbessern, und seit 1982 schlägt ABC zurück mit einem eigenen »Satellite News Channel« (zusammen mit dem Westinghouse-Konzern) ebenfalls 24 Stunden lang.

Etwa 20 der 30 Millionen amerikanische Kabelhaushalte sind an solche Gesellschaften angeschlossen, die eine monatliche Zusatzgebühr für ihre Programme kassieren, zwei Dollar pro Kanal, etwa 15 Dollar pro Anbieter. Dieses Abonnenten- oder Pay-TV ist frei von Werbung und rechnet mit einer Ausbreitung auf 45 Millionen US-Haushalte bis 1985. Auch das Pay-TV bietet ein breites Spektrum und umwirbt die zahlenden Zuschauer mit gebündelten Sonderangeboten. »Bravo« zum Beispiel zeigt täglich zehn Stunden lang Kultursendungen und internationale Filme (hier lief im Herbst 1982 ein deutsches Filmfestival), »Galavision« sendet nur für die Latinos, die spanisch-sprechende Bevölkerung, der Disney-Kanal zeigt Comic-Klassiker, »Eros« und »The Playboy Channel« präsentieren live oder aus der Konserve Softpornos für die Abendstunden.

Die vier größten Pay-TV-Kanäle (neben »Music TeleVision« und dem von Getty betriebenen Sport-Kanal »ESPN«) und angeblich auch die einzigen, die schon mit Gewinn arbeiten, sind reine Filmprogramme: »Home Box Office« (HBO) und

»Cinemax«, Tochterfirmen des Mediengiganten »Time«, außerdem »Showtime« und »The Movie Channel«.

Dennoch trügt der kommerzielle Erfolg dieser wenigen Filmkanäle. Das amerikanische Kabelfernsehen hat seine erste Krise. Ein paar Jahre lang wurde in den USA ein neues Medienzeitalter proklamiert, mit unendlichen Möglichkeiten der Teilhabe, ein herrschaftsfreier Dialog mit lauter glücklichen Rezipienten, erlöst aus ihrer Isolation und Passivität, Partner in einer neuen Kommunikationsdemokratie. Pathetische Worte, große Versprechungen. Der Taumel ist vorüber und der Ernüchterung gewichen. An idealistischen Zielen scheint keiner mehr interessiert zu sein, und von einer erweiterten Partizipation *aller* wird schon gar nicht mehr gesprochen.

Im Gegenteil. Die Begrenzung der Tei]habe am neuen totalen Medienglück beginnt mit den enormen Kosten. New Yorker Kabelhaushalte zum Beispiel, die zur Zeit 39 Kanäle anwählen können, zahlen um die 90 Mark im Monat für das zweifelhafte Vergnügen des unendlichen Fernsehens: eine neue Elite, vor allem in den Größstädten, auf die sich die Kabelentwicklung immer ausschließlicher konzentriert. Da die Pay-TV-Industrie mit eklatanten Zuwachszahlen rechnet, wird ein immer breiteres Spektrum von Informationen und soziokulturellen Angeboten nur noch gegen Gebühr zu haben sein. Damit ist der Grundstock gelegt für eine Medien-Klassengesellschaft, in der immer weniger Leute immer üppiger versorgt werden. Reagans neue Direktiven machen es möglich.

Die offiziellen Legitimationen klingen immer gut. Nicht *»broadcasting«,* sondern *»narrowcasting«* heißt das Schlagwort: statt breit gestreutem Rundum-Funk das enge, zielgruppenfixierte Anpeilen des einzelnen - desjenigen, der zahlt. Und selbst dem haben die Netzbetreiber und Programmanbieter zuviel versprochen. Dem umworbenen Kunden wird eine Scheinvielfalt vorgegaukelt. Es gibt nur noch die Vielfalt der Systeme und Kanäle, nicht die der Programme. 80 Prozent der Filmkanäle, hat eine Untersuchung ergeben, liefern das gleiche. Und in vielen Regionen bietet die Hälfte aller Kabelprogramme nur noch alte Filme und Networkserien. Ohnehin sind die Nonstop-Servicedienste, die gemischten Programme und die Musikkanäle nur ein Abklatsch der alten Network-Dosierung, verplauderte Pseudoinformationen, nach europäischem Maßstab miserabel im Niveau. Es wurden also in Wahrheit nicht die Programme vermehrt, sondern nur deren Verteilungsmethoden. Längst sind auch die »publie-access«Kanäle zum reinen Alibi verkommen, ohne jeden politischen oder sozialen Erfolg, eine Spielwiese von Freaks und Möchtegern-Unterhaltern.

Im elektronischen Paradies macht sich die Enttäuschung breit, bei den Konsumenten wie bei den Unternehmern. Der Wildwuchs von Systemen, Programmen, Firmen und lokalen Besonderheiten verschreckt viele Kabel- und Pay-TV-Teilnehmer. Manche brauchen vier Programmzeitschriften, um sich zurechtzufinden, und melden ihr Abonnement resigniert wieder ab - eine umständliche technische Prozedur, die den Betreiber genauso viel kostet wie der Anschluß, nämlich zwischen 400 und 1.000 Dollar. Inzwischen gleicht die »Abhängerrate« der aller Neuanschlüsse, und auch die werden teurer: Über 100 Millionen Dollar investieren momentan »Warner/Amex«, um 400.000 Haushalte in Dallas neu zu verkabeln.

Den Programm-Anbietern wiederum gehen Millionen verloren durch die Schwarzseher, die etwa 3 Millionen ständigen Kabel-Piraten in den USA. »HBO« zum Beispiel kämpft mit großem Aufwand und zum Teil ruppigen Methoden, die schon publizistische Empörung auslösten, gegen ein Heer findiger Heimwerker, die sich mit selbstgebastelten Antennen ins Pay-TV-Netz einschalten, aber nicht zahlen. Nach Schätzungen der »Motion Picture Association of America« (MPAA) gehen auch Hollywood jährlich rund 700 Millionen Dollar verloren durch Videopiraten, die bei aktuellen Erfolgsfilmen bis zu 300 Dollar pro Kassette verdienen.

Im Gegensatz zur Kassette werden bei Kabel und Pay-TV im täglichen Kampf um Medien, Märkte, Macht und Moneten die Geschäfte fragwürdig und die Gewinne fraglich. Der Trend, der sich abzeichnet, ist deutlich: mehr Werbung, höhere Gebühren, noch flachere Programme. Außerdem noch mehr Konzentration und weniger Kontrolle. Es ist bezeichnend, daß die zwei profiliertesten Kulturkanäle des Kabelfernsehens nicht überleben konnten. »CBS Cable«, durch Werbespots finanziert, stellte im September 1982 mit 30 Millionen Dollar Verlust den Betrieb ein. Ein halbes Jahr später folgte »The Entertaimnent Channel«, ein Pay-TV-Angebot von RCA und dem Rockefeller Center, mit 34 Millionen Dollar Verlust. Nur 50.000 Abonnenten wollten am Ende noch monatlich zwischen acht und zwölf Dollar bezahlen für eine anspruchsvolle Mischung aus klassischen und ausländischen Filmen, Broadwayshows oder Theater- und Kulturimporten von der britischen BBC.

Überall rote Zahlen: Bei den großen Konzernen, die das Programm produzieren, beschaffen und vermieten, und ebenso bei den führenden Elektro- und Telefongesellschaften, die die etwa 4.500 Kabelnetze betreiben. Zu ihrer Verwunderung hat die Werbewirtschaft bisher kaum den Vorteil genutzt, über Spezialkanäle den Einzelkunden gezielt und ohne Streuverluste anzusprechen. Das gesamte Einkommen aus Werbung im US-amerikanischen Medien-Markt betrug im letzten Jahr 16,7 Milliarden Dollar; der Löwenanteil von 11 Milliarden blieb bei den Networks, nur 200 Millionen kassierten die Kabelgesellschaften. Der Grund ist wohl die Weigerung der Nelson Company, für Kabel- und Pay-TV die Zuschauerbeteiligung zu messen; das heißt, die Industrie bekommt keine »ratings« von diesem Sektor. Daher rechnen Beobachter des Kabel-TV-Marktes damit, daß die vielen hektischen Firmengründungen genauso schnell wieder annulliert und nur die Großunternehmen überleben werden. Weit über 2.000 Firmen operieren im Kabelfernsehmarkt, aber schon jetzt

erreichen die 25 größten darunter gut 80 Prozent aller Kabelhaushalte.

Das wiederum spüren die Konsumenten. Die vielen neuen Programme erweisen sich als »more of the same« - das Multi-Medien-Menü ist nur das Einheitsgericht weniger Medien-Multis. Unter denen ist ein rüder Kampf ausgebrochen um Anteile, Konzessionen, Lizenzen. Auch die Kommunen beteiligen sich daran, bis hin zur Bestechung, indem sie ihre Sendegebiete zu überteuerten Preisen und auf fadenscheinige Zusagen hin verkaufen. Sie fördern damit den Prozeß der weiteren Konzentration und der Nivellierung

In den Medien-Machtkampf des Augenblicks sind die Networks genauso verstrickt wie die Hollywoodstudios. Über die Interessen der Kinos hinweg verbünden sich die mit den neuen Medien und kassieren Millionen für ihre Filme vom Bildschirmkino. Je 25 Prozent Anteile hatten Paramount, Universal, Warner und American Express bisher am einträglichen Filmkanal »The Movie Channel«. Jetzt konnten Warner und Amex die zwei anderen rausboxen und mit der erfolgreichen Konkurrenz »Showtime« fusionieren, einem Unternehmen der Telefongesellschaft »Teleprompter« und des Medienkonzerns »Viacom« zusammen mit Fox und dem Network ABC. Warner ist außerdem führend im Kassettenmarkt (»Warner Home Video«). Disney hat einen eigenen Kabelservice gegründet, alle »majors« planen Nebenzweige oder Firmenneugründungen für die Produktion von Filmen, die um 5 Millionen Dollar kosten, möglichst im billigen Ausland gedreht und nur mehr über Kabel, Kassette oder Pay-TV vertrieben werden sollen. Oder die alten Filmfirmen beteiligen sich am Supergeschäft mit der software für Privatcomputer, also Programme, Codierungen, Instruktionen für das aktuelle Lieblingsspielzeug der Amerikaner. 230 Firmen drängen an die neue Futterkrippe, allein 1983 machen sie einen Umsatz von 1,5 Milliarden Dollar (Prognose für 1990: 12 Milliarden). Führend sind, neben CBS, die Studios Fox und Disney.

Täglich liest man von »joint ventures« der mächtigen Konzerne, von Zusammenschlüssen, gemeinsamen Spekulationen und Querverbindungen bei der Schlacht ums nächste Stück vom Medienkuchen. Dabei sind die Transaktionen des »Time«Imperiums besonders aufschlußreich. Das viertgrößte Medienunternehmen Amerikas erzielt seinen 3,6-Milliarden-Jahresgewinn durch Hochbauprodukte und Container, in der holzverarbeitenden Industrie sowie durch die Bücher und Zeitschriften (»People«, »Money«, »Sports Illustrated«, »Fortune«) der Time-Life-Gruppe. Mit 5,7 Millionen Auflage ist »Time« das größte Magazin der Welt. Und mit 100 Millionen Dollar wurde soeben die Programmzeitschrift »Cable TV Week« lanciert, eine Konkurrenz für die amerikanische Institution »TV Guide«.

Marktbezeichnend sind auch die »Time«-Tochterfirmen im audiovisuellen Bereich. »Manhatten Cable« ist das führende Kabelsystem New Yorks, die »American Television and Communications Corp.« das größte Kabelnetz des Kontinents, »USA Network« ein aussichtsreicher neuer Kabeldienst (zusammen mit Paramount und MCA/Universal), »HBO« schließlich der größte Film-Abonnenten-Dienst. Mit seinem Kabel-Teletextdienst hat »Time« das Informationssystem beim Wirtschaftsgipfel von Williamsburgh gestellt.

»HBO«, sarkastisch »das vierte Network« genannt, wurde führend im Filmgeschäft, weil es als erster auf dem Markt war, fast nur neue Filme bringt und auf dem Vorabkaufsprinzip besteht. Längst produziert die Firma auch selber Filme, allein 20 dieses Jahr, meist zur Hälfte vorfinanziert durch ausländische Koproduzenten. Zum Entsetzen der Branche haben sich das Network CBS und das Studio Columbia mit »HBO« zur Firma »Tri-Star« vereint. Sie wird Filme für die Columbia-Kinostaffel, für das CBS-Programm und für die »HBO«Kunden produzieren. Startkapital: 400 Millionen Dollar. Filme wie »Sophie's Choice«, »Tootsie« und »King of Comedy« entstanden so, Stars wie Robert Duvall, Liz Taylor, Bette Davis, James Stewart, Omar Sharif, John Gielgud drehen zur Zeit Tri-Star-Produktionen. Auch MGM/United Artists haben sich dem Hollywood-Erzfeind »HBO« genähert und planen einen gemeinsamen Pay-TV-Kanal für Klassiker, also für eine Auswertung ihres riesigen Archivs.

Das Verhältnis der Pay-TV-Dienste zu den alten Networks gleicht dem der unabhängigen Produzenten zu den Hollywood-majors: Die jungen Firmen haben sich erfahrene Manager der traditionellen Medien eingekauft und produzieren billiger, effektiver, dichter am Markt, ohne Berücksichtigung der Zensur oder der commercial Einschnitte. Das Hollywood-Monopol auf den Spielfilm ist damit endgültig Vergangenheit.

Das Medien-Monopoly-Spiel im Reagan-Amerika wird immer schneller, komplexer und verwirrender. Mit den Satelliten ist eine neue Aufbruchsstimmung ins »globale Dorf« eingekehrt. Große Wirtschaftsunternehmen, Banken, die Post und Fernunterricht-Institute in Amerika arbeiten schon lange mit kleinen Bodensatelliten. Auch die totale Fernsehversorgung des Kontinents bedient sich nun dieser Technik. Im Augenblick funken sechs Äther-Satelliten über den USA, weitere zehn sind im Lauf der 80er Jahre geplant. Jeder kostet etwa 80 Millionen Dollar, ihre Betreiber sind wieder die gleichen großen Elektro- und Medienkonzerne. Typisch ist auch hier die Grundintention aller Neuerungen: keine technischen Verbesserungen, keine Erweiterung des Programms, keine Erschließung neuer Publikumsgruppen, sondern mehr Profit, indem man die Reichen des Landes zusammenschließt. »Entscheidend für die Kabelexpansion in den Vereinigten Staaten war, daß die Verknüpfung von Kabelsystemen mit Satelliten es möglich machte, dezentralisierte Gruppen von einkommensstarken Konsumenten, die regional keine lebensfähigen Märkte darstellten, zu einem nationalen Markt zu

verknüpfen, den es sich nun lohnt zu bedienen.« (Nicholas Garnham, Professor an der 'School of Communication', Polytechnic of Central London)

Die technischen Möglichkeiten sind vielfältig. Jede Lokalstation bekommt über Satellit von den drei verschiedenen Kabel- oder Pay-TV-Diensten ein 24-Stunden-Programm frei Haus geliefert. Jeder Lokalsender andererseits, etwa Ted Turners *superstation in* Atlanta, kann bestimmte Sendezeiten mieten und über Satellit unendlich viele kleine, lokale Einzelabnehmer erreichen. Bereits Mitte letzten Jahres wurden den lokalen Kabelsystemen 35 kostenlose, also durch Werbung finanzierte, und 12 Pay-TV-Programme per Satellit angeboten. Bisher brauchten die Erdstationen dabei eine ca. drei Meter breite Antennenwanne, um die Satellitensignale in ihr Kabelfernsehen einzuspeisen. Seit diese Parabolantennen auf 60 Zentimenter geschrumpft sind, kann sie jeder Privathaushalt für etwa 500 Dollar erwerben und aufstellen.

Im November 1983 wird die »United Satellite Communications Corporation« aktiv. Sie will mit lokalen Kabelsystemen zusammenarbeiten und gut 30 Millionen Haushalte erreichen, die regional benachteiligt und nicht verkabelt sind. Sie bietet ihren Abonnenten für 17,50 Dollar monatlich vier eigene Programme an, nämlich je eine Kino-, Sport-, Nachrichten- und Lokalschiene; außerdem überträgt sie verschiedene traditionelle Programme, erfüllt also eine technische Hilfestellung wie früher das Kabel. Die Gründer dieses Satelliten-Direktprogramms, das mit einem Startkapital von 600 Millionen Dollar kalkuliert ist, waren zwei mittellose New Yorker Popshow-Veranstalter, die ihr Programm bei den Kabelanbietern nicht unterbringen konnten und zufällig auf freie Kapazitäten eines kanadischen Satelliten stießen. Es gibt also immer noch Pioniere im amerikanischen Medien-Dschungel.

Der letzte Schrei heißt Payper-View. Auch dieses System existiert seit langem, soll jetzt aber in großem Stil betrieben werden. Man hat einen kleinen Adapter am heimischen Fernseher, schaltet zu einer bestimmten Zeit einen bestimmten Kanal ein und sieht exklusiv ein Konzert, einen Film, einen Boxkampf. Die Rechnung kommt später - im Moment noch ansehnliche 5 bis 15 Dollar pro Sendung. Etwa zwei Millionen Geräte, besonders in Hotels, haben den Adapter, in zwei Jahren sollen es schon 16 Millionen sein. Besonders Hollywood setzt auf diese Vertriebsmethode. Am 18. Februar dieses Jahres lief die Verfilmung des Broadway-Musicals »The Pirates of Penzance« parallel in hundert Kinos und im Pay-per-View. Universal nahm am Wochenende in den Kinos 225.000 Dollar ein, bei den zahlenden Fernseh-Zuschauern eine Million. Die Umgehung des umständlichen, personalintensiven, aufwendigen Verleih- und Kinobetriebs macht das Wohnzimmer zum Premierenkino. Die *major companies* rechnen sich dabei Einnahmen bis zu 50 Millionen Dollar an einem einzigen Abend aus.

Die neuen Medien haben zunächst im Filmsektor die Hollywoodstudios und auf dem Bildschirm die Networks aus ihrer dominierenden Position verdrängt. Die Überlebensstrategien der drei alten TV-Riesen sind die gleichen wie die der ehrwürdigen Filmstudios. Seit ihnen eine neue Gesetzgebung erlaubt, auch außerhalb des eigenen Systems Programme zu produzieren und zu verbreiten, verbünden sie sich zu gemeinsamen Unternehmungen mit den Hollywoodfirmen wie den Betreibern von Kabel, Kassette, Bildplatte, Pay-TV und Pay-per-View. Sie werten ihre umfangreichen Archive aus und verkaufen wie bisher jährlich 200.000 Programmstunden an über 100 Länder. Sie koproduzieren per Vorabkauf Kinofilme, sichern sich Stoffe, Mitspracherechte, Lizenzen und Kanäle, sie treten als konkurrierende Programmanbieter bei den neuen Medien auf. Allein zwei Milliarden Dollar zahlten sie 1982 an die 28 wichtigsten American-Football-Clubs für alle Übertragungsrechte innerhalb der nächsten fünf Jahre. Alle waren überrascht über die Höhe der Summe. Die Networks sind zu solchen Manövern gezwungen, weil sie viele Zuschauer ans Kabel- und Pay-TV verloren haben, also niedrigere »ratings« (Einschaltqouten), und damit weniger Geld von ihren Werbekunden bekommen. Andererseits rebellieren ihre angeschlossenen Lokalstationen, weil sie stärker an dem überbordenden Zusatzangebot über Kabel und Satellit partizipieren wollen, statt sich wie in alten Zeiten von der Network-Zentrale ihr Programm diktieren zu lassen.

Die drei TV-Riesen sind wieder überall dabei. ABC betreibt zusammen mit der Hearst Corporation, Cox-Cable, Westinghouse und Getty Oil eine Fülle von Kabel- und Videodiensten und ist am Pay-TV-Filmkanal »Showtime« beteiligt. CBS produziert zusammen mit der Telefon Company AT & T einen Videotext, zusammen mit Paramount nicht für die Network-Verbreitung konzipierte Video*software,* zusammen mit »HBO« und dem Studio Columbia Filme für alle Verbreitungsmethoden (»Tri-Star«,) und zusammen mit Warner Filme, die erst im Kino, dann im Kabel-und Pay-TV und später im eigenen Network ausgewertet werden sollen; die »CBS-Fox-Company« (die in der BRD als »CBS-Fox-Video« vertreten ist), mit 300 Millionen Dollar Grundkapital ausgestattet, soll Videokassetten und vier verschiedene Kabelprogramme sowohl herstellen wie verbreiten. NBC schließlich (bzw. deren Muttergesellschaft RCA) hat große Anteile bei der »RCA-Columbia Pictures International Video« zur Produktion von Kassetten und Bildplatten aus den Archivbeständen von RCA und Columbia (die RCA ist die treibende Kraft hinter der Entwicklung der Bildplatte und hat dafür allein in den USA 250 Millionen Dollar investiert - ein hoher Anteil davon kommt von dem deutschen Medienzar Leo Kirch).

Da die Hollywoodfilme zu schnell im Kassetten- und Pay-TV-Markt verschlissen werden, haben die Networks ihre Eigenproduktion wieder verstärkt. 40 Millionen Dollar kostete die ABC-Mini-Serie »The Winds of War« nach dem Weltkriegs-Roman von Herman Wouk mit Stars wie Robert Mitchum, Candice Bergen, Ali MacGraw und Jan-Michael

Vincent. Der Werbeaufwand von weiteren 25 Millionen übertraf den für eine Hollywood-Großproduktion bei weitem, aber er lohnte sich: 140 Millionen Amerikaner sahen dem Spektakel zu, das den deutschen Fernsehanstalten für eine Übernahme dennoch zu banal erscheint. Der sensationelle Erfolg hat die Networks ermutigt und aufgewertet. ABC wird weitere Mini-Serien und etwa sechs Kino-Fernseh-Koproduktionen pro Jahr finanzieren; im Augenblick drehen zum Beispiel Stars wie Meryl Streep, Robert Redford, Kurt Russel oder Jason Robards ABC-Filme. Auch die Konkurrenz CBS hat 150 Millionen Dollar für die Produktion von Mini-Serien in der Saison 83/84 bereitgestellt. Die Networks konzentrieren sich dabei auf Themen, die Hollywood, nur noch auf das ganz junge Kinopublikum fixiert, zunehmend vernachlässigt: Familiensagas, sozialkritische und Ehedramen, Komödien, Stoffe für Erwachsene.

Sogar in den florierenden Kassettenmarkt wollen die Networks vorstoßen. Vier Stunden lang nachts werden sie Filme und Theaterstücke, Kinder-, Kultur- und Bildungsprogramme zum beliebigen Überspielen auf private Kassetten ausstrahlen. Allerdings wird der Anschluß des entsprechenden Dekoders 100 Dollar und seine Benutzung monatlich etwa 20 Dollar kosten. Mit dem trickreichen »Home View Network« will das amerikanische Fernsehen sozusagen über Nacht in die Videoszene einsteigen. Wie beim Pay-per-View umgeht es Kopien und Kassetten, Verkauf und Vertrieb, ist per Knopfdruck direkt beim zahlenden Verbraucher.

Die ungehinderten Aktivitäten der Networks, der Hollywoodstudios und der Medienmultis sind möglich geworden durch eine unermüdliche Schützenhilfe aus Washington. Bisher sah die FCC (Federal Communications Commission) ihre Aufgabe darin, die Konzentration und allzu rüde Kommerzialisierung der US-Medienszene zu unterbinden. Unter der Reagan-Regierung tut sie das Gegenteil. Im August wurde mit der Aufhebung einer FCC-Regelung von 1970 die alte Machtposition der Networks wiederhergestellt. Sie dürfen mitkassieren bei den *re-runs* ihrer ausgelaufenen Serien in unabhängigen Stationen, bekommen die totale Kontrolle über ihre Auftragsproduktionen zurück (ein Schlag gegen die kleinen unabhängigen Produzenten) und sollen künftig sogar gegen allzu erfolgreiche Konkurrenzsendungen der unabhängigen oder der PBS-Stationen vorgehen können.

Mit der Unterstützung des Big business verfolgt die FCC unter Reagan noch ein anderes Ziel, das Professor Rolf T. Wigand vom 'Center for Public Affairs' der Arizona State University umschreibt als »die Ausweitung des Wettbewerbs und der Investitionstätigkeit im Telekommunikationsbereich auf weltweites Niveau«. Das hatte schon der erzreaktionäre US-Senator Barry Goldwater mit seinem »International Telecommunications Deregulation's Act« im Auge, den er 1982 als Vorsitzender eines Senatsausschusses einbrachte. Wigand nennt Goldwaters Pläne zur Deregulation, zur Privatisierung im Interesse der großen Konzerne und zu einer aggressiven internationalen Offensive der US-Medienpolitik eine Übertragung des amerikanischen »Sozial-Darwinismus« (»Die Gesellschaft regiert sich selbst durch das Überleben der Tüchtigsten«) auf den Weltmarkt.

In diesen Zusammenhang gehört die Neuorientierung von »AT & T« (American Telephone and Telegraph Company), in deutschen Zeitungen fälschlich als Pleite und Niedergang dargestellt. Dieses größte Industrieunternehmen der Welt mit etwa einer Million Angestellten und einem Jahresumsatz von 65 Milliarden Dollar 1982 (Gewinn: 7,28 Milliarden) beherrscht die Telekommunikationsbranche der USA zu gut 90 Prozent (lokale, nationale und internationale Netze,' Anlagenbau, Forschung) und arbeitet eng mit 88 weiteren Firmen zusammen. Die Umstrukturierung des Konzerns hat allein die Ausweitung seiner Kommunikations- und Informationsgeschäfte zum Ziel. »AT & T«-Präsident Charles Brown, schon 1980: »The market we seek to serve ist global.« Mit schöner Deutlichkeit kommentierte der »Economist« die Aufhebung der Anti-Trust-Klage gegen »AT & T«: »Amerika wird in Zukunft stärker den Weltmarkt und die möglichen amerikanischen Interessen daran prüfen, anstatt sich kurzfristig auf inländische Probleme zu konzentrieren.«

Immerhin sind die Antworten der Hollywoodstudios und der Networks auf den Einbruch in ihre alten Hoheitsgebiete und die Strategien, ihr Publikum zurückzugewinnen, ein Lehrstück für Europa, besonders für die Bundesrepublik. Bei uns wird die Medienzukunft zerredet, ideologisiert, aufgeschoben. Man hält sich an das moralische Argument, die neuen Medien seien nur neue Märkte für alte Inhalte. Das stimmt weitgehend für die USA, muß aber bei uns nicht so sein. Während Post und Regierung, Ministerpräsidenten und Zeitungsverleger, Film-, Fernseh- und Parteienfunktionäre debattierend die Zukunft verschlafen, werden eine Etage tiefer amerikanische Jungmanager einziehen, die Sintflut ihrer *software* im Gepäck. Über den lukrativen Videomarkt haben sie den Fuß schon in der Tür. Alles zeigt an, »daß sich die Geschichte der US-Filmindustrie wiederholen und die US-Kabelindustrie ihren großen heimischen Markt als Basis für eine Invasion auf europäische Märkte nutzen wird« (Garnham). Während bei uns die neuen Techniken geleugnet werden, sind es die Amerikaner, die sie Schritt für Schritt nutzen und okkupieren.

Konkret 10/83, S. 68

Sabine Bredy

Plattentips

Raus aus Karma und Nirwana, 'rein in die metropolitanen Nightclubs von Berlin bis Hollywood: die bürger-schreckliche Wahlkalifornierin **Nina Hagen** scheint sich im Kosmos gelangweilt zu haben. Sie ging lieber mit Super-Producer Georgio Moroder in »Lost Angeles« ins Studio, und siehe: der America-Virus hat auch Nina längst gepackt. Koloratursopran, hermaphroditisches Röcheln, Jodeln und Kinderstimmchen hat sie auf der LP »Angstlos« zum reinen Beiwerk herunterdosiert, statt dessen »rapt« sie, für ihre Verhältnisse diszipliniert, zu heißen Disco-Rhythmen. Da hören wir ihre Version der »Lorelei«: »Ich weiß nicht, was soll es bedeuten, irgendetwas stimmt mit den Leuten ... nicht.« Bestens produziert, schmettert sie uns ihre Kernsätze um die Ohren, auch Zarah Leander kriegt ihr Fett, Ich weiß nicht, ob da ein Wunder geschehen ist - Nina war schon immer unbeschreiblich. (CBS)

Die drei (!) Briten der **Gang of Four** verbreiten neuerdings - statt kratzig-introvertiertem weißen Heavy-Funk mit Klassenkampfparolen - gepflegtes Soul-Feeling. Ganz leidenschaftslos sauseln nun Background-Madels einen nurmehr sanften Gesellschafts-Tadel, versucht Sänger Jon King, wie ein Schwarzer zu klingen, und klagt: »All innocence has gone«. Dazu geigen ab und an Geigen, pluckert der Funk-Baß von Sara Lee diszipliniert, kratzt die einst wütende Gitarre von Andy Gill nur noch selten und verhalten. Die GANG war mal aufregender. Aber als dezente Begleitung zu Problemgespräch und Beaujolais ist das Album »Hard« allemal sein Geld wert - kühler, weißer, sehr britischer Salon-Funk mit schrägfragilen Harmonien. Muß man mehrmals hören. (EMI)

Auch bei **Herbie Hancock**, seit Menschengedenken Held aller Jazz-Rock-Freunde, ist etwas NEUES vorgegangen: er hat einen «FUTURE SHOCK«. Da kann man dem Piano- und Keyboard-König nicht vorwerfen, daß er sich für sein so genanntes neues Album außer einer Reihe delikater Elektronika und Stardrummer Sly Dunbar auch noch die Avantgarde-Gruppe »Material« zum Mitproduzieren und, für die neuen Sounds, den Disc-Jockey Grand Mixer D. St. ins Studio geholt hat. Ohne »Scratching« geht auch für Herbie nichts mehr. Die neuen Mix- und Klangideen der Getto-Kids fusioniert er technisch perfekt mit seinem bewährten jazzigen Stil, auch der sparsame Gesang wird teils als Sound-Effekt eingesetzt. Der »FUTURE SHOCK« ist perfekt, doch Achtung: auf Dauer klingt's ein wenig wie eine Test-Platte für HiFi-Freaks - brillant, aber etwas tot. (CBS)

Mit »**Marc und the Mambas**« dagegen finden wir mit Leichtigkeit zurück zu den tiefsten Tiefen von Seele, Schmerz, Drama und Gefühl. Passend zum »Carmen«-Fieber der Saison hat Marc Almond, der androgyne Ex-Sänger des Londonder Pop- Duos »Soft Cell«, mit seinem vielköpfigen Orchester spanisch angehauchte, sehr dramatische Balladen auf vier LP-Seiten zusammengeballt: »Torment and Toreros« heißt das Doppelalbum, ein Bastard aus Großstadt-Dekadenz und südländischer Bittersüße. Maurische Klänge, Flamenco-Gitarren, Jaques Brel auf Englisch, viel Klavier, aber auch street noises und paranoid-dräuende Trommelwirbel schaffen den Hörer - bei Überdosierung. (WEA).

Konkret 10/83, S. 68

Kulturnoti□ en

TV-Tips

Was in den dritten Fernsehprogrammen versteckt wird, das beste auch gern nach 22 Uhr, verdient oft genug einen Hinweis.

Die Nordkette zeigt zum Beispiel am 9. Oktober um 23.15 Uhr den Film »Von Richtern und anderen Sympathisanten«, eine Dokumentation von Axel Engstfeld über die Verbrechen der Nazi-Justiz und deren ungebrochene personelle Kontinuität auch nach 1945. Der Film entstand unter Mitarbeit von Peggy Parnass. Eine Woche vor dem Sendetermin, am 4. Oktober um 21.45 Uhr gibt es, ebenfalls im dritten Nordprogramm, ein Porträt der KONKRET-Autorin: »Peggy Parnass - Gerichtsreporterin« (von Walter Krieg).

Der dritte WDR-Kanal bringt am 18. Oktober um 22.15 Uhr eine Filmreportage von Helmut Rywelski unter dem Titel »Die 3. Dimension«. Ein Jahr lang hat der WDR-Mitarbeiter in Europa und den USA recherchiert. Sein Thema: die Militarisierung des Weltraums, vor allem die militärische Nutzung der Weltraumfähre »Space Shuttle«, und die allenthalben betriebene Ästhetisierung von Kriegsgerät. In einigen US-Bundesstaaten säumen Raketen wie Denkmäler den Straßenrand und Fernsehstationen zeigen am Sendeschluß zur Nationalhymne Kriegsbilder. Der auf die ursprünglich genehmigten 73 Minuten Länge angelegte Film muß jetzt noch, nachdem er den Programmverantwortlichen vorgeführt wurde, um eine Viertelstunde gekürzt werden. Nicht um irgendwelche fünfzehn Minuten, sondern natürlich um die politisch brisantesten.

Überfliege hebt nicht ab

Ende September sollte im Frankfurter Eichborn Verlag eine neue Zeitschrift erscheinen, die »Überfliege«. Man durfte gespannt darauf sein, vor allem nach einem Werbeprospekt mit dem Motto »Wir schreiben die Wahrheit und fördern den, Wahnsinn«. Damit wird es nun nichts. Die Zeitschrift, die monatlich mit einer Startauflage von 25.000 herauskommen sollte, wurde noch vor der ersten Nummer wieder begraben. Nicht finanzielle Probleme stecken dahinter, sondern ein offensichtlicher Mangel . an Wahrheit und Wahnsinn. Verleger Vito von Eichborn und sein verhinderter Chefredakteur Bodo Horn fanden einfach nicht genug Autoren und teilen nun mit: »Die meisten haben keinen Mut mehr, betreiben ihre behauptete Weltverbesserei am Stammtisch, interessieren sich nur noch für den eigenen Schrebergarten. «

Genuß ohne (politische) Reue

Daß Buchhandlungen Kaffee verkaufen, ist nicht neu. Bisher war das ein hilfloser Protest gegen Tschibo und andere Kaffeeröster, die in ihren Filialen von Zeit zu Zeit Ratgeber-Bücher in Massenauflagen und zu Dumpingpreisen anbieten. Wenn jetzt die Wohltat'sche Versandbuchhandlung (Kolonnenstraße 26, 1000 Berlin 62) ebenfalls Kaffee in ihr Sortiment aufgenommen hat, dann eher aus politischen Gründen. Kaffee ist der wichtigste Exportartikel Nicaraguas, aber von den größten Importeuren der Bundesrepublik wird er boykottiert. Gewiß nicht, weil er etwa schlechter schmeckt als zum Beispiel der aus Brasilien oder EI Salvador. Im Gegenteil. Wer ihn probiert, wird feststellen, daß der Kaffee die paar Groschen, die er teurer ist als Frau Sommers Sonderangebot, durchaus wert ist. Ein Pfund röstfrisch gemahlener Direktimport vom staatlichen Handel in Managua kostet 10,90 Mark.

Zitat I

»Wenn man bedenkt, daß 110.000 Arbeiter durch 70.000 leitende Angestellte und Beamte ersetzt wurden, dann tröstet uns das ein wenig.«

Aus einer Anzeige der Zeitschrift »Quick« in den Branchendiensten, mit der der Auflagenrückgang und Leserwechsel des Bauer-Blattes erklärt wird

Zitat II

»Ich halte es für möglich, daß sich der etablierte deutsche Film aufgrund seiner Qualitäten auch gegen Herrn Zimmermann durchsetzt.«

Hans W. Geissendörfer, Regisseur (»Edith's Tagebuch«)

»Ich traue dem Zimmermann eine sehr gute Filmpolitik zu. Man darf nicht vergessen, das ist einer der ganz wenigen Minister, die ins Kino gehen.«

Luggi Waldleitner, Filmproduzent (»Edith's Tagebuch«)

Konkret 10/83, S. 74

Diedrich Diederichsen

Die kurzen Nächte der Anarchie

Sperrmüll: Was nicht in die Mülltonne paßt, konnte abends an den Straßenrand gestellt werden und wurde dort oft genug vor der Stadtreinigung gerettet. Die meisten Kommunen haben diesen Service inzwischen abgeschafft; auch in Hamburg soll es nächstes Jahr damit vorbei sein.

Manchmal, vor allem nach Einbruch der Dämmerung, sah es aus wie eine Szene aus einem Romero-Film: »Zombie« oder »Die Nacht der lebenden Toten«, Visionen einer unerwarteten nächtlichen Revolte durch die Vergessenen, Verbannten. »Wenn in der Hölle kein Platz mehr ist, kommen die Toten auf die Erde zurück« hieß der Werbeslogan eines dieser Filme. »Sperrmüll« war, wie »Vollmond«, ein solcher Termin, an dem die Ordnung der bürgerlichen, diesseitigen Welt außer Kraft gesetzt wurde. Für die Hamburger Verwaltung muß es jedenfalls bedrohlich ausgesehen haben; denn die für die Abschaffung vorgegebenen Kosten- und Rationalitätsgründe überzeugen nicht einmal die Leserbriefschreiber von Springers »Abendblatt«. Sperrmüll bedeutet vor allem die Aufhebung des Eigentumsbegriffs. Was auf der Straße lag, gehörte allen, »Mein und Dein« war außer Kraft.

Alles darf angefaßt, begrabbelt, auch auseinandergenommen, zerlegt und kaputtgemacht werden. Kein Besitzer ist da, der sein Eigentum schützt oder seine Ware gegen Geld tauschen will. Die Dinge, die da in unförmigen planlosen Haufen liegen, stecken, zwischen anderen Dingen klemmen, sind plötzlich aus der Warenwelt herausgefallen, kennen keinen Eigentümer, Hersteller oder Käufer mehr, sind wie nichts, ohne Referenz. Und doch sind sie ganz massiv materiell vorhanden. Sie sind wie die Menschen, die sie befingern und aufheben, eine Randgruppe, eine Randgruppe der Dingwelt. Waren-Zombies.

Und was sind Dinge, die keinen Tauschwert mehr haben, was wollen sie, was bedeuten sie?

Drei Voraussetzungen waren vonnöten, um dem Schrott einer Überflußgesellschaft die kulturelle und ökonomische Bedeutung zu verleihen, die er heute hat. Zuwanderung armer Ausländer, zunehmende Verarmung auch in einer Erste-Welt-Modellkapitalismus-Gesellschaft, vor allem aber die Entstehung und Verbreitung einer erst jugendlichen, inzwischen alt gewordenen Subkultur, die die Konsumgesellschaft laut ablehnte. Hippies und studentenbewegte Studenten waren die ersten und entscheidenden Kunden der großen Warenlager auf den Straßen. Wer erinnert sich noch an die Parole »Dem Establishment die Kinder wegnehmen!«? Wenn es Inneneinrichtungen für erste eigene Wohnungen und WeeGee-Zimmer nicht mehr kostenlos von der Straße zu holen gibt, wird das Verlassen des Elternhauses wieder schwieriger; die christdemokratische Kleinfamilie, die in den Siebzigern wahrhaftig schwere Schläge einstecken mußte, auch sie profitiert von der Abschaffung des Sperrmüll-Systems.

Vor allem aber waren die alten, weggeworfenen Möbel und Haushaltsgegenstände eine ideologische Angelegenheit, und zwar eine verdammt wichtige! Die Nichtware Sperrmüll paßte nur zu gut zur warenfeindlichen, asketischen Grundhaltung der ersten Welle jugendlichen Andersseinwollens. Es war egal, ob dieser Tisch vor seinem Warentod ein kafkaesker Bürokratenschreibtisch oder ob er ein schlichtes Küchenmöbel war; der Konsumfeind reduzierte ihn auf seine Funktion. Unterschiede zwischen funktionsgleichen Gegenständen galten als Finten des Konsumterrors. Möbel wurden als bedeutende Zeichen innerhalb eines ästhetischen Systems genauso ignoriert wie Kleidung; die gleichartigen langen Haare, Parkas und Jeans korrespondierten mit der alle Setzungen und Entscheidungen nivellierenden Stilwillkür in den WeeGees. Ich erinnere mich, daß es eine Zeitlang großen Spaß gemacht hat, all die Bezugssysteme, die die Elterngeneration für einen Gegenstand aufbrachte, vom Warenpreis bis zum Statuswert, einfach mit einer einzigen großartigen Vernichtungsgeste außer Kraft zu setzen. Gleichmacherei in der Dingwelt - das war eine kräftige Revolte im Privatleben, ein befreiender Rundumschlag, der Luft zum Atmen schaffte.

Natürlich war dieser Zustand nicht lange zu halten. irgendwann entdeckte ich beim Ausziehen aus der ersten Wohnung, daß mein Schreibtisch, dem ich bis dahin genausowenig Beachtung geschenkt hatte wie den willkürlich um ihn herumgruppierten Gebrauchgegenständen, ein kraftvolles Althamburger Kontormöbel war, das nur zu gut in den gerade mit großem Spaß gelesenen Teil des »Zauberbergs« paßte und daher unbedingt erhaltenswert war. Während der Rest des Gerümpels, gesichtsloses BRD-Zeug, gerne wieder auf einem Sperrmüll landen durfe, von dem ich es ein paar Monate zuvor entnommen hatte.

Die Subkultur konnte sich das Schleifenlassen der Bedeutungssysteme auch nicht länger leisten. Aus der Befreiung der Dinge wurde die ekelhafte, neospießige Vorliebe für das SCHÖNE ALTE, eine blöde Variante des Antiquitätensammelns. Im Gegensatz zur Leidenschaft der Antiquitätenbesessenheit interessierte bei dieser Obsession nicht die spezifische Geschichte eines Gegenstands, die Zugehörigkeit zu den Epochen, Bewußtseinsmodellen oder alten Filmen, sondern einzig und allein der Umstand, daß er, der Gegenstand, schön alt war. War es in der ersten Phase der wilden Ignoranz den Dingen gegenüber völlig egal, ob etwas alt, neu, aus Metall, Plastik oder Eiche gemacht war, Hauptsache es erfüllte seine Funktion,

so entstanden jetzt seltsame Präferenzen für alle möglichen Indizien im Material, die keinen Zweifel am erhabenen Alter des erwählten Einrichtungsgegenstands aufkommen lassen konnten. Dieselbe Sorte Mensch findet meistens auch heute noch, daß der Klang einer akkustischen Gitarre (»irgendwie menschlich«) den vielfältigen Tönen eines Synthesizers (»irgendwie unmenschlich«) vorzuziehen sei. Diese Obsession für das Alte mochte sich hinter vernünftigen Argumenten verstecken (Recycling etc.), wenn man entsprechende, schön-altmöblierte Wohnungen betrat, machte einen das Interieur Grausen, erschrak man vor der schrecklichen Wahrheit: Der Muff von Jahrhunderten hatte auch die Herzen dieser alt gewordenen Konsum-Boykotteure von innen staubig gemacht. Wie in einem Sumpf sackten die Bewohner gemeinsam mit ihren abgestorbenen Gegenständen immer tiefer in eine moderige Vergangenheit: Kerzen flackerten auf Lambrusco-Flaschen, Leonard Cohen oder bei simpleren Gemütern Cat Stevens zirpte weltschmerziges Zeug aus der »Anlage«, in der Regel der einzige neuwertige Gegenstand einer solchen Wohnung, und man machte den Bewohnern gern den Vorschlag, das ganze Zeug doch mal weiß zu lackieren, damit etwas mehr Frische in ihre Existenz gelänge.

Doch sie lehnten meistens müde ab: Frische war schließlich ein suspekter Begriff aus einer zutiefst verlogenen Werbewelt. Daß sie in ihren Asbach-Uralt-Wohnungen anderen Stereotypen aus der gleichen Welt aufgesessen waren, wollten sie nicht verstehen.

Kein Wunder, daß im Zuge der Establishment-Werdung dieser einstigen Subkultur bald auch kommerzielle Sperrmüllbetriebe entstanden. Flohmarkt-Stände und Billig-Antiquitätenläden boten den inzwischen als Ware wiederbelebten, mit neuem Tauschwert versehenen Gegenstand Sperrmüllmöbel für Geld an. Die Aura des Befreiten, Kostenlosen, die den ursprünglichen Reiz des Sperrmüllobjekts ausmachte, wurde nun für teures Geld gekauft, als eine dem schrabbeligen Altmöbel anhaftende Eigenschaft, die auch dann noch Bestand zu haben schien, wenn das Ding gar nicht mehr kostenlos war. Derweil machte ein nach eigener Einschätzung »unmögliches« schwedisches Möbelhaus einen Reibach mit möglichst eigenschaftslosen, möglichst natürlichen, möglichst funktionellen Möbeln.

Doch während Mittzwanziger bis Mittdreißiger zwischen nordisch-aufgeklärten IKEA-Möbeln oder schön-altem Schrott ihr Dasein fristeten, wuchs eine neue Generation von Sperrmüllbenutzern nach. Für die, nennen wir sie einmal vergröbernd Punk-Generation, gilt in einem Punkt das Gegenteil von dem, was den Sperrmüll-Umgang der ersten Sperrmüllepoche ausmachte. Gerade die Bedeutung eines Objekts, sein ursprüngliches Bezugssystem, ist für diese Generation extrem wichtig. Diese Form-bewußten Jahrgänge 60ff. betonen in Kleidung, Musik, Sprache die Bedeutung des kleinen Details, jede Haarsträhne ist ein bedeutendes Zeichen. Vor diesem Hintergrund hat sich auch der Umgang mit kostenlosen Möbeln von der Straße geändert. Anarchie und Aufhebung des Privateigentums sind nicht mehr die ganz großen Sensationen für diese Altersgruppe. Für sie steht auch nicht das Alte, sondern das Besondere, Differentielle des jeweiligen Fundstücks im Vordergrund. Die Kombination von Gebrauchtem, anderen Systemen entnommenen Versatzstücken ist ein Essential der neuen Subkultur-Ästhetik. Denn diese Ästhetik hält die vorgefundene Kultur ohnehin für eine einzige riesige Sperrmüllhalde. Niemandem gehört hier nichts, keiner ist der Eigentümer/Autor, der irgendwelche Ideen besitzt und festhalten darf. Die eilig wechselnden Moden und Gegenmoden dieser Generation beruhen auf allen Arten von Kombinationen und Montagen vorgefundener Zeichen. Für die Sperrmüllstraße heißt das: Die junge Subkultur sucht und untersucht noch genauer und bewußter. Ihre andere Welt sieht noch ausgeprägter anders aus, und für die Behörden wird die Anwesenheit des Bedrohlichen, Aggressiven, Unverständlichen auf den Straßen noch unumgänglicher. Ihre Abschaffung wird noch nötiger.

Natürlich kann man kaum annehmen, daß sich dieser Schritt für die Verantwortlichen bewußt als kulturpolitische Repressionsmaßnahme darstellt. Natürlich vertrauen sie den Formeln ihrer Ratio, berufen sie sich auf Beschwerden von der Bevölkerung, die sich von Dreck belästigt fühlt, und von Stadtreinigungsangestellten, die argumentieren, die Suchenden würden die Müllhaufen zu sehr auseinandertragen und so den Abtransport erschweren (dabei ignorierend, daß die Sperrmüllkunden im Schnitt gut die Hälfte der Müllmenge mitnehmen). Dennoch ist ebenso klar, daß hier ein anti-subversives Wollen seinen kleinen Sieg davongetragen hat, über welchen Dienstweg auch immer.

Konkret 10/83, S. 80

Hartmut Schulze

Friedenskekse

»Friede, Freude, Eierkuchen, - die Bewegung muß aufpassen, daß aus dieser Diffamierung nicht eine realistische Zustandsbeschreibung wird. KONKRET-Redakteur Hartmut Schulze war beim Hamburger Festival der »Künstler für den Frieden« und stellt seinen Bericht zur Diskussion

Da drückt mir jemand eine Wunderkerze in die Hand. Ich kann gar nicht anders als festhalten; sie brennt schon. (Wo haben die um diese Jahreszeit bloß den ganzen Weihnachtsschmuck her? Tausende von bengalischen Stengeln wurden im Stadion verteilt.) Und alle singen together: Peace on Earth. Nur bei mir wollen sich keine erhabenen Gefühle regen, ich komme mir vor wie ein Protestant beim Hochamt im Petersdom, wie der deutsche Tourist im englischen Kino, der nach Schluß der Vorführung die Nationalhymne nicht mitsingt.

Die kollektive Wonne der Friedenssehnsucht packt mich nicht, aber auf Sturm und Regen, die an diesem Abend zum ersten Mal seit Wochen über die Stadt fegen, kann ich das nicht so einfach abschieben. Schließlich macht das Wetter den anderen knapp 20.000 Besuchern auf dem Hamburger Heiligengeistfeld ja auch nichts aus - wofür sie ein Indianer, der es wie alle Indianer ganz erheblich mit Mother Earth hat, von der Bühne herab als die »wirklichen Helden des Tages« lobt.

Aber: darf ich überhaupt in der ersten Person schreiben? Es soll doch hier vor allem ein Wir-Gefühl geschaffen werden, so stark, daß selbst die zu riesigen Transparenten vergrößerten KONKRET-Aufkleber auf Bitten der Veranstalter variiert wurden: statt »Ich tu was« nun »Wir tun was«. Was auch immer. Ein »Ich« wird da nur den »Promis« zugestanden und nicht den »Namenlosen« (wie das ein Tagesschau-Reporter aus Mutlangen in Abgrenzung zu den Böll und Albertz nannte).

Wer kein Prominenter ist, wird - wenn die Regie es so will - zu einem gemacht: »Der international bekannte Hamburger Plakatkünstler Holger Matthies« habe das Festivalplakat entworfen, heißt es. Holger who? Wer wirklich international bekannt ist, braucht - wozu auch - wie Harry Belafonte gar nicht mehr über den Stadionlautsprecher angesagt zu werden. Dagegen Bibi Andersson, die weltberühmte Bergmann-Schauspielerin, die uns aus so vielen Filmen unvergessen ist ... - bei PAND International, der neuen Dachorganisation nationaler Künstler-Initiativen für nukleare Abrüstung, ist Bibi Andersson Vize-Präsidentin. »Ist das nicht ein schöner Titel«, fragt sie. »Jeder sollte Präsident sein, Präsident seines eigenen Kopfes.« Ich darf also weiter »ich« schreiben.

Dabei möchte ich allerdings vermeiden, daß meine Wunderkerzen-Probleme mit individueller Gefühlskälte erklärt werden (selbst wenn ich gestehe, daß nicht einmal die Aktion »Künstler gegen Tierversuche« mein Herz erwärmen kann, deren Plakate auf Hamburger Anschlagflächen teilweise unmittelbar neben denen der »Künstler für den Frieden« klebten).

Im vergangenen Jahr bin ich auch noch sehr gern nach Bochum gefahren, zu einem Friedensfest im Ruhrlandstadion, wo 200.000 Leute mitfeierten. Damals wurden keine Wunderkerzen ausgegeben, damals holte ich mir heiße Finger am Feuerzeug. Damals hatte ich spätestens beim Auftritt der griechischen Sängerin Maria Farantouri die Gymnastikübungen vergessen, zu denen sich das Stadion ein paar Stunden zuvor noch von den »bots« hatte animieren lassen: »Alle, die ein besseres Leben wollen, sollen aufstehn!«

Und doch holt einen die holländische Weichspüler-Band immer wieder ein. Das weiche Wasser, das den Stein bricht, hat mittlerweile in der Kultur der Friedensbewegung den gleichen Rang wie das larmoyante »We shall overcome«, das die amerikanischen Bürgerrechtler in ihre permanenten Niederlagen begleitet. Leider haben beide Hymnen eben auch dieselbe politische Aussagekraft. Jedenfalls ist Gittes »Ich will alles, und das sofort« vergleichsweise ein Höhepunkt an künstlerischem Agitprop.

Nach welchen Kriterien die »Künstler für den Frieden« und ihre Darbietungen ausgewählt werden, warum wann wo welches Konzert stattfindet und in welchem Rahmen: das sind Fragen, die sich jeweils nur nach einer Veranstaltung durch die Veranstaltung selbst beantworten lassen. Denn diese Initiative ist kein Verein, hat keine festen Strukturen. Vorbereitet werden Ihre Veranstaltungen von einem wechselnden Personenkreis, der jeweils von der Hamburger Musikerin Irmgard Schleier eingeladen wird.

Von der Basis der Friedensinitiativen, die die Werbung und den Kartenverkauf übernimmt, sind diese Aktivitäten nicht zu kontrollieren. Auch nicht der Fluß der Gelder für solche Mammutveranstaltungen. Für die beiden Tage im St.Pauli-Stadion wurden zum Beispiel 750.000 Mark Kosten veranschlagt (wobei die rund 200 Künstler allesamt ohne Gage aufgetreten sind). Weil die Hamburger Kulturbehörde eine Ausfallbürgschaft über eben diese Summe übernommen hatte, konnte das finanzielle Risiko für Irmgard Schleier, die nach eigenen Angaben keiner Partei angehört, gering gehalten werden. Aber was passiert mit dem Überschuß? Allein durch den Kartenverkauf dürfte der, wenn die Angaben über die Besucherzahlen stimmen, bei über einer Viertelmillion gelegen haben. Dazu kommen die Nebeneinnahmen zum Beispiel aus Standvermietung und dem Vertrieb von Buttons.

Aufgeschnappt: »Willst Du einen Button«? (Natürlich bunte, stilisierte Friedenstauben) - »Brauch ich nicht.« - »Was Du brauchst, das weißt Du doch gar nicht.« - »Aber der gefällt mir nicht.« - »Mir auch nicht, ist ätzend. Hauptsache, die Kasse stimmt.«

Die stimmte, aber für wen? Die Veranstalter, neben den »Künstlern für den Frieden« waren das der Initiativenzusammenschluß »Hamburger Forum« und der Landesjugendring, kündigten an, etwaige Überschüsse würden unter den beteiligten lokalen Friedensgruppen aufgeteilt. PAND International schrieb aus New York, die Veranstaltung würde »die augenblicklich leeren Kassen« der Dachorganisation »anreichern«. Das ist doch alles andere als verwerflich, warum sagt man es nicht den Helfern und Verkäufern im Stadion?

Mehr Basiseinfluß würde allerdings kaum die Programmgestaltung solcher Friedensfeste verändern. Dem Publikum gefällts, und es klatscht im Takt. Die Friedensbewegung hat die Künstler, die sie verdient. Klatschmarsch für den Springer-Kolumnisten Hans Scheibner: »Und liegt dann Europa im Eimer, das macht doch nichts, das merkt doch keiner. Kuckuck, kuckuck ... « Frenetischer Jubel für Joan Baez, die gegen die »Hitlers von links und die Hitlers von rechts« ist. Und dazwischen die Hamburger Sängerin Angie Domday mit einem »Gedicht gegen Beton und festgefahrene Strukturen«. Erkennungsapplaus für den »Gefangenenchor« aus »Nabucco«.

Überhaupt hatten diese beiden Festivaltage durchaus Wunschkonzert -Charakter. Biermann sang sein »Soldat, Soldat« (diesmal allerdings so, wie er es meint: »Soldaten *sind* sich alle gleich«, statt »sehn sich alle gleich«) und Lindenberg seinen »Sonderzug nach Pankow«. Auftritt Konstantin Wecker (»Unser internationaler Gast aus dem Freistaat Bayern«, hohoho,) - hinter mir ein leise geäußerter Wunsch: »Hoffentlich bringt er sein Lied vom Willi.« Nein, brachte er nicht. Wecker sang »Genug ist nicht genug«. Doch.

Denn das alles wurde mit einer beklagenswerten Mittelmäßigkeit vorgetragen, die weder mit den äußeren Widrigkeiten des Stadions samt teilweise versagender Lautsprechertechnik noch mit dem Engagement für die gute Sache entschuldbar ist. Nur Bibi Andersson, die weltberühmte Bergmann-Schauspielerin, war ehrlich zu sich und ihrem Publikum: »Ich kann kein Deutsch, und ich kann nicht singen. Beides will ich jetzt versuchen.« Dann erzählte sie zum Piano, daß in jeder Sekunde auf der Welt 60.000 Mark für die Rüstung ausgegeben werden und daß eine Rakete bis Moskau sechs Minuten braucht. Bei Peter Schütt, der im Parteivorstand der DKP die Kulturschaffenden vertritt, fliegt eine Pershing bis Wolgograd oder Kiew in nur drei Minuten. Das erinnert ihn an eine Peepshow: »Erektionszeit zum atomaren Weltuntergang«. Mit solchen Gedichten ist Peter Schütt, schreibt Peter Schütt in einer Presseerklärung, »zu einem der meistzitierten Lyriker der Friedensbewegung geworden ... Dank der Friedensbewegung finden Peter Schütts Gedichte derzeit weltweite Resonanz.« Deshalb liest er laut Regieplan von 19.06 bis 19.10 Uhr zum Beispiel über die Aerobic: »Als Alternative empfehle ich die Friedensbewegung. Sie hält den Körper in Schwung und bringt noch ganz andere zum Schwitzen.« Ober über's Wetter: »Wer heute Angst hat, im Regen zu stehen, dem wird morgen der atomare Fall-out ins Wohnzimmer regnen.« Das ganze noch im Zeilenbruch.

Dabei wollte man auf diesem Friedensfest doch gerade auf Politplattheiten möglichst verzichten, die künstlerischen Leistungen, so der Anspruch, sollten selbst das politische Engagement ausdrücken. Denn erst vier Wochen vorher, zum Hiroshima-Tag am 6. August zeigten Westberliner Friedensinitiativen mit einem Freiluftkonzert vor dem Reichstag, wie schnell derartige Veranstaltungen auf das politische Niveau des Hamburger Fischmarkts herunterkommen können. Neben den unvermeidlichen »bots« redete da ein Landesjugendpfarrer wie halt Landesjugendpfarrer so reden, und in den Beifall für einen Vertreter der Stadt Hiroshima, der über die Schrecken des atomaren Massenmords sprach, platzte die Frauenband »Insisters« mit ihrem Soundcheck: »Hallo! Ja! Ihr seid ja gut drauf!« Derweil wurden an Dutzenden von Ständen Grünpflanzen und Lakritz, Schuhe und Wolle verkauft, ein Kudamm-Friseur färbte und schnitt den Friedensfreunden ambulant die Haare, und über allem lag eine blaue Dunstglocke von verbranntem Kebab-Fett.

Nein, im Hamburger St. Pauli-Stadion sollte nicht nur bewiesen werden, daß Künstler aus Ost und West, aus allen Kontinenten auf einer Bühne nett zueinander sein können, sondern vor allem, daß der Kampf um atomare Abrüstung von diesen vielen netten, sympathischen, ernsthaft engagierten Künstlern mit ihren ureigenen Mitteln sichtbar befördert werden kann. Daß sie eben mehr sind als bloß die »Pausenclowns« zwischen den Genfer Verhandlungsrunden (Wolfgang Pohrt).

Der Beweis ist nicht gelungen, und nichts illustriert das augenfälliger als die Darbietung ausgerechnet des »Einheitsfrontliedes«: verpatzte Einsätze, schräge Töne, eine platte Anti-Raketen-»Aktualisierung« des Textes, ein mehrsprachiger Katzenjammer.

Geplant war eine Art »moralische Aufrüstung« für die Abrüstung. Wenn sogar das »Zeit«-Feuilleton von einem »beeindruckenden Friedensfest« sprach, ist das Ziel zumindest nicht ganz verfehlt. Und so manch Hamburger Calypso-Freund mag sich auch gedacht haben: eh ich für den Belafonte im Konzert 60 Mark ausgebe, zahle ich lieber 20 für den

Stadion-Eintritt, und ein bißchen Frieden kann ja nicht schaden. Aber da gab es kein »Island in the Sun«, sondern eine Rede:

»Als Hüter der Wahrheit und Opfer der Zeit sagen wir der Welt ... Wir sind an einem Punkt angelangt, der das Ende der Zivilisation bedeuten kann. Wir sind an einem Punkt, wo die Technik die Menschheit überholt hat ... Die Götzen des Krieges befehlen uns, vor dem Altar des Hasses zu knien. Die Wogen der Rache haben noch immer das Meer der Geschichte aufgewühlt ... « Ist das die Langfassung von »Codo« (Es regiert die Welt der Herr des Hasses«)? Nein, es ist Harry B., der da im Sauseschritt durch die internationale Friedensbewegung düst und die Liebe mitbringt: »Laßt die Welt wissen, daß die Hoffnung, die Liebe, die Solidarität, die uns heute hier in Hamburg zusammengebracht hat, die Menschen überall in der Welt zusammengebracht hat, die Menschen überall in der Welt zusammenbringen kann und zusammenbringen muß.« Darum hat er anderntags bei einem Rathausempfang dem Bürgermeister Dohnanyi auch ein Küßchen gegeben.

Bei seinen Aktivitäten, einen Bürgerschaftsbeschluß zu verhindern,- der Hamburg zur atomwaffenfreien Zone erklärt, haben die Künstler den Senats-Chef nicht weiter gestört. Ja, seine Kultursenatorin durfte sogar die Schirmherrschaft über die Hamburger Veranstaltung übernehmen. Diese Künstler für den Frieden sind kaum lästiger als Bölls Weihnachtsengel, der auch das ganze Jahr über »Frieden ... Frieden« flüstert.

Nur einmal gab es im Stadion einen Mißklang. Da wurde ein Brecht-Vers zitiert: » Ihr Frieden und Krieg sind wie Wind und Sturm«. Aber das ging zu 25.000 Ohren rein und zu 25.000 Ohren gleich wieder raus.

Bei soviel Megawatt ist ein Nachdenken über diese Sätze ebenso unmöglich wie eine Diskussion mit der Schirmherrin über deren Bekenntnis zur NATO (Helga Schuchardt: »Ich glaube, daß Bündnisse in sich friedenssichernd sind«). Und wenn Biermann sagt, die Sowjetunion sei ebenso friedliebend wie sie sozialistisch ist, dann buhen und pfeifen die DKP-Anhänger, nur weil Biermanns Freunde klatschen, und müßten ihm doch eigentlich beipflichten.

Knapp 60.000 Zuschauer ließen sich an diesen beiden Tagen begeistern - oder eben nur volldröhnen. Bestenfalls bekamen sie noch etwas Nachhilfeunterricht in »humanistischem Kulturerbe«, etwa wenn Evelyn Hamann »S' ist Krieg, und ich begehre, nicht schuld daran zu sein« von Matthias Claudius, wenn Ida Ehre »Sagt Nein!« von Wolfgang Borchert rezitierte. Aber Axel Eggebrecht, der in seinem kurzen Beitrag auf weniger Pop und mehr politische Diskussion drängen wollte, konnte wegen Krankheit nicht teilnehmen - und wäre wohl kaum gegen die »Rockröhre« Gianna Nannini angekommen.

Diese Bewegung, jedenfalls ihre Kulturabteilung, ist so bewußtlos, daß sie nicht mal - wie PAND International - die Forderung nach nuklearer Abrüstung im Namen führen will. Die »Künstler für den Frieden« könnten, wenn sie noch ein bißchen üben, auch auf einem Bonner Kanzlerfest aufspielen (Peter Schütt muß ja nicht unbedingt mitkommen, von wegen Verfassungsschutzbericht).

Denn mit Stadion-Spektakeln dürfte es jetzt erstmal vorbei sein. Das Fußballrund auf dem Heiligengeistfeld war trotz intensiver Werbe- und erfolgreicher Pressearbeit nicht ausverkauft. Im ursprünglich vorgesehenen Volksparkstadion hatte die Veranstaltung vor halbleeren Rängen stattgefunden, was glücklicherweise durch ein Heimspiel des HSV verhindert wurde.

Ist es eine erste Konsequenz daraus, wenn sich die Hamburger Friedensinitiativen jetzt mehr der Eßkultur zuwenden? In einem »Aktionskalender« des »Hamburger Forums« steht unter dem 19. Oktober: »Volksfürsorge: Mittags in der Kantine zum Nachtisch Friedenskekse.«

Konkret 10/83, S. 83

Harry Belafonte

Der Kommunismus sitzt zu Gericht

Harry Belafonte hat beim Hamburger Friedensfest einen Text vorgetragen, der nichts mehr mit seinem ursprünglich geplanten gemein hatte. Der Grund der Änderung war der Abschuß des koreanischen Jumbos. KONKRET dokumentiert die Rede, die leider nicht gehalten wurde.

Heute vor 20 Jahren sprach Martin Luther King jr., *der* Verfechter des Friedens, von einem Traum. Damals glaubten Millionen von Amerikanern und viele Millionen Menschen auf der Welt, daß es Grund zu neuer Hoffnung für die gesamte Menschheit gebe. Die Welt spürte eine neue Art von Zuversicht. Gleichwohl gibt es Leute, die ein Interesse daran haben, daß unsere Anwesenheit hier und heute in einem ganz speziellen Licht gesehen wird: entweder als Ergebnis einer riesigen kommunistischen Verschwörung oder als die Auswüchse einer kleinen, verbitterten Gruppe von Aufrührern, die ständig unzufrieden im Kielwasser des angeblich großartigen Fortschritts mitschwimmen, einem Fortschritt, der durch die große Mehrheit des Volkes dieser Nation erreicht worden ist.

Diese Unterstellungen können an Unwahrheit durch nichts übertroffen werden. Unsere Anwesenheit hier und heute ist absolut nicht das Ergebnis einer kommunistischen Verschwörung. Unsere Sorge erfordert keine Verschwörung. Wir sind auch keine Aufrührer. Wir, die wir heute hier stehen - 20 Jahre danach -, sind nur ein Bruchteil der Millionen und Abermillionen von Menschen auf der ganzen Welt, die erlebt haben, wie der große Traum von Zuversicht und Umkehr ins Zwielicht geraten ist. Nach 20 Jahren leben viele Menschen dieser Nation in großer Verzweiflung, sind in ihrem Alltag mißtrauischer, ängstlicher und problembeladener als je zuvor in diesem Jahrhundert.

Für die Schwarzen unserer Nation besteht dieser Zustand seit mehr als 20 Jahren, er dauert bereits 364 Jahre. Die Rassendiskriminierung ist bis heute unsere schwerste Last und Amerikas Schande. Aber sie ist nicht das einzige Unrecht hier. Unrecht geschieht auf vielen Gebieten. Es wuchert. Es breitet sich aus wie eine Seuche.

Fragt die gebürtigen Amerikaner

Fragt die Einwanderer aus Mexiko und Lateinamerika

Fragt die Frauen

Fragt die Millionen von Arbeitslosen und die Hungrigen und die Armen

Fragt die Homosexuellen

unsere Lehrer und Beamten

Fragt unsere Studenten

Fragt die 50.000 Toten, die in Vietnam starben

Fragt die Menschen in unseren Gefängnissen

Fragt die Akten von CIA und FBI, die gefüllt sind mit Informationen, die mit verfassungswidrigen Methoden beschafft wurden, Methoden, die der Präsident dieser Nation genehmigt hat.

Dank Ronald Reagan ist unser Land geschickt und schnell dahingehend manipuliert worden, daß es sich an Unrecht gewöhnte. Und hinter dieser Gewöhnung steckt die Forderung, daß wir uns preisgeben sollen an Gier, Habsucht, Betrug und Überheblichkeit. Wir sollen hinnehmen, daß der Kurs, auf den diese Nation gesteuert wird, einzig und allein im Interesse der Menschlichkeit liegt. Diese Absicht ist unannehmbar. Der Präsident ist unannehmbar. Man hat nicht nur die Menschen dieses Landes irregeführt, sondern alle Menschen auf der Erde. Wir sollen zusehen, wie unsere einzige Chance auf Entwicklung, Wachstum und Erfüllung unserer rechtmäßigen Bestimmung im Universum täglich und stündlich immer mehr dahinschwindet und bald nur noch ein großes Nichts übrigbleibt. Und Schuld daran - das möchte unser Präsident uns weismachen - trägt der Kommunismus. -

Reagan will uns weismachen, daß der Feind der Bauern von El Salvador der Kommunismus ist, aber in keinem Fall Armut oder Krankheit oder gar amerikanische Vermögensinteressen. -

Er will uns weismachen, daß der Feind Nicaraguas der Kommunismus ist und nicht Amerika mit seinem massiven Versuch - unterstützt von Somozas Söldnern -, das Volk dort zu entzweien und hinzumetzeln. Der Hauptfeind der dortigen Hemisphäre ist weder Hunger noch Unterdrückung, noch Analphabetentum, noch Armut, noch Unterernährung, noch Militärdiktaturen, sondern die Zehntausenden Freiheitskämpfer, die im Streben nach Menschenwürde zu den Waffen griffen - und natürlich Kuba und der Kommunismus. -

Er will uns weismachen, daß der Feind Afrikas der Kommunismus ist, nicht aber Tyrannen wie der Kongolese Mobutu, den bewirtet er schließlich im Weißen Haus. Der Feind des Volkes ist auch, nicht die kleine, mächtige weiße Elite, die -

leidenschaftlich unterstützt von den Geschäftsinteressen unseres Landes - das Leid und die Entmenschlichung der 25 Millionen Südafrikaner zu verantworten hat. Es ist der Kommunismus.

Diese grobe Verzerrung entstellt Amerika, und wir sind dabei, in einen Abgrund zu stürzen, den diese absterbende Gattung geschaffen hat.

Der Kommunismus sitzt über uns zu Gericht, aber nicht, weil wir eine Demokratie haben, sondern weil wir unfähig sind, Demokratie zustande zu bringen. Und das kann auch nicht gelingen, weil die Ronald Reagans von Amerika - diese wenigen Mächtigen - es nicht zulassen.

Aber wir können Amerika nicht so zugrunde gehen lassen. Es gehört uns. Und es könnte sein, wie wir es uns wünschen. Wir können auch die Welt nicht zugrunde gehen lassen. Wir sind ein Teil davon und müssen alles daransetzen, daß sie so gestaltet wird, wie wir, die wir heute hier versammelt sind, sie für richtig halten. Es geht gar nicht anders. Und es wird nicht leicht sein.

Dr. King hat einmal gesagt: »Wer bei einem Wettlauf zu spät startet, muß entweder ewig hinten bleiben, oder schneller als der erste laufen.«

Natürlich ist es schwer, einen Wettlauf zu machen, wenn man Hunger hat.

Es ist schwer, wenn die Straßenschilder dich im Kreise führen.

Es ist schwer, wenn du das Rennen für jemand anderen machst und nicht einmal weißt, wo die Ziellinie liegt.

Aber trotzdem, es gibt Zeiten, in denen es erforderlich ist, immer wieder das Unmögliche zu versuchen.

Wir müssen diesen schweren, mühsamen und manchmal verwirrenden Weg gehen in der Gewißheit, daß wir mit großer Willenskraft unser Minus in ein Plus verwandeln werden. Wir müssen offensiv gegen jedes Unrecht und die täglichen Widrigkeiten kämpfen. Wir befinden uns in einem ernsten Dilemma; unsere Probleme sind groß, aber genauso groß ist auch die Macht eines schöpferischen Willens und seine Fähigkeit, uns den Mut zum Weitermachen zu verleihen.

Es gibt keinen anderen Weg. Wir müssen diesen schöpferischen Willen nutzen. Wir müssen unsere Macht nutzen. Die Menschen dieser Nation dürfen sich nicht von zersetzender Bitterkeit und Schwäche vernichten lassen. Die Menschen dieses Landes müssen sich auflehnen, sie müssen Ronald Reagan und seinen Leuten klarmachen:

Amerika will keinen Krieg.

Amerika will keine MX-Raketen.

Amerika will keinen Diktator.

Amerika will keinen Polizeistaat.

Wir müssen Ronald Reagan klarmachen, daß wir mit anderen Nationen und dem Universum im Einklang leben wollen.

Wir müssen von heute an viel tun, uns organisieren, wir müssen von uns überzeugt sein. Wir müssen an unsere Macht glauben. Wir müssen auf unsere Nation vertrauen. Wir müssen 1984 zur Wahl gehen und Kapitän Reagan und seiner Mannschaft klarmachen, daß sich das Schiff in Aufruhr befindet.

All jene, die man ohnmächtig haben will, verlassen jetzt das Schiff und sagen: »Mit dieser Reise hat es nun ein Ende. Sie hat schon zu lange gedauert. Wir wollen das Schiff auf einen anderen Kurs bringen. Es kommt ins Trockendock, und da kann es bleiben.« Wir müssen den Unterdrückern dieser Nation ein für alle mal sagen: Jetzt reicht es uns!!!

Übersetzung: Liane Uecker

Konkret 10/83, S. 86

Hartmut Schulze

Mit falschen Filmen gegen Babylon

Die Filmfestspiele von Venedig wurden zum gemütlichen Treffen etablierter Kinorebellen. Die größte Enttäuschung unter den deutschen Beiträgen brachte Andrzej Wajdas »Eine Liebe in Deutschland« während Alexander Kluge mit seiner Arbeit über »Die Macht der Gefühle« sein Publikum immer noch verwirren kam. Beide Filme kommen jetzt in die bundesdeutschen Kinos

Es leben die Autoren, nieder mit den Starlets!« Mit dieser Parole hat Gian Luigi Rondi, Kritiker der konservativen Tageszeitung »Il Tempo«, die Leitung der Sektion Film der Biennale von Venedig übernommen, Wieder übernommen, denn Rondi war schon Anfang der 70er Jahre einmal Chef der Festspiele, bis ihn Jungfilmer wie Godard und Bertolucci davonjagten. In diesem Jahr nun saß Bertolucci der Jury vor, und Godard erhielt den Goldenen Löwen.

Venedig 1983 sollte also ein Festival des Autorenfilms werden, wobei niemand so recht weiß, was das eigentlich ist. Unruhe, Verstörungen oder gar Provokationen jedenfalls gab es nicht. Die anwesenden Regisseure - ihr Durchschnittsalter liegt bei Mitte 50 - konnten sich bei einer Schau-Diskussion, an der rund dreißig von ihnen teilnahmen, schnell auf den gemeinsamen altbösen Feind einigen: auf die Industrien Hollywoods und ihr europäisches »Babylon« (Alexander Kluge), die Filmfestspiele von Cannes. Von dort kam auch kein Widerspruch, zu sehr sind die amerikanischen Medienmultis damit beschäftigt, ihre Statistiken vom jeweils größten Kinorekord der Geschichte auf den neuesten Stand zu bringen. Und ihr europäischer Konkurrent (und heimlicher Geschäftspartner!), der französische Filmkonzern Gaumont, bietet der angejahrten Kinorevolte der Autoren eine gemütliche Heimstatt. Er gestaltete das Festival auf dem Lido zu einem Familientreffen, das Markenzeichen der »XL Mostra Internazionale del Cinema« war nicht das offizielle Löwen-Signet, sondern die Rosette der Pariser Gaumont.

So gab es natürlich in Venedig neben Autoren auch wohlgelittene Stars. Nur aus Hollywood sollten sie nicht kommen, sondern auf Gaumont-Ticket anreisen. Eine der begehrtesten unter ihnen, Hanna Schygulla. Ständig von einem Rattenschwanz von Reportern gefolgt, versuchte sie sich weiter in der Rolle, die einfach nicht zu ihr passen will, in der des internationalen Super-Stars. Hanna Schygulla war ein deutscher Fassbinder-Star. Der Regisseur Fassbinder ist tot; wer ist der Regisseur Super?

Hanna (bei ihren Fans in Frankreich und Italien hat sie keinen Nachnamen) kam auf den Lido, um Schwerarbeit zu leisten: Sie wollte retten, was nicht zu retten ist, den Erfolg ihres neuesten Films »Eine Liebe in Deutschland« von Andrzej Wajda, Die Uraufführung geriet zum Desaster. Vielleicht weiß Hanna Schygulla, daß sie da die Hauptrolle in einem schlechten Film übernommen hatte, aber sie kann (darf?) es sich nicht eingestehen. Warum muß denn auch noch drüber geschrieben werden, wenn das doch eine flache Arbeit sei, fragt sie. Ganz einfach: weil das Thema so verdammt wichtig ist.

Es gibt viele Filme über diese Zeit. Aber ich weiß nicht, ob man das alles erzählen, erklären kann.« Um solche Sätze an den Schluß eines Films zu stellen, braucht es schon ein polnisches Selbstbewußtsein. Mit »Eine Liebe in Deutschland« haben Andrzej Wajda und sein Team bewiesen, daß man »das alles« jedenfalls nicht so erzählen, erklären kann.

»Das alles« ist zunächst die Geschichte der Gemüsehändlerin Pauline Kropp (Hanna Schygulla), die sich 1941 in Brombach, einem Dorf nahe der -schweizerischen Grenze, in den polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter Stanislaw Zasada (Piotr Lysak) verliebt. Mißgünstige Nachbarn denunzieren die verbotene Liebe, Stani wird gehenkt, Pauline als »Polenliebchen« in ein KZ eingeliefert.

Rolf Hochhuth hat diesen authentischen »Fall« und seine Recherchen darüber vor fünf Jahren in seiner Erzählung »Eine Liebe in Deutschland« (Rowohlt) geschildert. Eine Mitarbeit des Schriftstellers lehnte Wajda jedoch ab, er ließ stattdessen das Drehbuch von Agnieska Holland schreiben, einer jungen Polin, die kein Deutsch spricht.

Daß ihr wohl deshalb die Dialoge so papieren gerieten, daß die Leinwand staubt, ist noch der geringste Vorwurf, der diesem Film zu machen ist. Der gravierendste: Wajdas Arbeit ist unglaubwürdig von der ersten bis zur letzten Sequenz. Der .Film beginnt mit der Bahn- und Fahrradtour eines Vaters, der zusammen mit seinem Sohn in Brombach eine dunkle Geschichte aus seiner Kindheit aufdecken will. Dabei zitiert er Johann Peter Hebel. Und er endet mit dem heimlichen Hauptdarsteller aller neueren Wajda-Filme, mit Lech Walesa.

Dazwischen ein zweistündiges Klischeebild von Nazi-Deutschland in den »Farben der Dämmerung, in rot, gelb, orange« (Wajda). Zwar verzichtet der Film auf faschistische Paraden, auf das ganze Propaganda-Gepränge, das den meisten Deutschen Augen, Ohren und Hirn verstopft und ihre Herzen so voll gemacht hat - nur: das hat es gegeben. Was es mit Sicherheit nicht gab - und um das zu erkennen, muß man damals nicht gelebt haben -, waren zum Beispiel Lutscher mit Hakenkreuz. Die Swastika zum Weglecken.

Selbst wenn, wie es Hochhuth gefordert haben soll, diese Eingangsszene mit dem Nazi-Lolli für die endgültigen Kinofassung noch herausgeschnitten würde, bliebe der Film eine Häufung von Stereotypen und Zerrbildern, gegen die auch

Hanna Schygulla und Armin Müller-Stahl nicht anspielen konnten. Das Drehbuch sei »ein Unrecht an den Darstellern«, meint Hochhuth. Vor allem aber ist es ein Unrecht an seiner dokumentarisch-literarischen Vorlage.

Man mag die mißratene Inszenierung dieses Films noch mit der Tatsache erklären, daß Wajda im Ausland gedreht hat und Schauspieler aus Polen - anders als bei seinem »Danton« - nicht mitwirken durften (die polnischen Szenen mit Piotr Lysak als Stani und Daniel Olbrychski als dessen Mitgefangener sind Wajda am überzeugendsten gelungen). Aber wenn er mit dem Ausspruch auftritt, die Deutschen mit unbekannten »Aspekten der hitlerischen Maschinerie« zu »überraschen« und die »Stimmungen und Angstgefühle der damaligen Zeit wieder hervorzurufen«, dann muß sich Wajda nicht nur an Hochhuths Erzählung messen lassen.

Eine Liebe in Deutschland: In einer frischgepflegten dörflichen Nazi-Idylle (der Wagen der SS-Größen sieht auch nach Überlandfahrten aus wie just dem Automuseum entliehen) reduziert Wajda das Thema Glanz und Elend des Dritten Reiches auf eine verkitschte Lovestory. Die Schmusetöne von Michel Legrands Filmmusik liegen über eine bukolischen Landschaft. Dieser verlogene Liebreiz hätte, und das war ja auch die offenkundige Absicht, die Bedrohung des individuellen Glücks noch unheimlicher werden lassen können. Aber da bleibt nur Klebrigkeit, weil weder der Terror des Regimes und die Schuld seiner Mitläufer, noch die Tragödie der verbotenen Liebe glaubhaft dargestellt werden.

Der Zwangsarbeiter Stani (dem jüngeren Zuschauer hätte Wajda ruhig erklären können, wieso sich ein Kriegsgefangener in einem deutschen Dorf frei bewegen konnte) hilft Pauline, deren Mann an der Front ist, beim Gemüseschleppen. Dem Polen war es verboten, mit Deutschen an einem Tisch zu sitzen; aber bevor sich auch nur ein Gespräch zwischen beiden entwickelt hat, liegen Stani und Pauline schon im Gras, und das Pferd wiehert dazu. Nicht nur Paulines Sohn, der mit dem Lolli, schaut zu, wenn die beiden im Laden Zärtlichkeiten austauschen: durchs Schaufenster bekommt der Dorfklatsch alle Nahrung. Solch Leichtsinn ist nicht mit einer »amour fou« zu erklären, die jede Vorsicht fahren läßt. Da kann man nur noch vermuten, daß die faschistische Volksgemeinschaft die bestialischen Gesetze im allgemeinen wohl doch nicht so ernst genommen hat. Und tatsächlich ist es dann auch nur der Neid auf den Gemüseladen, der eine Nachbarin zur Denunziation treibt.

In einem Interview über seinen Film zitiert Wajda den Schriftsteller Renato Castellani: »Wenn man liebt, ist die Welt immer gegen die Liebenden.« Ganz gleich, wann und wo: *die Welt* und *immer.* Warum dann Nazi-Deutschland? Wegen des interessanten Dekors?

Die Ohnmacht der Gefühle gegenüber einer Herrschaft, die sich in Deutschland aus ganz bestimmten Gründen offen terroristisch zeigt, und zwar in einer historischen Situation, die bis heute nur scheinbar überwunden wurde - das ist das Thema dieser Geschichte. Und Wajda macht daraus ein »cherchez la femme!« Es sind die Frauen im Dorf, die diese Liebe der SS ausliefern: Paulines Freundin, die ihr das Glück mißgönnt, die habgierige Nachbarin, die hartherzige Frau des Kohlenhändlers Melchior, dem Stanislaw zugeteilt wurde, und schließlich Pauline selbst.

Die Männer dagegen sind gutmütig wie der alte Melchior und haben sich in Restgewissen bewahrt wie der Amtsarzt Dr. Borg (vom bärtigen Bernhard Wicki gespielt - eine der vielen Peinlichkeiten der Ausstattung: Vollbärte waren verpönt) und vor allem der SS-Untersturmführer Mayer. Obwohl Armin Müller-Stahl versucht, die Karikatur dieser Rolle zu mildern, bleibt unklar, wieso der SS-Mann dem Polen das Leben und Pauline vor dem KZ retten will.

Mayer möchte diese Liebe gegenüber seinen Vorgesetzten leugnen, er arrangiert eine Gegenüberstellung der beiden in seinem Büro. In dieser frei erfundenen Szene fällt Pauline ihrem Geliebten um den Hals und liefert ihn so endgültig an den Strick.

Sie mag ja - unglaubwürdig genug - zu Beginn so selbstvergessen gewesen sein, daß sie jedwede Angst vorm Entdecktwerden verdrängte. Immerhin wußten ja beide, daß dem Polen durch diese Liebe die Todesstrafe droht. Der Liebesbeweis im SS-Büro ist nun allerdings nicht anders zu nennen als eine Denunziation der heute noch lebenden Pauline. Diese Filmszene ist weder durch die Logik der Handlung zu rechtfertigen, noch gar durch die tatsächlichen Begebenheiten.

Auch in Wajdas Film gibt es die Rolle der Pauline von 1983. Sie sieht einen Fernsehbericht über den Papst in Polen, auf dem Bildschirm jubelnde Solidarnosc-Anhänger. Nur ungern läßt sie sich dabei von Vater und Sohn (die mit dem Hebel-Gedicht) stören. Der Vater (gespielt von Otto Sander) war mal, so stellt sich im Lauf der Rahmenhandlung heraus, der Junge mit dem Hakenkreuz-Lutscher. Da kommt es also vor dem segnenden Wojtyla zu einer Begegnung zwischen Mutter, Sohn und Enkel.

Dieser Film »Eine Liebe in Deutschland« treibt Schindluder mit der Geschichte, die der Widerstandskämpfer Wajda doch selbst erlitten hat. Schindluder mit der Geschichte und mit der Geschichte einer Frau.

Es gibt in der Tat »viele Filme über diese Zeit«. Dazu gehörte in Venedig auch »Der Aufenthalt«, der DDR-Film nach einem Roman von Hermann Kant, der bei den diesjährigen Berliner Filmfestspielen nicht aufgeführt werden durfte. Es geht

um einen Deutschen, der 1945 in polnische Kriegsgefangenschaft gerät, und Regisseur Frank Beyer zeigt, da man »daß alles durchaus erzählen, erklären kann«.

Und noch einen Film gab es auf dem Festival zu sehen, der das Verhältnis zu Polen in der Nazi-Ära thematisiert: »Glut« von dem jüngeren Schweizer Filmemacher Thomas Körfer. Die Handlung spielt etwa in derselben Gegend wie »Eine Liebe in Deutschland«, allerdings auf dem Boden der »neutralen« Schweiz, und er spielt etwa zur selben Zeit. Wieder werden Zeitblenden eingesetzt, die vierzig Jahre überspringen, in denen sich nicht allzuviel geändert hat.

Zwei Darsteller aus Wajdas Film sind auch in »Glut« zu sehen, Sigfrit Steiner und der ehemalige DDR-Schauspieler Armin Müller-Stahl. Er spielt eine Doppelrolle, die politische und private Kontinuität sinnfällig macht: den schweizerischen Waffenfabrikanten Korb von 1944 und dessen Sohn von heute.

Seine Waffenlieferungen nicht nur an die Engländer, sondern eben auch an Deutschland tragen wesentlich dazu bei, den für die Nazis längst verlorenen Krieg zu verlängern. Aber selbst als nicht mehr zu leugnen ist, welche Folgen die erkaufte Neutralität hat, kann Korb seine Politik mit immer noch bekannten Argumenten rechtfertigen: »Unsere Waffenlieferungen sichern die Arbeitsplätze der Schweiz«, und man wisse ja, wohin Arbeitslosigkeit führen könne.

Wie um ihr Gewissen zu beruhigen, nimmt die Familie ein polnisches Waisenkind auf. Korbs Sohn Andres und diese kleine Anna schließen Freundschaft. Sie lernen einen polnischen Soldaten kennen, der aus einem Internierungslager geflohen ist. Die beiden Kinder bringen ihn in Korbs Haus, wo der britischer Botschafter, ein Freund von Korbs Schwiegervater (Sigfrit Steiner), durch ihn eine neue Bestätigung für die Greuel der Nazis in den polnischen KZs erfährt. Bei der Jagd auf den Polen schießt der Hausherr Korb auf den vermeintlichen Flüchtling und tötet seinen Schwiegervater, der dem Polen Fluchthilfe gewährt und sich in dessen Kleidern selbst zur Zielscheibe gemacht hatte. Anna und Andres, heute Erbe der Korbschen Maschinenfabrik, treffen sich nach vierzig Jahren wieder: »Wolltest Du nicht werden wie der Großvater?« - »Ich kann mich nicht erinnern.«

Den Zuschauer zu einer solchen Erinnerung, zur Gedankenarbeit zu zwingen: das schaft Körfers Film, im Gegensatz zu Wajda, trotz verquerer Psychoszenen und ganz offenkundiger Mängel in Dialog und Dramaturgie. Wenn es dann noch spannend ist, kann von konventionellem Erzählkino wohl kaum mehr verlangt werden.

Und doch bleibt dieses Erzählkino chancenlos gegenüber den infantilen Großproduktionen aus Hollywood. Das Publikum, das sich auch auf dem Lido vor dem dritten Teil von »Star-Wars« drängelte, ist von den Autorenfilmern längst aufgegeben worden. Statt nach Alternativen zu suchen, zelebriert das europäische Kino seinen langsamen Tod. Und das auch noch in Venedig.

Jean-Luc Godard revolutioniert nun schon so lange die Filmsprache, daß selbst das schon zur Konvention geworden ist. Wenigstens ironisiert er sich selbst und spielt in seinem »Prénom: Carmen« den grantelnden, leicht verrückten Regisseur JLG. In einem Sanatorium tippt er die Wörter MAL VU - schlecht gesehen - in die Maschine. Aber sogar dieser Spaß wird ihm von der Jury kaputt gemacht, indem sie »Prénom: Carmen« den Goldenen Löwen verpaßt.

Festival-Chef Rondi hatte die Autoren beschworen: »Es ist wichtig, daß sich die Poeten des Kinos die neuen Ausdrucksmittel zu eigen machen, sonst wird in Zukunft die Technik die Poesie im Kino zerstören.« Doch hat er nur herkömmliche Antworten bekommen.

Ingmar Bergmann zum Beispiel präsentierte sein fünfeinhalbstündiges Epos »Fanny und Alexander«, mit dem er sich vom Kino verabschiedet. Denn er, der sich fasziniert zeigt von den neuen Möglichkeiten der elektronischen Medien, ist immerhin so ehrlich zuzugeben: »Ich kann sie nicht mehr nutzen, ich bin zu alt, um zu lernen.« Bergmann will sich jetzt nur noch um Opern kümmern, plant eine Verfilmung von »Hoffmanns Erzählungen«.

Aber auch andere, die nicht zu alt sind zu lernen, flüchten in die Oper. Nach seinem »La Traviata«-Film will nun Franco Zeffirelli noch eine »Carmen« auf die Leinwand bringen, und auch Fellinis neue Arbeit ist zur halben Oper geraten: »E la nave va« (Und das Schiff fährt) - natürlich geht es unter. Wenn es seiner Seelenlage nicht mehr anders Herr wird, fängt Fellinis Personal ganz unvermittelt an zu singen (was - anders als einer Reihe weiterer Lichtspiele mit Gesang - noch dadurch einigermaßen plausibel wird, daß »E la nave va« vordergründig von der Bestattungsfahrt für eine Operndiva handelt).

Das Kino als der Ort, an dem kollektive Gefühle produziert werden und sich entladen, hatte für die Massen des zwanzigsten Jahrhunderts eine ähnliche Funktion wie die Oper für die Eliten des neunzehnten. Den Film jetzt mit der Oper retten zu wollen, ist also ein Anachronismus in Potenz. Aber zuweilen sehr schön anzuschauen.

Die Oper, dieses »Kraftwerk der Gefühle«, ist auch für Alexander Kluge ein zentrales Thema. Zum Beispiel eine Umbaupause von »Tannhäuser«. Sein Film »Die Macht der Gefühle« ist ein Bilderbogen, eine Montage aus Zitiertem und

Fantasiertem, die den Zuschauer wohl auch noch nach vier- oder fünfmaligem Ansehen verwirrt. Und dann immer noch neugierig läßt.

Den Zuschauer? Gewiß nicht den, der »Rocky IV« zum Kassenschlager macht. »Ein Film wie 'Die Macht der Gefühle'«, sagt Kluge, »ist anstrengend; er wendet sich nicht an Erschöpfte, sondern an Interessierte.« Die allerdings können aus Kluges Gedanken-Steinbruch nach Hause schleppen, so viel sie tragen können. Man möchte dauernd mitschreiben, weil der rasende Schnitt kaum Zeit läßt, das eben Gesagte zu überdenken. »Schmerzen sind persönliches Eigentum. Wer zu viel Eigentum hat, wird wie ein Ding ... « Wie meint er denn das? Zack weiter: »Das Gegenteil der Gefühle sind die Dinge ... « Stimmt das überhaupt? Schon kommt die nächste These, und Kluges sanfte Stimme hintertreibt die Apodiktik seiner Lehrmeinungen: »1937, vier Jahre nach dem Reichstagsbrand, verbrannte der Glaspalast (die Halle der Londoner Weltausstellung). Seitdem haben die Dinge kein Parlament mehr ... «

Opernszenen, Stummfilmausschnitte, Zeitrafferbilder vom Bankenzentrum Frankfurt (immer wieder die Metapher Babylon), sketchartige Spielfilmschnipsel, Interviews, Dokumentaraufnahmen, Schlager - ein Thema in zwölf Variationen: »Wie kommen wir, ohne zu lügen, zu einem glücklichen Ende?«

Kluge sagt: »Es ist eine Lust am Unwahrscheinlichen, von denen die Gefühle leben«, und sein Film kostet diese Utopie aus. Er leistet, wozu unsere verkümmerte Fantasie längst zu träge geworden ist. In einer Spielsequenz findet die Prostituierte Knautsch-Betty in ihrer Wohnung einen Ermordeten. Sie ist schuldlos an diesem Verbrechen, aber weil sie glaubt, das nicht beweisen zu können, schafft sie den Toten zusammen mit ihrem Freund fort. Die beiden wollen nicht wahrhaben, daß der Ermordete wirklich tot ist und behandeln ihn wie einen Kranken, bis er wirklich wieder Lebenszeichen gibt.

»Abbau eines Verbrechens durch Kooperation« nennt Kluge diesen Teil seines Films. Das Opfer wurde mit einer große Schraube erschlagen. Zuvor ist diese Schraube schon einmal zu sehen, in einer Schlüsselszene des Films: Ein Arbeiter demonstriert, wieviel *Gefühles bedarf,* eine Mutter mit der genau erforderlichen Festigkeit auf die Schraube zu setzen. Er spricht von der Mutter fast wie von sei*ner* Mutter: die Utopie einer nichtentfremdeten Arbeit.

Kluge evoziert solche Utopien; und er entlarvt die Wirklichkeit mit ihren falschen Gefühlen. Da zeigt er zum Beispiel bei einer Trauerfeier in der Paulskirche den gähnenden Schmidt (damals noch Kanzler) oder Herbert Wehner (damals noch Fraktionschef) und Helmut Kohl (damals noch Oppositionsführer), die parallel wie zwei Pegelzeiger am Stereogerät im Halbschlaf die Schräglage wechseln; hohe Worte vom Rednerpult, natürlich das Largo von Händel, aber echte Trauer bei den Angehörigen.

So genau kann keine Fernsehkamera hinsehen, solche Utopien kennt kein Drehbuchautor in Beverly Hills. Von allen etablierten Filmemachern nutzt Alexander Kluge sein Medium am radikalsten, ohne am Publikum vorbei zu arbeiten. Und er nutzt sein Medium voll aus.

Mit der Forderung »Man darf nicht lügen«, die er vor allem auch an seine Kollegen richtet, will Kluge das Vertrauen des Kinopublikums (zurück-) gewinnen. Demjenigen, der anderthalb Stunden seiner Zeit für einen Kinoabend ausgibt und oft genug nur eine drei-Minuten-Geschichte erzählt bekommt, verspricht er achtzehn Stunden Lebensgefühl und Gesprächsstoff und Erfahrung mit sich selbst. Es lohnt sich.

»Sie können *überall* Filme sehen, die anders sind als 'Die Macht der Gefühle'«, schreibt Kluge. In Venedig waren es zu viele.

Konkret 10/83, S. 92

Hanna Schygulla

□Das ist eben der Wajda□

KONKRET-Interview mit Hanna Schygulla über ihre Rolle in □ Eine Liebe in Deutschland□ , dem neuen Film von Andrzej Wajda

Nach Arbeiten mit Regisseuren wie Carlos Saura, Jean-Luc Godard, Ettore Scola und Marco Ferreri ist Hanna Schygulla jetzt wieder in einer internationalen Großproduktion zu sehen. Mit dem Geld von Arthur Brauner und dem französischen Medienkonzern Gaumont drehte der Pole Andrzej Wajda (»Mann aus Eisen«, »Danton«) nach der literarischen Vorlage von Rolf Hochhuth »Eine Liebe in Deutschland«. Die Geschichte folgt einer tatsächlichen Begebenheit in dem süddeutschen Dorf Brombach in den 40er Jahren. Hanna Schygulla spielt eine verheiratete deutsche Gemüsehändlerin, deren Liebe zu einem polnischen Zwangsarbeiter zu dessen Hinrichtung durch die Nazis führt.

KONKRET: Frau Schygulla, Sie haben die Frau besucht, deren Rolle Sie im Film spielen, die Pauline. Sie ist heute wohl über achtzig Jahre alt, und die wirklichen Ereignisse in Brombach sind vierzig Jahre her.

Schygulla: Ja, aber es ist ihr, als sei alles erst gestern passiert. Als wir sie, übrigens erst gegen Ende der Dreharbeiten, aufgesucht hatten, war das natürlich schon ein gewisser Einbruch in das Leben einer Frau, die mit Mühe etwas Abstand von dieser schrecklichen Geschichte gewonnen hat. Und in dem Moment, wo wir in der Tür standen und das wieder berührt wurde, kamen ihr sofort die Tränen. Aber sie weiß halt auch, daß da natürlich noch viel furchtbarere Dinge passiert sind, und dann hat sie doch erzählt, hat sich nicht zugemacht.

KONKRET: Hat nicht abgewehrt wie die anderen aus der Gegend, die damals beteiligt waren und heute noch leben?

Schygulla: Ja, die wollen nicht, daß an dieser alten Geschichte gerührt wird. Und für mich wurde klar, daß sich da die Falschen grämen. Denn diese Pauline hat ja nichts anderes gemacht, als jemanden lieben, den sie nicht lieben durfte.

KONKRET: Und sie fühlt Schuld, weil der, den sie liebte, ermordet wurde?

Schygulla: Sie weint darüber, daß sie so unvorsichtig war, sich fallen zu lassen. Wo sich doch die anderen schuldig fühlen müßten, die den Polen so hinterfotzig an den Strick geliefert haben.

KONKRET: Sie war wegen dieser Liebe aber auch im KZ.

Schygulla: Sie war auch im KZ, aber davon erzählt sie gar nichts. Das war für sie anscheinend das mindeste. Bezeichnend ist auch, daß alle Beteiligten aus dem Ort, die zumindest mitschuldig sind, im Buch mit geänderten Namen vorkommen. Der Ortsgruppenleiter, der Bürgermeister - sie alle sind im Buch nicht noch als lebende Personen zu identifizieren. Aber Paulines Name ist als einziger so leicht verändert, daß er für jeden zu erkennen ist.

KONKRET: Ist das ein Vorwurf an Rolf Hochhuth?

Schygulla: Ja. Diejenigen, die eigentlich entlarvt werden müßten, können sich tarnen. Und die Frau, die am wenigsten Schuld trägt, muß darunter leiden, daß die Sache immer wieder aufgerollt wird. Der Film steht ja unter dem Satz: Es gibt Verbrechen, über die kein Gras wächst. Und doch ist die Geschichte weitergegangen und darüber weggegangen.

KONKRET: Nun hat ja Wajda aber aktuelle Bezüge hergestellt, verweist zum Beispiel am Schluß des Films auf den Papst und auf Lech Walesa.

Schygulla: Naja, das ist eben für den Polen Wajda die Frage: Wo passiert es heute, daß ein Staat die Gefühle der Bevölkerung unterdrückt? Und die Polen lassen sich halt nicht unterdrücken, im Gegensatz zu den Deutschen.

KONKRET: Glauben Sie denn, daß der Pole Wajda und seine polnische Drehbuchautorin dieses Thema einer Liebe in Deutschland richtig bewältigt haben?

Schygulla: Ich finde, Wajda hat manches überdeutlich gemacht. Ich hätte mich öfter lieber früher der Darstellung entzogen als alles auszuspielen. In ein solches Thema muß der Zuschauer durch seine Phantasie hineingezogen werden, er müßte mehr Unfertiges zu sehen bekommen. Wajda aber wollte ein emotionales Klima schaffen, in grellen Farben hingeworfen. Das ist eben der Wajda, und so muß man ihn nehmen.

KONKRET: Hätte besser ein anderer Regisseur diesen Film gedreht?

Schygulla: Nein, nein, wieso denn? Das ist jetzt Wajdas Film, ein Film, der aus seiner Motivation heraus entstanden ist, Der Film eines Ausländers, eines Polen, der im Widerstand gegen die Deutschen war.

Konkret 10/83, S. 96

Thomas Doberstein, Jan-Philipp Sendker

Beaugenscheinigung

Spätestens wenn Mitte Oktober in Frankfurt die Buchmesse beginnt, sind die Novitätenkataloge der rund zweitausend bundesdeutschen Buchverlage erschienen. Sie werden gratis verteilt und bieten doch manchmal ein Höchstmaß an Lesevergnügen

Manche, wie der Erb-Verlag, chartern Sonderzüge und fahren damit Journalisten, Buchhändler und Autoren durchs Land. Andere, zum Beispiel Rowohlt, verschicken kleine Bonbonnieren, um damit - ganz angemessen - auf einen Schmöker wie »Jeanne in den Gärten« aufmerksam zu machen. Aber als klassisches Reklamemedium der Buchbranche bleibt der Prospekt ohne Konkurrenz. Rowohlt verschickt zweimal jährlich seinen Gesamtkatalog in einer Auflage von je einer Million (Herstellungspreis: 40 Pfennig pro Stück). Dazu kamen 1982 noch 13 Millionen Taschenbuchprospekte.

in einem Land wie der Bundesrepublik, in dem zwar kaum gelesen wird, das aber trotz Krisengerede im Buchmarkt mit über 62.000 Neuerscheinungen pro Jahr nach den USA und der Sowjetunion immer noch an dritter Stelle der Weltproduktion steht, muß in der Werbung geklotzt werden. Für den letzten Simmel beispielsweise hat der Droemer Knaur-Verlag allein rund 400.000 Mark an Werbemitteln investiert - mehr als doppelt so viel wie der Wagenbach-Verlag in einem ganzen Jahr für sein gesamtes Programm ausgeben kann.

Auch Axel Springers Buchverlag Ullstein leistet sich mit seinem Werbeetat von vier Millionen Mark einen Rekord: Er hat den dicksten aller Buchprospekte - 580 Gramm. Dort findet sich der Satz: »Bäume haben weinen und sterben müssen, damit ... « nein, nicht dieser Katalog, sondern - »in Jahrmillionen Bernstein entstehen konnte.« So wird H. Joachim Pruszaks Roman »Bernsteinweg« annonciert.

Nirgendwo sonst findet sich eine schönere Ansammlung von Stilblüten als in den Prospekten bundesdeutscher Verlage. Und jeder einzelne von ihnen widerlegt eindrucksvoll die Bukowski-Sätze, die der Hanser-Verlag in seinem Herbstkatalog zitiert: »Worte sind etwas, was deine Seele abheben läßt. Wenn man sie liest und ihren Zauber auf sich einwirken läßt, kann man das Leben ohne Schmerzen und voller Hoffnung aushalten, ganz egal, was passiert.«

Alle Hoffnung fährt dahin, wenn selbst ein Schulbuchverlag wie Westermann eine populärwissenschaftliche Arbeit über die »Sprache« so ankündigt: »Das Buch kann helfen, selbst mehr herauszufinden über die Gründe, weshalb ... «

Aber die Seele hebt voll ab, wenn der Claassen-Verlag die Verse von Wolfgang Schiffer vorstellt: »Ihr metaphysischer Realismus wirft den Leser auf Erkenntnisse zurück, die nicht Angst machen, sondern Hoffnung (schon wieder!) aufkommen lassen, wo der Mensch aus einer Perspektive außerhalb seiner selbst gesehen, auf sein wahres Maß beschieden wird.«

Solche Perspektiven außerhalb des Menschen selbst gibt es auch im Werbefernsehen. Da wird er dann auf die Erkenntnis zurückgeworfen, daß er Lenor vergessen hat. Auch der Hanser-Verlag hat es mit derartigem metaphysischem Realismus: »Wer sich auf die phantastische Reise durch das Labyrinth dieses Buches (Italo Calvinos 'Reisender') begibt, wird am Ende als ein Verzauberter in seinem Sessel sitzen: als Leser und Gelesener zugleich. «

Gut, die Texter in den Werbeabteilungen der Verlage werden dafür bezahlt, daß sie aus jedem Schmock einen »bedeutenden und faszinierenden Autoren« oder doch mindestens ein »hoffnungsvolles Talent« machen, daß sie einen Groschenroman zur »Literatur von Weltrang« erheben und eine Banalität zum »Thema, das uns Deutsche tief berührt«. Aber wer zwingt einen Prospektautor zu solchen Sätzen (über Jürg Amann, Piper-Verlag): »In elf Prosatexten kommen hier Frauen zu Wort, die von Dichtern geliebt, berührt oder auch nur gestreift worden sind, deren Namen ohne diese Berührung die Geschichte wohl nicht behalten hätte ... Jürg Amanns neues Buch zeichnet Frauenbilder in Augenblicken, die menschliche Größe erhellen, Leid und Zuversicht in der Nähe und Ferne von Liebe.« Im Klartext der Werbe-Kollegen von Bauknecht heißt das: »Amann weiß, was gestreifte Frauen wünschen.«

Wenn es um neuere deutsche Literatur geht, gehören »Nähe« und »Ferne« zu den liebsten Vokabeln der Texter. Für den Claassen-Verlag zum Beispiel liest sich Marlen Haushofers Roman »Die Wand« wie »ein Märchen aus nächster Ferne«. So nah oder fern, daß dieses Buch »niemanden unberührt lassen wird«. Der Roman spricht also ein ähnlich großes Publikum an wie Christoph Heins Novelle »Drachenblut« (Luchterhand), die »betroffen macht, *weil jeder etwas* von sich selbst darin wiederfindet«: in der Bundesrepublik etwa knapp 60 Millionen Leser.

Der Verlag Klett-Cotta ist da etwas bescheidener. Doris Lessings Roman »Landumschlossen« ist nur für den Leser gedacht, der »bewußt in der Gegenwart lebt und sich mit deren Problemen auseinandersetzt - mit der Frauenfrage, den Problemen der Weltpolitik, der Ökologie, mit der Frage: Wie soll das alles enden?«

Etwas konkreter definiert Klett-Cotta die Zielgruppe von Wilhelm Lehmanns Gesammelten Werken. »Leser, die Texte schätzen, in denen die Efeuranken der Natur die Auswüchse der Kultur überwuchern.« Ja, ja, »Leerformeln ersetzen Aussagen« (aus dem Econ-Prospekt).

Der gute Lehmann kann sich gegen solche Überwucherungen nicht mehr wehren, und auch zugunsten von Michael Rutschky soll angenommen werden, daß er an dem Text zu seinem neuen Essayband »Wartezeit« (Kiepenheuer & Witsch) schuldlos. ist: »Wenn schon kein Ende der Wartezeit, so verspricht doch die ausführliche Beaugenscheinigung, die er vornimmt, Gewinn und oft genug Gelächter.«

Gelächter allemal, schon bei der Beaugenscheinigung dieses Prospektes. Aber was ist mit dem Gewinn? Von dem spricht ein Verlag in seinen Werbematerialien nur - wie hier - aus Versehen.

Und selbst, wenn Autoren ihre Verlage wechseln wie Fußballer den Verein, wenn sie, wie Manfred Bieler, für eine Ablösesumme von einer Million Mark wieder für Hoffman & Campe schreiben, dann ist immer noch nicht von der Ware Buch die Rede, sondern davon, daß mit Bielers »Der Bär« »endlich wieder die Entfaltung eines Romans als deutsches Epos geglückt ist«. Sogar anderthalb Millionen Mark hat Utta Danella (»ein neuer, kraftvoll erzählter Familienroman ... «) von Hoffmann & Campe für ihre nächsten drei Bücher erhalten, und es ist zu befürchten, daß sie die wieder einspielt. Der Verlag jedenfalls hat dafür gesorgt, daß die Titel von Manfred Bieler und Utta Danella schon Ende Juni vom Branchenblatt »Buchreport« unter den elf »mutmaßlichen Herbstfavoriten« vorgestellt wurden.

Um aus einem mutmaßlichen auch einen tatsächlichen Herbstfavoriten zu machen, druckt der Verlag auch gern mal eben 300.000 Prospekte für einen einzigen Titel. So die Deutsche Verlagsanstalt für Klaus Mehnert, der endlich einen Weg gefunden hat, »den Russen auf die Spur zu kommen«.

Wichtiger noch als potentielle Leser zu informieren, ist es, die Buchhändler für eine gefällige Präsentation zu gewinnen. Plakate, Verkaufsboxen (Günter Gaus im Sechserpack) und Dekomaterial für's Schaufenster sind da selbstverständlich. Aber vielleicht freut sich die Verkäuferin ja auch über einen magnetischen (?) Taschenkalender mit dem Buchdeckel von S. Fischer-Fabians Historienschinken »Herrliche Zeiten«. Oder gar über ein Schatzkästchen mit sibirischen Halbedelsteinen. Das verschickt der Bertelsmann-Verlag, damit Heinz G. Konsaliks »Geschichte von Larissa und den roten Sklaven« auch ja ordentlich verkauft wird. Schließlich hat er die Startauflage von »Ein Kreuz in Sibirien« gleich mit auf die Titelbanderole drucken lassen: 100.000.

»Ein Bucherfolg ist das Zeichen eines geglückten soziologischen Experiments«, schrieb der Kulturtheoretiker Sigfried Kracauer. Und bei diesem Experiment spielt literarische Qualität die geringste Rolle. Daran ändert auch der »letzte Anwalt der politischen Literatur in der bundesdeutschen Öffentlichkeit« nichts. So lobt Rolf Hochhuth den Feuilletonchef der »Zeit«, Fritz J. Raddatz, und natürlich taucht dieses Zitat im Reklametext für das Raddatz-Buch »Die Nachgeborenen« (S. Fischer) auf. Und weiter: »Wie kaum ein anderer ist Fritz J. Raddatz zugleich Kritiker der deutschen Gegenwartsliteratur und ihr Bestandteil.« Nämlich so: »'Durch Günter Grass' 'Kopfgeburten' gespenstert Raddatz in einem langen Abschnitt, und bei Johnsons Gesine Cresspahl ist er am Riverside Drive zu Gast; in Jürgen Beckers Büchern steht er 'ganz einsam draußen im Watt', läuft ohne Knöpfe den KuDamm entlang oder verwundert sich: 'Bonn', fragte Raddatz, 'wo liegt denn das'?'«. Wenn er auch in Erdkunde nicht aufgepaßt hat, »gibt es doch kaum einen der hier erörterten Schriftsteller, mit dem der Verfasser nicht durch gemeinsame Arbeit verbunden war und ist ... Deshalb ist, was hier bedacht, beobachtet und aufgeschrieben - auch außer acht gelassen - wurde, in den vielfachen Brechung des Werks der präsentierten Schriftsteller auch Ausstellung des eigenen Lebens.«

Den Autoren von Verlagsprospekten ist eine ganze Menge zuzutrauen. Aber so kann nur einer über Raddatz schreiben: Raddatz.

Wie klar und wahr ist dagegen die Ankündigung eines Bestsellers aus dem Dumjahn-Verlag: »Das letzte Dokument aus einer Zeit, als Berlin noch die Drehscheibe für den Fernverkehr in Deutschland war, ist die schon in der dritten (Nachdruck-)Auflage vorliegenden »Ausgabe vom 2. Oktober 1944. Titel des Werks (33 Seiten, 10 Mark): »Abfahrt und Ankunft der Züge auf den Berliner Fernbahnhöfen.«

Konkret 10/83, S. 100

Josef Haslinger

Bücher: »Stelle sich jemand vor, wir hätten gesiegt!«

In gesammelten Aufsätzen dokumentiert eine Gruppe von Mitarbeitern der Frankfurter Sponti-Zeitung »Pflasterstrand« ihre Wende

Im Sammelband »Infrarot« halten schüler- und studentenbewegte Achtundsechziger reuig Einkehr in ihrem Theoriengebäude, weil es so wenig war, was sich davon verwirklichen ließ. Jetzt, da sie sich in ihrer Lebensweise den Massen soweit angenähert haben, daß sie mit ihnen sogar schon die Sterblichkeit teilen müssen, zu dieser Welt nichts beigetragen zu haben, außer leere Opposition, jetzt also predigen sie einen »neuen Realismus«, der Fundamentalopposition durch verantwortungsvolles, diszipliniertes und praktikables Handeln ersetzt. In Wirklichkeit also den uralten Realismus.

Sie haben die bürgerlichen, besser die sozialdemokratischen Tugenden entdeckt, nur die Sozialdemokratie ist zu borniert geworden, um zu begreifen, was ihr entgeht. So müssen sie versuchen, die Grünen von ihrem Gewäsch von Basisdemokratie und Prinzipientreue abzubringen. Denn es gibt eben - so Cora Stephan - »historische *Situationen, in denen ein Handeln, bei dem man sich die Hände schmutzig macht, lebensnotwendiger ist als die Reinheit der Lehre.«* Eine weise Einsicht. Blöd nur, daß man das immer erst hinterher weiß.

Die alternativen Kollektive sind zu sehr »mit persönlichen Nähewünschen« überfrachtet, die Hausbesetzer sind zu chaotisch für eine ordentliche Instandsetzung, die Grünen sind zu »grundsätzlich fundamental dagegen«, die antiautoritäre Erziehung hat zur »Orientierungslosigkeit« der Kinder geführt, die nach »Unterordnung« suchen, und wenn man es genau betrachtet, garantiert uns doch die einst viel geschmähte Klassenjustiz »ein hohes Maß an Rechtssicherheit und Gleichheit«. Wie konnten wir so lange nur so verblendet sein. »Stelle sich jemand vor«, schreibt Matthias Beltz, »wir hätten gesiegt! «

ist es unwichtig geworden, mehr zu probieren und zu verlangen (auch von sich selbst), als man bekommen (geben) kann? Wollen wir uns nun mit den Nischen begnügen, in denen wir emphatisch grunzen dürfen: Wir verwirklichen eben die Alternative zur bestehenden Gesellschaft? Nein, die alten Utopien haben sie nicht aufgegeben, sie haben nur dazugelernt, sagen sie, sehen das Ganze eben ein bißchen realistischer.

Seien wir Realisten! Fordern wir das Unmögliche! haben sie '68 gerufen. Jetzt sagen sie genau das Gegenteil.

Infrarot, Wider die Utopie des totalen Lebens. Hrsg. von Matthias Horx, Albert Sellner und Cora Stephan, Rotbuch Verlag, 12 Mark

Konkret 10/83, S. 100

Jürgen Saupe

Bücher: Angriffe aus dem Zwielicht

Im Mai wurde dem Dänen Flemming Sörensen in Düsseldorf wegen angeblicher Spionage für die DDR der Prozeß gemacht. Er endete mit einem glatten Freispruch, aber Sörensens Ruf ist ruiniert. Jetzt hat der Journalist seine Erfahrungen mit dem bundesdeutschen Staatsschutzapparat in einem Buch veröffentlicht

Als der dänische Journalist Flemming Sörensen, unser Kollege, von den »Staatsschützern« unter der Verantwortung des Generalbundesanwalts Kurt Rebman erst verhaftet, dann monatelang in Haft gehalten und schließlich wegen angeblicher Spionage angeklagt wurde, da war er den Gazetten in der Bundesrepublik manche Zeile wert. Ob schwebendes Verfahren oder nicht, ob Unschulds-Vermutung oder nicht - Rebmanns publizistische Erfüllungsgehilfen schrieben und druckten, was immer an offiziellem Unsinn von der bundesdeutschen Justiz verbreitet oder lanciert wurde. Und als Sörensen in Düsseldorf schließlich vor Gericht stand, da wurde genüßlich mit Akribie beschrieben, was alles eine frühere Freundin und eilfertig aufgebotene andere Zeugen auszusagen wußten.

Es ist bezeichnend für die politische und journalistische Kultur in der Bundesrepublik, daß nach acht Monaten unschuldig erlittener Haft, einem Freispruch und ganzen 2.500 Mark Haftentschädigung Flemming Sörensen nun selbst damit beginnen muß, die Geschichte dieses unglaublichen Prozesses sowie der vorangegangenen Ermittlungen in einem Buch zu beschreiben.

Obwohl Sörensen durch diese haltlose Anklage und den Prozeß vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht in seinen Persönlichkeitsrechten infam verletzt, beruflich zum Arbeitslosen ruiniert und im Privatleben zutiefst betroffen wurde, ist es kein wehleidiges, sondern ein sehr kämpferisches Buch geworden. Sein Wert liegt darin, daß es nicht nur das Unrecht schildert, das einem Unbescholtenen widerfahren ist, sondern daß es Einblicke liefert in die inhumanen, skrupellosen Mechanismen, mit denen der ganze Staatsschutzapparat - Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt, Generalbundesanwaltschaft und Bundesrichter - über einen Menschen herfällt, der verdächtig erscheint. Und er zeigt die Ohnmacht, mit der Beschuldigte diesem System gegenüberstehen, wenn sie nicht einfach Glück haben in allem Unglück. Flemming Sörensen hatte das Glück, daß die Anklage gegen ihn so dilettantisch konstruiert war, daß selbst bundesdeutschen Richtern nur die Konsequenz blieb, zu sagen: Alles Quatsch - Freispruch!

Ein Geheimdienst quirlt seine nie zu überprüfenden Erkenntnisse zu einer Anzeige zusammen. Der Generalbundesanwalt erhebt Anklage. Ein Bundesrichter spielt Schreibautomat und unterschreibt wohl blind, was ihm an Haftbefehl vorgelegt wird. Und im Prozeß sitzen als fast allmächtige Gutachter wiederum die Geheimdienstler, die das Komplott angezettelt haben. Wer da keinen couragierten Richter findet, hat keine Chance.

Schon längst ist die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste in der Bundesrepublik - ob Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz oder Militärischer Abschirmdienst - kaum mehr als eine Farce. G-10-Ausschuß des Bundestags oder Vertrauensmänner-Gremium sind längst betriebsblind. Die paar Tropfen Herrschaftswissen, die den Parlamentariern geboten werden, machen sie vor Wichtigkeit besoffen. Und Politiker haben solche Angst, in einen Spionagefall hineingezogen zu werden, daß sie Freundschaft und Solidarität vergessen. Selbst jetzt, wo Sörensen rehabilitiert ist, machen interessierte Kreise weiter Jagd auf ihn, und noch immer fehlt ihm, dem ausgewiesenen Linken, die Solidarität etwa der Bonner Sozialdemokraten. Wenn die Politiker doch nur ihre Pflicht täten und einmal im Parlament oder durch einen Untersuchungsausschuß ein paar Fragen klären würden: 1. Warum hat der Verfassungsschutz über zwei Jahre untätig auf angeblichen Erkenntnissen gesessen, um dann doch sein Komplott gegen Sörensen zu starten? 2. Erpreßt der Verfassungsschutz (oder BND oder MAD) Journalisten und welche bezahlt er? 3. Welche Rolle spielt der Springer-Verlag im Fall Sörensen? Speziell Herr Henrik Bonde-Henriksen? 4. Welche Konsequenzen werden gegenüber Generalbundesanwalt Rebmann und Verfassungsschutzpräsident Hellenbroich gezogen? Bleiben solche Dilettanten im Amt oder erfüllten sie nur Aufträge anderer?

Sörensen erwägt eine Klage gegen den Verfassungsschutz. Er kann das nur mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Journalisten-Union. Dabei ginge es nicht nur darum, daß Flemming Sörensen wenigstens der materielle Schaden ersetzt würde (der private bleibt ihm), es ginge auch darum, alle Bürger- nicht nur die Journalisten - vor Angriffen aus dem Zwielicht der Geheimdienste zu schützen. Es gibt schon zu viele Opfer: Gassmann in Hamburg, Cremer in Bayern sind nur zwei. Nicht zufällig sind sie - wie Flemming Sörensen - Linke.

Flemming Sörensen »Verdächtig sind wir alle«, Papyrus-Verlag Hamburg, 16,80 Mark

Konkret 10/83, S. 101

Christel Dormagen

Bücher: Unter dem Zylinder

Der Schnelldenker Ivan Illich hat eine neue Instant-Theorie entwickelt, die vom □vernakulären Genus□ . Eine neue Theorie?

Der Bauer, bei dem wir im Urlaub wohnten, wollte lieber verhungern, als sich Messer, Butter, Brot zum zweiten Frühstück selber hinstellen; das hatte die Bäuerin zu tun. Mich empörte das. Was für ein Abgrund an sexistischer Rückständigkeit! Daß sie ihn im übrigen lebenstüchtig glatt in die Tasche steckte, war allerdings irritierend.

Von solcherlei Dingen handelt der neue Illich. Im Augenblick der ökonomischen und eben auch der feministischen Krise ist einesteils das Konzept Fortschritt in Zweifel geraten und andernteils - vorsichtiger - auch die Hypothese von der gradlinig rückwärts in die Geschichte aller Gesellschaftsformen zu verlängernden Unterdrückung der Frauen.

Illich hat sich, wie er selber vorausschickt, von der neueren Frauenforschung anregen lassen, zwischen beiden den Knoten zu schlingen. Das klingt neu und vielversprechend. Daß da jemand, ein Mann, klipp und klar bestätigt: »Frauen werden allgemeiner und einheitlicher vom Griff auf die besseren Gehälter ausgeschlossen als Schwarze, Koreaner, Puertoricaner, Türken oder Juden«. Manchmal kriegen halt statistische Trivialitäten schon die Qualität von mutigen Wahrheiten. Zumal wenn er dazu bemerkt, das sei notwendig so, weil das Prinzip Lohnarbeit nur funktioniere auf der Grundlage von unbezahlter und unbezahlbarer Haus- und Schattenarbeit. Und dann treten - als globale Katalysatoren aller menschlichen Geschichte und Wissenschaft überhaupt - zwei Zauberwörter auf, stattlich herausgeputzt, - »das vernakuläre Genus und der ökonomische Sexus« - und präsentieren die Menschheitsgeschichte endlich und endgültig als Zweiphasenmodell.

Zupft man, im Laufe des Lesens etwas mutiger geworden, diesem eindrucksvollen Paar an seinen Hochstaplerzylindern herum, gucken plötzlich ganz vertraute Gesichter drunter hervor: In traditionellen Gesellschaften und - bis zur späteren Neuzeit auch in Mitteleuropa - waren die Lebens- und Handelsbereiche von Männern und Frauen so voneinander getrennt und einander zugeordnet, daß sie sich, ohne sich zu behindern und ohne Konkurrenz zu schaffen, komplementär ergänzten zum Lebensganzen der jeweiligen Kultur. Es gab nicht weltweit Tätigkeiten, gar noch untergeordnete, die immer nur von Frauen verrichtet wurden, und solche, die überall nur den Männern zustanden. An einem Ort und zu einer Zeit sensten nur die Männer, und die Frauen flochten Körbe, anderswo war es umgekehrt; das nennt Illich Genuskultur.

Und mit der kapitalistischen Erfindung der gleichmachenden Ware Arbeitskraft ist dann eine »charakteristische, aber ziemlich sekundäre Ausbuchtung der Jeans jetzt noch alles, was die einen Arbeitnehmer von den anderen unterscheidet und privilegiert«. Und nun noch schnell der hoffnungsvolle Ausblick, wie alles anders und besser wird: »Rückschritt ist die einzig kluge Wahl. Subsistenz, die durch einen Abkopplungsprozeß von der Geldwirtschaft entsteht, ist heute eine Überlebensbedingung. Ohne Wachstumsrückgang, der natürlich in den reichen Länden viel weitreichender sein müßte als in den armen Ländern, gibt es kein ökologisches Gleichgewicht, keine Gerechtigkeit zwischen den Religionen der Welt und keinen Frieden«. Punkt. Amen.

Ehrlich gesagt, Herr Illich, das wußten wir doch schon eine kleine Weile. Auf jeden Fall in dieser wunderbaren Großwörtermoral: daß es früher natürlicher war und daß es so nun wirklich nicht mehr weitergehen kann.

Aber wie denn bloß! Dazu sagt Illich - sympathisch oder taschenspielertricksig? -: Das wisse er auch nicht. Er probiert nur mal schnell, mit Hilfe seines dicken Zettelkastens durch die Kulturgeschichte hindurch, ob sie sich nicht auch als Genus versus Sexus-Geschichte erzählen läßt. Die Idee ist ja wirklich nicht verkehrt, wenn auch nicht neu; ebensowenig wie die zivilisationskritischen Ansätze in den bisherigen Büchern des Autors. Nur - und darin ist er selber wohl ein MacDonalds-Kind unserer amerikanischen Schnellgerichte-Zeit: Huschwusch, fertig

Kritik der Verschulung; nochmal das ganze angerührt, und die Medizin ist erledigt; dann kommt die Technik überhaupt dran; schließlich noch flink die Ideologie der Dienstleistungen; und nun halt die Geschlechter.

warum nicht mal eine Verschnaufpause, um einen dieser ernsthaften Gedanken ruhiger aus- und weiterzudenken? So hat man als Autor gar keine Zeit, sich bei seinen eigenen Widersprüchen aufzuhalten: Wenn in der Tat Gleichheit erst ein ideologisches Konstrukt der Warentauschgesellschaft ist, wie kann man sich dann plötzlich »ökologisches Gleichgewicht« wünschen, als wäre das ein ursprünglicher 'natürlicher' Lebenszustand ... Oder »Gerechtigkeit«, von der doch gerade vorher gezeigt wurde, daß sie kein abstraktes Gut gewachsener Gesellschaften gewesen ist.

Das klingt dann plötzlich - sicher ungewollt - verdächtig nach Krisenmanagement und Gürtel-enger-schnall-Politik: Daß Geldwirtschaft böse ist, wird schon ach so lange bejammert. Und es ist ja auch ein Kreuz mit dem Geld! Nur lassen sich die Kulturformen nicht beliebig aus dem Supermarktregal greifen, das habe ich doch von Ihnen gelernt, Herr Illich. Und erstmal liefe Ihre schöne neue Welt auf CDU- alias Müsli-Verzichtsmoral hinaus. Daran wird der Kapitalismus aber sicher nicht zugrundegehen. Im Gegenteil. Dann doch lieber immer mehr fordern, solange, bis einfach kein Pfennig mehr da ist ...

Ivan Illich: »Genus. Zu einer historischen Kritik der Gleichheit.« Rowohlt, 34 Mark

Konkret 10/83, S. 103

Reinhard Hesse

Bücher: Theater der Wirklichkeit

Mit einer Startauflage von 100.000 Exemplaren ist John le Carrés Nahost-Thriller »Die Libelle« erschienen.

»Schauspieler haben keine *Meinungen«,* läßt John le Carré einen Agenten in seinem neuen Roman sagen, »Sie haben Stimmungen, Marotten. Setzen sich in Positur. Haben Leidenschaften, die nur einen Tag dauern.« Und Schriftsteller?

Der Autor des Spionage-Bestsellers »Der Spion, der aus der Kälte kam« hat mit den Arbeiten an seinem Agenten-Thriller über Israel und Palästina begonnen, bevor die Kurse für nahöstliche Thematik in die Höhe schnellten. Le Carré hatte sich vorgenommen, nicht nur eine atemberaubende Geheimdienst-Story zu erzählen. Von Salah Ta'amari, dem einstigen palästinensischen Militärkommandanten in Saida, der heute Sprecher der Gefangenen im israelischen Internierungslager Ansar ist, hat er sich »das palästinensische Herz« zeigen lassen. Er war vor und nach der israelischen Invasion mehrfach im Libanon, hat mit Kämpfern und Bombenopfern gesprochen, mit den Menschen in den Flüchtlingslagern. Nur ein knappes Zehntel der »Libelle« handelt von diesen Palästinensern, aber es sind die erzählerisch stärksten und dichtesten Kapitel. Das Nebeneinander von kleinem Glück und großer Verzweiflung, von Fatalismus und widerspenstigem Trotz, selbst die Reaktionen auf Luftangriffe - schwankend zwischen der ordnenden Ruhe der Gewöhnung und befreiender Hysterie - das alles beschreibt le Carré mit einer Anteilnahme, daß man in Kauf nimmt, wenn die handelnden Palästinenser um der Agentengeschichte willen Dinge tun, von denen die große Mehrheit in der Wirklichkeit längst Abstand genommen hat: Desperados aus aller Welt dazu anhalten, Anschläge auf Juden in der Diaspora zu verüben.

Diesen Passagen aus dem Libanon schaden auch Kleinigkeiten nicht wie die, daß le Carre in Beirut (»Sogar die Geräusche führten Krieg miteinander«) rote Verkehrsampeln erstehen läßt, die der Bürgerkrieg dort längst abgeschafft hat. Auch den eifrigen Bemühungen des Übersetzers, den Text - wo irgend möglich - durch sprachliche Nachlässigkeit zu verstümmeln, halten die erzählerischen Stärken des Spionage-Autors stand.

Dabei ist die eigentliche Story eher wirr: Nach einem Attentat, dem der Sohn eines israelischen Diplomaten in Bonn zum Opfer fällt, hat Mossads Meisterspion Kurtz die Nase voll und plant den Gegenschlag. Charlie, drittklassige Schauspielerin aus England, wird mithilfe einer -arrangierten Liebesaffäre in seine Dienste genommen. Es folgen wilde Jagden durch ganz Europa und Nahost, und am Ende sind alle Beteiligten entweder ermordet, enden in chronischer Depression oder im Trott des grauen Geheimdienstalltags.

Charlie ist - störend deutlich - eine Vanessa Redgrave-Nachbildung mit romantischem Engagement für Rauchverbot im Kino und auch für die Palästinenser. Sie leidet unter der peinigenden Leere ihrer Existenz und will auf der »Bühne der Taten«, im »Theater des Wirklichen« spielen - ein hübsches, von le Carré leider überstrapaziertes Bild.

Als Frau hat es Charlie noch vergleichsweise gut, denn le Carré sieht in ihr hauptsächlich einen liebenswerten pathologischen Fall mit beschädigten »Trennwänden zwischen innerer und äußerer Welt«. Sie kann sich nicht zwischen Palästinensern und Israelis entscheiden und endet »ohne Liebe, ohne Wert«. Andere Frauen kommen bei le Carré weit schlimmer weg: »Pipi-Mädchen«, die »praktisch alles überall falsch« sehen, denen »es immer Spaß« macht, »aber am meisten Spaß mit Kämpfern. Nun mag es ja tatsächlich sinnkriselnde Mittelschichtweibchen geben, die im Angesicht waschechter Revolutionäre gelegentlich der Verklärung anheimfallen. Und so ist dieses Frauenbild zwar pauschal und gemein, für einen kurzen Thriller aber vielleicht noch erträglich. Doch le Carré widmet sich über weite Strecken dem Psychologisieren - und dies ist der entscheidende Mangel der »Libelle«: sie ist entweder zu lang oder zu flach.

Zu Höchstform läuft Ex-Agent le Carré auf, wenn er seinen eigenen Laden, den britischen Geheimdienst, beißend genau karikiert, und die Charakterisierung des bundesdeutschen Schreibtischtäters - servil, aus Opportunismus zunächst vor philosemitischem Gehabe strotzend, später bloß noch korrupt - gehört zu den angenehmsten Studien aus dem Action-Reich von Gut und Böse. Am Ende jedoch erliegt der Autor dem Mythos vom hemdsärmeligen Selfmade-Agenten Marke Mossad: kauzig, verschlagen, nett-burschikos auch bei grober Mißachtung der Gesetze, äußerst findig und stets im Streit mit der Bürokratie. Für le Carré vielleicht ein verflossenes Berufsideal.

John le Carré: »Die Libelle«, Kiepenheuer und Witsch, 39,80 Mark

Konkret 10/83, S. 104

Jan-Philipp Sendker

B□ cher: Bilan□ einer Lebensl□ ge

Ende der 30er Jahre schrieb Paola Masino in Venedig Ihren Roman □ Die Geburt der Hausfrau und Ihr Tod□ . nicht □ uf□ llig hie die faschistische Zensur das Buch f□ r def□ tistisch. Jet□ t erscheint es auf deutsch

Paola Masino erzählt die Geschichte eines Menschen, der seine Wahrheit gefunden hat, sie aber nicht leben darf, und daran zugrunde geht. Dieser Mensch ist ein junges Mädchen, das glücklich und zurückgezogen in einem Koffer lebt, sich weigert,' die Welt der Erwachsenen zu betreten, sich nach Eltern sehnt, »die ihre Kinder als eigenständige Individuen betrachten, und sich nicht verpflichtet fühlen, ihnen außer dem Namen, der Nahrung der ersten Jahre und einer langen Zuneigung auch noch ein willkürliches Gewissen zu geben.«

Vergeblich. Da Eltern schließlich dazu da sind, ihre Kinder zu erziehen, nimmt der Terror täglich zu, die Mutter droht, vor Kummer zu sterben. Das Mädchen gibt auf, beginnt sich zu disziplinieren: Sie trägt zum Zeichen der Trauer am Ende ihrer einzigen Kindheit kein schwarzes Kleid, sondern ein weißes; sie weint nicht, sondern lacht; sie heiratet nicht den Mann, den sie liebt, sondern den, der sie liebt, ihren reichen Onkel; sie verzichtet auf alles - vor allem auf sich.

Von nun an kennt sie nur noch eine Aufgabe: »... artig und höflich zu sein und um jeden Preis meiner selbst ohne Unterscheidung und ohne Widerrede jedem Vergnügen zu bereiten.« Zuweilen wird sie noch überwältigt von der Erinnerung an die eigene Wahrheit, dann beginnt sie zu weinen. Jedoch nur kurz, sie darf die Trauer über den Verlust des eigenen Ichs nicht empfinden, und im Wissen, daß das Weinen Auflehnung gegen ihr neues Leben bedeutet, verbietet sie es sich sofort. Sie hat sich verkauft, lebt auf einem Schloß umzingelt von anderen, die sich verkaufen mußten, ihrer Dienerschaft.

Für die Hausfrau sind sie der Spiegel, in dem sie ihre Unfreiheit sieht, symbolisieren sie den Zwang, der sie in das falsche Leben getrieben hat. Ein Versuch, gemeinsam auszubrechen, scheitert, ihre Diener können sie nicht aus ihrer Rolle entlassen. Noch hat sie den Mut zur Aufrichtigkeit gegen sich selbst, doch fehlt ihr bereits die Kraft, daraus Konsequenzen zu ziehen. Am Ende, sie hat selbst ihre Träume diszipliniert, ist sie, verformt durch die gelebten fremden Erwartungen, kaum noch wiederzuerkennen.

Ihre wilde, ausschweifende Phantasie bewahrt Paola Masino vor groben Klischees, ihr Buch ist eine Mischung aus Träumen und Gedanken, Visionen und Autobiographischem. Nie verfällt sie, obschon an manchen Stellen die Gefahr da ist, in ein-»Geld-allein-macht-nicht-glücklich«- oder »es-gibt-ein-Leben-vor-dem-Tod«-Geseire.

Ihr Fazit am Ende ist trist: ohne Hoffnung (»die größte Sinnlosigkeit des Lebens«), ohne Erwartung (»Last und höchstes Ziel des Lebens«) erwartet sie den physischen Tod. Dennoch verbreitet das Buch keine Hoffnungslosigkeit, selbst wenn Paola Masino schreibt, daß es leichter sei, sich zu fügen. Sie beschreibt auch genau den Preis: es kostet das Leben.

Paola Masino: »Die Geburt der Hausfrau und ihr Tod«, Frauenbuchverlag, 29,80 Mark

Konkret 10/83, S. 106

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Daß Karl Carstens den Zweiten Weltkrieg nicht angefangen hat, wußten wir schon. Nun aber will er nicht mal mehr am Ersten schuld-gewesen sein. In Sarajewo, wo Gavrilo Princips 1914 den österreichischen Thronfolger umgebracht hatte, sprach der Präsident:

Dieses Attentat hat sehr viel Unglück über die Welt gebracht.

Ein Begleiter des Präsidenten gab die Details:

Wegen dieses Attentats gegen Franz Ferdinand sind Millionen von Deutschen in den Ersten Weltkrieg gezogen - und Millionen gefallen und umgekommen.

Wegen des Reichtagsbrandes sind schließlich auch Tausende von Kommunisten ermordet worden. Natürlich kennt der Historiker Carstens den Fritz Fischer. Das ist doch der, der die frischen Fische fängt.

in der »Welt« lobt Heinz Barth die »exemplarische Besonnenheit« des Ronald Reagan:

Sie beweist, daß es der Präsident gelernt hat, auf der Tastatur friedensbedrohender Krisen mit leichterem Anschlag zu spielen, als viele ihm bisher zutrauten.

Diese perlenden Läufe, diese federnden Quarten, diese hingetupften Quinten, diese gestochenen Sexten Flotteneinsätze im Mittelmeer - ein neuer Rubinstein, ach was, ein zweiter Horrorwitz.

Die Eigentümer der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG in Hamburg werden 1.354 Arbeiter entlassen. Auch die Besetzung des Werkes konnte daran nichts ändern. Der Aufsichtsrat und seine Bonner Regierung demonstrierten die Schwäche der Arbeiter und ihrer Organisationen. Wie es enden würde, war spätestens an dem Tag zu erkennen, als die trotzkistische Zeitschrift »Was tun« mit der Schlagzeile erschien:

Solidarität mit der Küste!

Die Komik der großmäuligen Ohnmacht: Nicht *einen* Arbeitsplatz retten können, aber Hamburg, Bremen und Gdansk auf ein Mal befreien wollen. Nieder mit der Flut! Hoch die Ebbe!

Die spontane Spezialeinsatztruppe Klassenkampf der »TAZ« ist von ihren Arbeitern irgendwie echt enttäuscht:

Eigentlich hatten wir uns noch auf die Herausgabe weiterer Sonderausgaben zur Unterstützung der Werftbesetzer auf der HDW und der A G Weser eingestellt. Dazu waren wir bereit, noch einige schlaflose Nächte bei mehreren Litern Wein und Kaffe in Kauf zu nehmen. Leider mußten wir heute die traurige Nachricht aber den Abbruch zur Kenntnis nehmen. Trotzdem wollen wir allen herzlich danken für die aktive Unterstützung. Grüße und Küsse an Allllleeee.

Schlaflose Nächte. Nur Wein und Kaffee. Kein Kebab. Bis zum letzten Hauch von Drum und Shit. Allzeit bereit. Und dann das. Sind Proleten ätzend!

Theo hat den Absturz des koreanischen Flugzeugs überlebt, wenngleich nicht ohne Beschädigung:

Das Massaker über Sachalin ... eine ruchlose Tat ... die Gruppe der Paranoiker in Moskau ... diese gefährliche Mischung von Konfusion, Unfähigkeit, Panik und Sturheit ... erbärmlich ... Ein widerwärtiges Schauspiel, das nur eine Wirkung haben kann: alte westlichen Vorurteile über die Sowjets, ja über die Russen zu bestätigen. Wie sagte doch einst Dostojewski? »Kratz einen Russen, und darunter kommt ein Tatar zum Vorschein.«

Und was macht der Arier daraus? Beefsteak.

In Springers »Welt« heißt die entsprechende Rubrik »Griff in die Geschichte«:

Nannen hat außerdem klargestellt, daß die gefälschten Tagebücher nicht aus »rechtsradikalen Kreisen« gekommen sind. Wenn das die Wahrheit ist,

und es muß die Wahrheit sein, da sonst der Wilfried Hertz-Eichenrode davon gewußt haben müßte,

dann verdichtet sich die Vermutung, diese skrupellose Desinformation sei in der DDR gestartet worden, nahezu schon zur Gewißheit.

Eichenrodes Kamerad Günter Zehm gab noch einen drauf:

Die Vermutungen verdichten sich, daß östliche Desinformationsdienste, sowjetisches KGB und die Staatssicherheit in der »DDR«, ihre Hand bei der Fälschung und Lancierung der »Hitler-Tagebacher« im Spiele gehabt haben. »Stern«-Herausgeber Nannen und die Frau des Tagebuch-Beschaffers Heidemann haben sich bereits in dieser Richtung geäußert. Auch die Tatsache, daß es der »Stern« war, dem die Fälschungen zugespielt wurden, spricht sehr für die KGB-Connection,

denn Zehm und Hertz-Eichenrode brauchen für ihre Desinformationen keine Zulieferer. Ich habe vier Monate gewartet, ob die zwei Fälschermelder ihre Behauptungen widerriefen. Sie haben es nicht getan. Jetzt gibt es nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder heißt der Herr Kujau mit Vornamen Leonid Andropowitsch, oder Hertz-Eichenrode und Zehm sind ***

Die Versuchung des freiheitlich-demokratischen Grundordners Friedrich Karl Fromme vor der Ungewißheit des Wählerwillens:

Aber welcher Partei nützt welches Verhalten bei einer bevorstehenden Regionalwahl? Vermögen »die« Wähler oder eine hinreichend starke Grenz-Gruppe von ihnen zu unterscheiden zwischen Wohltaten, die aus Bonn kommen, und solchen aus dem Bremer Rathaus?

Was fragt er mich? Ich bin kein freiheitlicher Demokrat, ich habe nie behauptet, »die« Wähler oder eine hinreichend starke Grenz-Gruppe von ihnen wüßten, was sie wählen, wenn sie den Helmut Kohl wählen. Mir war immer klar, daß ein Wahlerfolg von Helmut Kohl auf die Stimmen von Leuten zurückzuführen ist, die Bremen nicht von Bonn unterscheiden können. Was will also die »FAZ« mit ihrem Fromme? Die Wahlen abschaffen? Oder Roland den Riesen im Beethoven-Haus aufstellen?

Das Fach Neue Geschichte teilt sich in Neuere Geschichte, Jüngere Vergangenheit, Zeitgeschichte und Neueste Geschichte. Hans Filbinger teilt sich in einen Corpsstudenten, einen Marinerichter, einen Ministerpräsidenten und einen Jubilar, dem die baden-württembergische Landesregierung den Titel eines »Professors« verliehen hat. Diese neueste Geschichte konnte in der »Stuttgarter Zeitung« nicht ganz ohne Erwähnung der älteren Geschichten erzählt werden:

Der Mann, der privat und als Regierungschef stets in großen geschichtlichen Zusammenhängen zu denken pflegte,

»Was damals recht war, kann heute nicht Unrecht sein«

hat sich mit seiner eigenen Geschichte noch nicht versöhnt.

Denkt er immer noch an den toten Matrosen Gröger? Na ja:

Wann immer jemand behauptet, er habe wegen seiner Tätigkeit als Marinerichter im Zweiten Weltkrieg gehen müssen, bäumt sich in ihm der Gerechtigkeitssinn auf. Diese Lesart ist in der Tat auch nicht richtig. Es war die in mehrfacher Hinsicht unglücklich verlaufene Verzögerungstaktik, ... als er existenzbedrohende Wochen verstreichen ließ, ehe er die Gefährlichkeit der Diskussion über seine Vergangenheit als Marinerichter erkannte.

Hans Filbinger leidet, und Jörg Bischoff, so heißt der Schmock, von dem wir es erfahren, leidet mit ihm. Es war nicht Gröger, dessen Existenz von Filbinger zerstört, es war Filbinger, dessen Existenz von Gröger bedroht worden war. Was muß der Mann mit dem Gerechtigkeitssinn gelitten haben, als er standrechtlich zum Bezug einer Pension von monatlich 15.000 Mark, abzusitzen in der von seinem Nachfolger nicht beanspruchten Dienstvilla am Schloß Solitude, verurteilt wurde! Ob ihn der Titel eines Professors ehrenhalber doch noch mit seiner Vergangenheit versöhnen wird? Wo es doch an der Technischen Universität in Stuttgart gar keinen Lehrstuhl für Seerecht gibt?

*** Die angemessene Qualifizierung wurde auf dringendes Anraten des KONKRET-Anwalts gestrichen